H 8040 F
ISSN 1619-1404
28. Jahrgang
Nummer 164
Januar | Februar 2017
3,50 Euro

der rechte rand

magazin von und für antifaschistInnen



AfD Machtkampf

vor der Bundestagswahl

Unser Titelbild zeigt: Frauke Petry, noch Sprecherin der AfD …
Foto: Roland Geisheimer / attenzione

editorial & inhalt

Seite 3

Nazis

Dortmund 4
Wiederbelebungsversuch in Niedersachsen 6
Aus München für Deutschland 8

AfD

Machtkampf 10
Noch nicht abgeschrieben 12
»Wenn wir kommen, wird ausgemistet« 14
Alles »Klimaschwindel« 16
Multitalent 18

Braunzone

Gemeinsamer Nenner 20
»Widerstand« 22
La Rochelle 24
Aktivist wird Verleger 25
Im »geistigen GULAG« 26

kurz und bündig 28

International

Österreich nach der Präsidentenwahl 30
»Make America great again« 32

Rezensionen 34

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

am 20. Januar wurde der Republikaner Donald J. Trump als 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika vereidigt. Sein Erfolg beflügelt die Rechten – in den USA und ebenso in Europa. NS-Jargon wie »Lügenpresse« ist wieder en vogue und wird mittlerweile von neofaschistischen Trump-UnterstützerInnen zitiert; und Schuld am Erfolg von Trump und der Rechten sei laut WahlanalystInnen auch die ‹Linke›.
Im Duktus der »Alternative für Deutschland« also das »links-rot-grün verseuchte 68er-Deutschland«, gegen das nicht nur die Partei, sondern die gesamte Neue Rechte in ihren Machtübernahmephantasien eine konservative Revolution in Stellung bringen möchte. Sie wähnt sich als Retter von Abendland und Deutschtum; und steht nicht nur für völkischen Rassismus, sondern auch für patriarchale Familienpolitik und sozialdarwinistische Wirtschaftslogik. Ein kulturalistisch-nationaler Wahn, der Deutungen und VertreterInnen der früheren Rechten aus Kaiserreich und Weimarer Republik aufgreift und heute erneut populär macht. Scheinbar ganz unverfänglich deutsch also; wen stören da noch verklausulierte NS-Bezüge und Vernichtungsphantasien, die ungehemmt öffentlich herausposaunt werden?
Trotz aller inszenierten oder machtgeleiteten Flügelkämpfe in der »Alternative für Deutschland«: In ihrer Gesamtheit versammelt sie mehrere Teile des rechten Rands – darunter auch christliche FundamentalistInnen und Erzkonservative, KlimaskeptikerInnen, AnhängerInnen von Verschwörungstheorien, SteuerkritikerInnen oder neoliberale FamilienunternehmerInnen. Sollte man angesichts dessen nicht viel eher vom heterogenen Projekt eines neofaschistischen Konservatismus sprechen? Neurechte Strategen wie Björn Höcke, Götz Kubitschek, Jürgen Elsässer und Co. reiben sich in Hinblick auf die 2017 anstehenden Landtags- und Bundestagswahlen zumindest schon die Hände.
In ganz Europa geben ReaktionärInnen gegenwärtig den Takt vor. Sei es der durchgesetzte »Brexit«, die nur knapp von der FPÖ verlorene Bundespräsidentenwahl in Österreich oder die Wahl eines neoliberalen Gewerkschaftsfeindes zum Präsidentschaftskandidaten der französischen Konservativen. Die konservativen Lager kopieren immer mehr Versatzstücke der extremen Rechte und befeuern damit eine politische und gesellschaftliche Diskursverschiebung. Letztere kommen so in die luxuriöse Lage aus der Opposition Regierungspolitik zu machen. Die Reaktion marschiert auf den Straßen und sitzt in immer mehr Parlamenten. Was heißt das für uns? Wir werden dagegenhalten mit Recherche, Aufklärung und Solidarität.

Freifahrschein für Hetze

Das Bundesverfassungsgericht ermöglicht der »Nationaldemokratischen Partei Deutschlands« den Fortbestand – ein Freifahrschein für Neonazis.

von Ernst Kovahl



»Sieg!!!!!!« twitterte die NPD kurz nach 10 Uhr. Da hatte gerade das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe seine Entscheidung verkündet, die Neonazi-Partei nicht zu verbieten. Für die Partei waren ihr Vorsitzender Frank Franz sowie die stellvertretenden Vorsitzenden Stefan Köster und Ronny Zasowk sowie Bundesschatzmeister Andreas Storr vor den VerfassungsrichterInnen in ihren roten Roben erschienen. Am Abend vor der Verkündung des Urteils gab sich Franz siegessicher: »Wenn jemand verboten gehört, dann die Volksverräter der Altparteien!«

»Wesensverwandtschaft« mit dem NS

Im Dezember 2012 beschloss der Bundesrat, ein Verbot der NPD anzugehen. Ein Jahr später reichte die Länderkammer ihren Antrag ein, die NPD und ihre Unterorganisationen »Junge Nationaldemokraten«, »Ring Nationaler Frauen« und die »Kommunalpolitische Vereinigung« als verfassungswidrig einzustufen, aufzulösen, ihr Vermögen zu beschlagnahmen und die Gründung von Ersatzorganisationen zu untersagen. Vom 1. bis 3. März 2016 hatte das Gericht öffentlich verhandelt und sich in den Monaten danach ein Urteil gebildet. Der zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat in seiner Entscheidung zwei Argumentationen abgewogen. Auf der einen Seite attestieren die RichterInnen der NPD, offen verfassungsfeindlich und rassistisch zu sein und eine deutliche »Wesensverwandtschaft« mit dem historischen Nationalsozialismus zu haben. Die Partei arbeite »planvoll und mit hinreichender Intensität auf die Erreichung ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Ziele hin«. Sie wolle die liberale Demokratie durch »einen an der ethnisch definierten ‹Volksgemeinschaft› ausgerichteten autoritären Nationalstaat ersetzen«. Ihre Politik missachte die Menschenwürde und sei »mit dem Demokratieprinzip unvereinbar«. Durch Übergriffe und Gewalt entstünden »punktuell« auch Anlässe für »Besorgnis«. Seitenweise listet die Urteilsbegründung entsprechende Gründe auf. Aber – und das war für das Urteil ausschlaggebend – es gehe auf der anderen Seite von der NPD keine reale Gefahr für den Staat aus: »Allerdings fehlt es (derzeit) an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die es möglich erscheinen lassen, dass dieses Handeln zum Erfolg führt«. Die Ziele allein reichten nicht für ein Verbot. Die Partei habe nur einen Europaparlamentarier und nur etwa 350 Kommunalabgeordnete, einen niedrigen Organisationsgrad und stagniere bei Wahlen. Sie sitze derzeit in keinem Landtag und habe keine Aussicht, in eine Regierungskoalition einzusteigen. Auch durch ihre Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess in der Gesellschaft könne sie ihre Ziele nicht realisieren.

Untote Partei

Unbestritten, die NPD war zuletzt nicht mehr gut in Schuss. Der Erfolg der »Alternative für Deutschland« (AfD) war der fehlende Sargnagel für die Wahlpartei NPD. Kurzfristig hat sie keine Chance mehr. Aber noch immer verfügt sie über eine stärkere Präsenz in Kommunalparlamenten, besser ausgebaute Strukturen und ein eingespielteres Netz alter und junger Neonazis als ihre Konkurrenz (»Die Rechte«, »Der III. Weg«). Anders als die AfD ist die NPD über Jahrzehnte und im Kampf gegen politische Widrigkeiten ideologisch und im Zusammenhalt gefestigt. Durch ihre jüngsten Wahlergebnisse erhält sie zwar geringere, aber weiterhin relevante Wahlkampfkostenrückerstattung vom Staat und nutzt das Parteienprivileg als juristischen Schutzschild. Falls die elektorale, aber nicht programmatische Hauptkonkurrenz der NPD, die AfD, in absehbarer Zeit scheitern sollte und die neonazistische Konkurrenz der Kleinstparteien sich nicht zu einer relevanten Wahlpartei entwickeln kann, dann wird die NPD mit ihren prekären, aber seit 52 Jahren existierenden und routinierten Strukturen im Wartestand wieder da sein. Genau wie in den 1990er Jahren, als eine Bewegung auf den Straßen und in verbotenen Vereinsstrukturen eine neue Organisation brauchte. Zeitweise war es der NPD gelungen, eine erfolgreiche Bewegungs- und Wahlpartei zu sein. Diese Funktionen hat sie verloren. Aber der stabile Kern der NPD, der die Partei als völkische und nationalsozialistische Gesinnungspartei versteht, wird die Organisation unbeeindruckt von Wahlerfolgen oder Wahlniederlagen und unbeeindruckt von gesellschaftlichem Wandel durch die Zeit bringen. Der Partei ging es im Kern nie um ihre Funktion als Wahlpartei. Ihr Ziel ist es, eine legale Plattform für neo-nationalsozialistische Politik zu erhalten.

Freifahrschein erster Klasse

Die Kommentierung der Entscheidung war reich an Bizarrem. So wurden in seriösen Medien ehemalige hochrangige Neonazi-Kader, wie Holger Apfel und Andreas Molau, als Kronzeugen zur Nutzlosigkeit eines Verbotes aufgeboten. Und in der »Tageszeitung« hielt man das Urteil für »richtig« und ein »starkes Zeichen«. Gar einen »Sieg für den Rechtsstaat und die freie Meinungsäußerung« sah »Human Rights Watch«. Führen wir diese Argumentation einmal fort, müsste nun auch zur Förderung von Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit der Paragraf 86a des Strafgesetzbuches geschliffen werden. Eine Gefahr für den Staat dürfte davon kaum ausgehen, denn es wollen ja vermutlich nur sehr wenige Menschen den »Hitler-Gruß« öffentlich zeigen.

In der NPD und den anderen Neonazi-Parteien wird das Urteil richtig verstanden: Uns kann keiner was! Karlsruhe hat einen Freifahrschein erster Klasse für die Verbreitung von Antisemitismus, rassistische Hetze, Vorbereitungen zur Abschaffung der Demokratie und die Verherrlichung des NS ausgestellt.

Die Neonazihochburg im Westen

Neonazis sind in Dortmund aktiv wie in keiner anderen Großstadt der alten Bundesländer. Zuletzt machten sie mit einer Kirchturmbesetzung Schlagzeilen. Dahinter steckt eine seit mehr als drei Jahrzehnten etablierte Szene.

von Kim Schmidt



> Aufmarsch von »Die Rechte« mit Siegfried »SS-Siggi« Borchardt

Der »Nationale Widerstand Dortmund« (NWDO), heute organisiert als Kreisverband Dortmund der Partei »Die Rechte«, macht immer wieder mit Aufmärschen von bundesweiter Bedeutung und gewalttätigen Übergriffen auf MigrantInnen und Linke von sich reden. Seit dem Jahr 2000 haben Neonazis hier fünf Menschen ermordet. Der Stadtteil Dorstfeld hat sich über die Jahre zu einer Gegend mit mehreren Neonazi-Wohngemeinschaften und einem öffentlichen Neonazi-Treffpunkt entwickelt. Die Mehrheit der Stadtgesellschaft – offizielle Politik, Zivilgesellschaft, Vereine – hat diese Entwicklung lange ignoriert und kleingeredet. Insbesondere der Oberbürgermeister Ullrich Sierau (SPD) fürchtete einen Image-Schaden für die Stadt.

1980er Jahre: »Borussenfront« und FAP

Im Jahr 1982 gründete Siegfried Borchardt, besser bekannt als »SS-Siggi«, die rechte Hooligantruppe »Borussenfront«, die zunächst rund um den Borsigplatz in der Dortmunder Nordstadt aktiv war und MigrantInnen angriff. Borchardt, der gute Kontakte zur 1991 verstorbenen Szenegröße Michael Kühnen unterhielt, war auch über die »Borussenfront« hinaus umtriebig und wurde Kameradschaftsführer der »Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten« (ANS/NA). Mit seinen AnhängerInnen baute er nach dem Verbot der ANS/NA ab 1984 den Landesverband der »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP) in Nordrhein-Westfalen auf, trat für sie bei Wahlen an und war im Landes- und Bundesvorstand aktiv.

1990er Jahre: RechtsRock und Kameradschaftsvernetzung

In den Folgejahren wurde Borchardt in Nordrhein-Westfalen zu einer zentralen Führungsfigur der Szene. Nach dem Verbot der FAP 1995 dauerte es nicht lange, bis sich die hiesigen Neonazis in der Kameradschaftsvernetzung »Widerstand West« organisierten. Als Betreiber des »Nationalen Infotelefons Rheinland« war auch Sven Skoda aus Düsseldorf bereits dabei. Skoda hält bis heute enge Kontakte nach Dortmund. Mitte der 1990er Jahre wurde außerdem die RechtsRockband »Oidoxie« um Marco Gottschalk aus dem Dortmunder Stadtteil Brechten gegründet. Über die Musik bauten Dortmunder Neonazis ihre Kontakte aus, wie zu »Blood & Honour« in Belgien, den Niederlanden und Ostdeutschland.

Die 2000er Jahre: Ausbau zur Hochburg und fünf Morde

Mit der Jahrtausendwende kam es zu einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß an Gewalt von Neonazis. Zwischen 2000 und 2006 wurden in Dortmund fünf Menschen ermordet. Am 14. Juni 2000 erschoss der Neonazi Michael Berger in Dortmund und im benachbarten Waltrop drei PolizistInnen und dann sich selbst. Berger war Teil der Szene und unter anderem mit Borchardt befreundet. Die »Kameradschaft Dortmund« brachte damals einen Aufkleber mit der Aufschrift »Berger war ein Freund von uns. 3:0 für Deutschland« heraus und bezog sich damit positiv auf die Tat. Kurz nach dem Dreifachmord organisierte Christian Worch – ein enger Weggefährte von Michael Kühnen – den ersten großen Neonaziaufmarsch seit langem. In der Folge kamen im Herbst 2000 und Frühjahr 2001 jeweils mehrere hundert TeilnehmerInnen zu Aufmärschen in Dortmund. Zwei Jahre später übernahmen jüngere Neonazis das Ruder, und ab 2005 waren diese als »Nationaler Widerstand Dortmund« (NWDO) aktiv. Neue Kader der Szene wurden Neonazis wie Dennis Giemsch oder Michael Brück. Der militante NWDO prägte zudem das Konzept und Auftreten der »Autonomen Nationalisten« entscheidend mit und hatte somit über die Stadtgrenzen hinweg Strahlkraft in die bundesweite Szene. Die neue Generation zeigte sich ebenfalls international umtriebig und knüpfte Kontakte, beispielsweise nach Osteuropa und Griechenland, die bis heute bestehen.

Fünf Jahre nach den Polizistenmorden kam es zur nächsten tödlichen Tat. Der Neonazi-Skinhead Sven Kahlin erstach am 28. März 2005 den Punk Thomas »Schmuddel« Schulz. Kahlin saß eine Jugendstrafe ab, wurde 2010 vorzeitig entlassen und erfuhr durch seine Tat eine Aufwertung in der Neonaziszene. Ein Jahr darauf mordete auch der »Nationalsozialistische Untergrund« (NSU) in Dortmund. Der Kioskbesitzer Mehmet Kubaşık wurde am 4. April 2006 in der Nordstadt erschossen. Beide Morde fanden in einer Zeit statt, in der die Dortmunder Neonazis sehr aktiv und präsent waren und versuchten, Dortmund als Neonazihochburg zu etablieren. Dazu gehören neben den Aufmärschen zum »Tag der Arbeit« am 1. Mai auch der »Nationale Antikriegstag«. Diesen veranstalten sie seit 2005 in zeitlicher Nähe zum Jahrestag des Überfalls Nazi-Deutschlands auf Polen am 1. September 1939. Aufmärsche in Dortmund zogen damals Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet an. Auch Übergriffe blieben an der Tagesordnung: 2009 kam es zu einem Angriff von rund 400 Neonazis auf die DGB-Demonstration zum 1. Mai, und im Dezember 2010 versuchten zwei Dutzend von ihnen vergeblich, die linke Kneipe »Hirsch-Q« zu stürmen. An der juristischen Aufarbeitung dieser Taten gab es viel Kritik. Betroffene rechter Gewalt konnten seitens der Stadt zu dieser Zeit kaum mit Unterstützung rechnen. Auch kamen die Ermittlungen gegen die TäterInnen erst richtig in Gang, nachdem AntifaschistInnen eine detaillierte Auswertung von Videobändern zu dem Angriff veröffentlichten.

NWDO-Verbot und Reorganisierung

Im August 2012 wurde der NWDO schließlich zusammen mit zwei weiteren führenden Kameradschaften aus Norderhein-Westfalen, der »Kameradschaft Hamm« und der »Kameradschaft Aachener Land« (KAL), ver-



boten. In Dortmund verloren sie unter anderem ihr »Nationales Zentrum« in der Rheinischen Straße und den kameradschaftseigenen »Resistore«-Versand. Doch schon wenig später reorganisierten sie sich und gründeten einen Ableger der Kleinstpartei »Die Rechte«, die auf Bundesebene von Christian Worch angeführt wird. Auf lokaler Ebene versuchten die Dortmunder Neonazis, ihre Mittel als Partei zu nutzen, und traten zur Kommunalwahl 2014 an. In dieser Phase gelang es der Führungsriege offenbar, ihre ‹KameradInnen› so weit zu disziplinieren, dass Aufsehen erregende Angriffe ausblieben. Dies änderte sich nach der Kommunalwahl sehr schnell: Berauscht vom Einzug Borchardts in den Rat der Stadt versuchten mehr als 30 Neonazis am Wahlabend das Rathaus zu stürmen, wurden jedoch von KommunalpolitikerInnen verschiedener Parteien, Linken und autonomen AntifaschistInnen aufgehalten. In den Reihen der Linken gab es zahlreiche Verletzte.
Ihre neu gewonnenen Mandate im Rat und den Bezirksvertretungen nutzen die Neonazis als Bühne für Hetze und Provokationen. Sie versuchen alles, um bundesweit Aufmerksamkeit zu erheischen wie beispielsweise mit Anfragen zu Anzahl und Wohnorten von Jüdinnen und Juden und zu Menschen mit HIV-Infektion im Dortmunder Stadtgebiet. Der Versuch, an die Popularität der PEGIDA-Bewegung anzuknüpfen lief Anfang 2015 allerdings ins Leere. Trotz wöchentlicher Kundgebungen und scheinbarer »Bürgerinitiativen« gegen Geflüchtetenunterkünfte.

2016: »Tag der deutschen Zukunft« und eine neue Welle der Gewalt
Im vergangenen Jahr waren die Aktivitäten der Szene zunächst durch die Mobilisierung zum sogenannten »Tag der deutschen Zukunft« geprägt, der seit 2009 in verschiedenen Städten, und am 4. Juni 2016 in Dortmund stattfand. Die Dortmunder Neonazis wollten mit dem Aufmarsch zeigen, dass sie immer noch in der Lage sind, eine Großveranstaltung von bundesweiter Bedeutung zu organisieren. Rund 900 TeilnehmerInnen kamen und konnten trotz eines breiten Gegenprotestes von insgesamt 5.000 NeonazigegnerInnen auf der Straße weitgehend ungestört durch den Dortmunder Nordwesten ziehen. Der erfolgreich durchgeführte Aufmarsch ist vor allem auf die Taktik der Polizei, die Route bis zum Morgen des Aufmarsches geheim zu halten und mehrere Stadtteile zu »roten Zonen« zu erklären, zurückzuführen. Dem in der Folge gewachsenen Selbstbewusstsein folgte in der zweiten Jahreshälfte 2016 eine neue Aktions- und Gewaltwelle. Neben allwöchentlichen Kundgebungen, Bedrohungen, Verfolgungsjagden und Angriffen war der Höhepunkt eine Messerattacke auf ein Mitglied der »Linksjugend Solid« am 14. August 2016 vor dessen Wohnung; er erlitt eine Stichwunde am Bauch und konnte fliehen. Die Polizei reagierte daraufhin mit einer »24-Stunden-Überwachung« der Neonazis in Dortmund-Dorstfeld. Zwei Wochen später folgte ein Angriff auf einen linken Buchladen in der Nordstadt, den die BetreiberInnen abwehren konnten. Am 9. November 2016 störten die Neonazis, nicht zum ersten Mal, eine Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an die ermordeten Jüdinnen und Juden Europas. Zuletzt besetzten Neonazis im Stile der »Identitären Bewegung« am 16. Dezember 2016 einen Kirchturm direkt in der Innenstadt und entrollten ein Transparent mit der Aufschrift »Islamisierung stoppen!«. Mit ihren Aktionen wollen sie nicht nur mediale Aufmerksamkeit erreichen, sondern in der Stadt »National befreite Zonen« schaffen. Und gegenwärtig ist Dortmund die einzige westdeutsche Großstadt, in denen ihnen dies in einzelnen Stadtteilen gelingt. An zahlreichen Häuserwänden in Dorstfeld prangt das Graffiti »Nazikiez«, sie patrouillieren durch die Straßen und mittlerweile wohnen mehrere Dutzend Kader in dem Stadtteil und der Nordstadt.

Zwischen Ignoranz und antifaschistischem Widerstand
Allerdings hat die Neonaziszene auch in Dortmund nicht die breite Bevölkerung hinter sich. Dass sie trotzdem derart erstarken konnte, liegt zum einen an der aktionistischen Ausrichtung der Szene, die auf ein drei Jahrzehnte altes Netzwerk aufbauen kann, sowie an der Ignoranz wie Unfähigkeit der Stadtpolitik und Zivilgesellschaft. Und das in einer Phase, in der die heutige Generation der Szene erste organisatorische Erfahrungen machte. Beispielhaft dafür stand jahrelang der Oberbürgermeister der Stadt Dortmund, Ullrich Sierau, der Ende der 2000er in einem Interview erklärte, Dortmund habe »kein Naziproblem«. Wohlgemerkt in einer Zeit, in der Neonazis mehrere Morde begangen hatten. Hinzu kam eine Polizei, die nach mehreren gescheiterten Verbotsverfügungen gegen Aufmärsche eine Eskalationsstrategie einschlug. Mit der Sperrung ganzer Stadtteile und brutaler Gewalt gegen AntifaschistInnen verhalf sie den Neonazis zu Erfolgserlebnissen. Auch war die Aufklärung der von Berger und dem NSU begangen Morde von Ermittlungspannen geprägt.
Inzwischen kann sich seitens der Lokalpolitik allerdings niemand mehr erlauben, das Problem zu bagatellisieren. Von der Stadt wurden Programme ins Leben gerufen und eine »Koordinierungsstelle für Toleranz, Vielfalt und Demokratie« im Rathaus geschaffen, die zivilgesellschaftliches Engagement mit offiziellen Stellen zusammenbringen soll. Zu diesem Wandel hat auch eine kontinuierliche Gegenöffentlichkeit antifaschistischer Gruppen beigetragen, die die offizielle Lesart der Verharmlosung stets infrage stellten. Da die Polizei die Betroffenen meist nur unzureichend schützt, gilt es seit Jahren, Selbstschutz zu organisieren. Nur so konnten bisher zahlreiche Angriffe wie auf die Kneipe »Hirsch-Q« oder den Buchladen in der Nordstadt abgewehrt werden. Außerdem ist es in den letzten Jahren gelungen, Gräben zwischen den Anti-Nazi-AkteurInnen zu überwinden und über politische Spektren hinweg auf Neonaziaktionen zu reagieren. Die Gründung des »BlockaDO«-Bündnisses hat 2014 neuen Wind in die Debatte über Aktionsformen und eine Annäherung an die Zivilgesellschaft gebracht. Mit der Kampagne »Es Reicht«, die als Reaktion auf die neue Welle von Angriffen im Sommer 2016 ins Leben gerufen wurde, soll den Neonazis in Dortmund weiter Paroli geboten werden. Erste Zeichen wurden gesetzt: nach der Messerattacke im August demonstrierten 800 Menschen gegen rechte Gewalt, einen Monat später waren es sogar 2.000.

Wiederbelebungsversuch in Niedersachsen

Viele Jahre ist die rechte Szene im Landkreis Göttingen und der Region Südniedersachsen nicht öffentlich in Erscheinung getreten – bis Ende 2015.

von Marian Ramaswamy

Der »Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen« (FKTN) tritt seit Ende Oktober 2015 in Erscheinung. Nach ersten gemeinsamen Teilnahmen an Aufmärschen der »Alternative für Deutschland« (AfD) in Erfurt und der NPD Eichsfeld in Heiligenstadt mobilisierte der »Freundeskreis« selbst ab November 2015 zu ersten Kundgebungen im niedersächsischen Duderstadt. Der Organisationskreis setzte sich, bis zum Ende 2015, aus Mitgliedern der AfD-Göttingen und Northeim, der NPD-Göttingen sowie rechten Burschenschaftlern, Rockern und Hooligans zusammen. Gemeinsam konnten zu Beginn zwischen 60 und 120 TeilnehmerInnen mobilisiert werden. Anmelder der ersten Kundgebungen war Lars Steinke, Vorsitzender der »Jungen Alternative« (JA) Braunschweig, der auch auf den Kundgebungen spricht. Die unter dem Motto »Freiheitlicher Bürgertreff« angemeldeten Veranstaltungen wurden schnell zu einem Anlaufpunkt für die Region. Die zunehmende Teilnahme von Neonazis aus dem Umfeld der »Kameradschaft Northeim« führte aber zu Streit innerhalb der »Alternative für Deutschland«. Während Steinke die Teilnehmenden als »besorgte Bürger« bezeichnete, sprach Maik Schmitz, Vorsitzender der AfD-Northeim davon, dass es sich »offensichtlich um Angehörige der rechten bis rechtsextremen Hooligan-Szene« handle. Nachdem Steinke seine Anmeldung für den FKTN nicht zurückzog und auch der eingeforderten Distanzierung nicht nachkam, wurde er als Redner vom Neujahrsempfang der AfD-Northeim ausgeladen. Erst einen Monat später ließ er, nach Ausschlussdrohungen durch den Landesvorsitzenden der AfD-Niedersachsen, Paul Armin Hampel, seine Anmeldungen ruhen. Die übernahm nun der ehemalige Burschenschaftler Jan Philipp Jaenecke aus Göttingen, der zusammen mit Steinke auf der Liste der »Jungen Alternativen Hochschulgruppe Göttingen« für das Studierendenparlament 2015/2016 kandidierte.

»Kundgebungsmarathon«

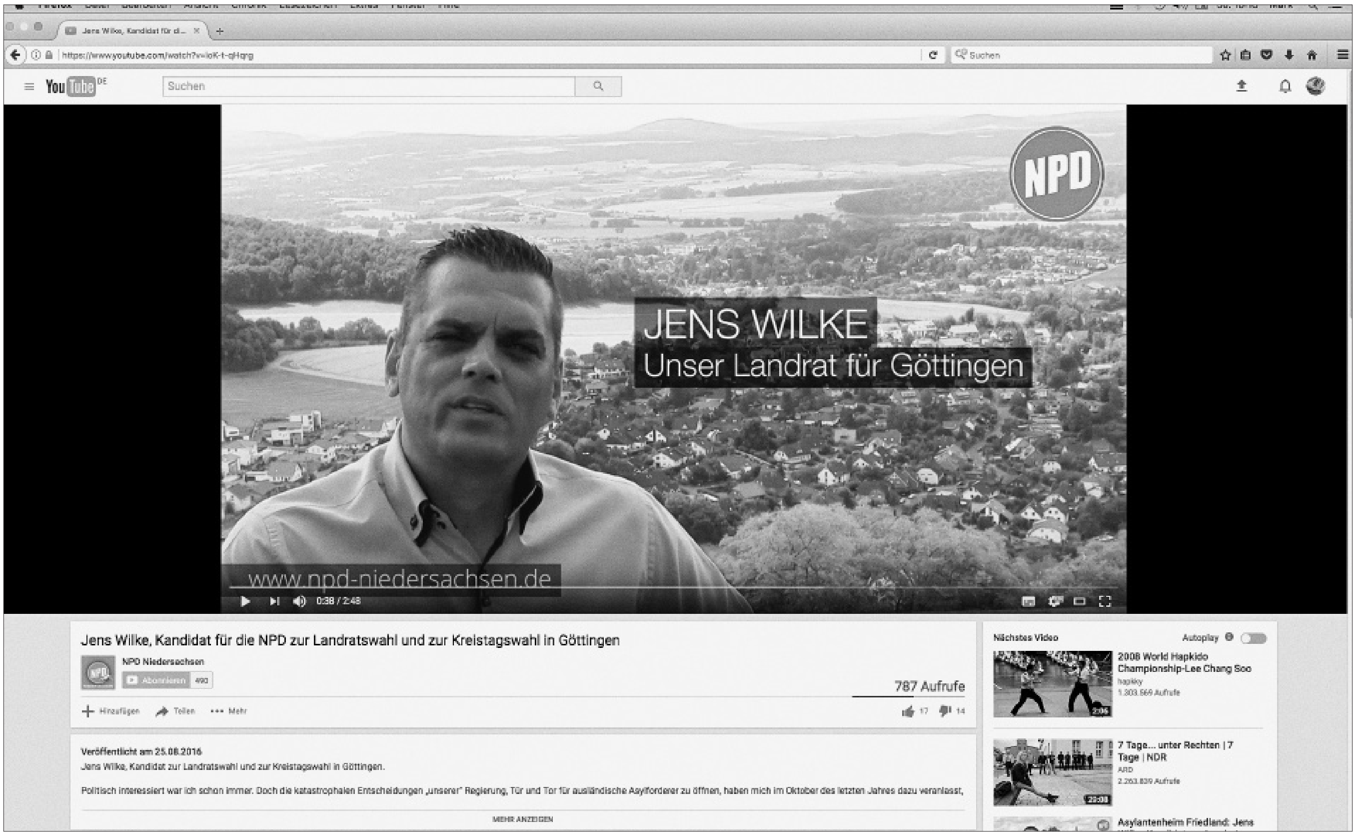
Der Rückzug der AfD hat auf die Organisationsstruktur des »Freundeskreises« kaum Auswirkungen, da die maßgeblichen Aufgaben fest in der Hand organisierter Neonazis aus der NPD-Göttingen oder dem Umfeld der »Kameradschaft Northeim« liegen. Anfang 2016 startete dann ihr sogenannter »Kundgebungsmarathon« durch Lindau, Northeim, Duderstadt und schloss Mitte März in Heiligenstadt. Eine Aktions-Strategie, die die »Freien Kameradschaften« bereits Ende der 1990er Jahre praktizierten. Mit der Versammlung in Lindau trat auch die NPD offen als Unterstützerin des FKTN auf, sodann auch folgerichtig als Redner der Heiligenstädter Stadtratsabgeordnete der NPD, Mathias Fiedler – später folgte der »Kameradschaftsführer« und NPD-Kreistagsabgeordnete Thorsten Heise. In Northeim präsentierte sich für die Organisation eine »Sektion Northeim« des FKTN, die in erster Linie aus einer jungen Generation aus dem Umfeld der »Kameradschaft Northeim« stammt und bisher unter dem Label »AG Rhumetal« auftrat. NPD-Nachwuchspolitiker Gianluca Bruno war sowohl Anmelder als auch Redner. Die als Großevent angekündigte erste Kundgebung in Bad Lauterberg Anfang März 2016, konnte etwa 100 TeilnehmerInnen mobilisieren. Unterstützt wurden sie dabei von der Partei »Die Rechte« aus Dortmund, der »Aktionsgruppe Hannover« und Neonazis aus Nordhessen. Auch in Lindau und in Northeim blieb die Anzahl der TeilnehmerInnen so gering, dass der »Kundgebungsmarathon« schon nach etwa zwei Monaten wieder eingestellt wurde.

Der »Freundeskreis« setzte mit seinen insgesamt über 40 Kundgebungen im Landkreis vor allem auf die Vernetzung verschiedener EinzelkämpferInnen, die er mit seinen Aktionen einzusammeln versuchte. Auch wenn sich die meisten nicht über längere Zeit beteiligten, wurde so ein aktives Umfeld von UnterstützerInnen geschaffen, dass sich strukturell und finanziell vernetzte und bei Bedarf aktiviert werden kann.

Wahlkampf für die NPD

Zur niedersächsischen Kommunalwahl am 11. September 2016 entbrannte im Umfeld des FKTN ein Streit um die Frage, welcher Partei man verbunden sei. Trotz der Tatsache, dass sich Mitglieder der AfD weiter im Umfeld des »Freundeskreises« bewegten und auch an den Kundgebungen teilnahmen, verkündete er Ende Mai auf der Liste der NPD im Kreis Göttingen/Osterode, Northeim und Einbeck anzutreten. Der NPD-Unterbezirk Göttingen, der zuvor nur noch mehr oder weniger auf dem Papier existierte, verfügte damit über KandidatInnen in allen Wahlbezirken in Göttingen. Mit dem Wahlantritt für die NPD veränderte der FKTN sein strategisches Vorgehen und wechselte von kleinen Kundgebungen im Umland zu Aktionen, die in erster Linie auf Provokation setzten. Dabei versuchten sie in Göttingen mehrfach direkt vor oder in der Nähe linker Zentren Aktionen durchzuführen, was teils massive Gegenwehr auslöste. Beim Flyer-Verteilen oder Fahrten mit einem Lautsprecherwagen im August und September 2016 durch die Stadt traten sie mehrfach bewaffnet mit Reizgas, Holzknüppeln und Eisenstangen in Erscheinung. Dabei kam es zu auch zu Auseinandersetzungen mit der lokalen Antifa.

Einen Tag vor der Wahl verkündete Thorsten Heise auf der Kundgebung zum Wahlkampfabschluss der NPD am Göttinger Bahnhof noch, dass er mindestens ein, eher zwei Mandate im Göttinger Kreistag erwarte. Das Ergebnis fiel aber deutlich schlechter aus: Mit 0,8 Prozent (3.143 Stimmen) verpasste sie den Einzug in den Göttinger Kreistag. Da die AfD bei den Landratswahlen keine eigenen KandidatInnen nominierte, erhielt der NPD-Kandidat Jens Wilke immerhin 2,6 Prozent (3.667) der Stimmen und landete damit vor dem Kandidaten der AfD-Abspaltung »Allianz für Fortschritt und Aufbruch« (seit November 2016 »Liberal-Konservative Reformer«). Lediglich in Bad Lauterberg schaffte es die NPD mit Michael Triebel ein Mandat im Gemeinderat mit 3,4 Prozent (513 Stimmen) zu halten.



^ *Screenshot des YouTube-Kanal der NPD Niedersachsen*

Netzwerkbemühungen

Nach der Wahlniederlage rief der FKTN wiederholt zu Aufmärschen in Duderstadt auf. Hier gelang es ihm abermals kaum, TeilnehmerInnen zu mobilisieren. Nach einem Aufmarsch am 12. November 2016 –– mit lediglich 17 Beteiligten – fuhr eine Gruppe von fünf Neonazis, unter ihnen der NPD-Landratskandidat Jens Wilke, durch Göttingen und bedrohte einen Lokalpolitiker der Partei »Die Piraten« durch eine Megaphondurchsage vor seinem Wohnhaus. Danach kam es zu einem bewaffneten Angriff auf zwei AntifaschistInnen, bei dem auf eine am Boden liegende Person mit einer Eisenkette eingeschlagen und diese dabei schwer verletzt wurde. Gleichzeitig ist man bestrebt, sich auszudehnen. Seit August 2016 präsentiert sich die »Aktionsgruppe Nienburg/Weser« um den Neonazi Christopher Siedler als sogenannte »Sektion Nienburg/Weser« des »Freundeskreises«. Schon zuvor unterstützten Nienburger Neonazis mehrfach Kundgebungen in Göttingen und Adelebsen. Eine Woche nach dem Kleinstaufmarsch in Duderstadt wurde dann zu einem ersten Aufmarsch in Nienburg mobilisiert. Trotz landesweitem Aufruf kamen nur knapp 50 Neonazis aus Verden, Wilhelmshaven, Braunschweig, Hannover, Burgdorf und Nienburg zusammen.

Unterstützung bekommen die Niedersachsen von den mittlerweile zusammengewachsenen Kampagnen »Thügida« und »Wir lieben Sachsen«. So unterstützten die beiden Frontmänner David Köckert aus Greiz und Alexander Kurth mit dem als »Thügida-Mobil« bekannten Lautsprecherwagen Aktionen des FKTN. Nach der Wahlniederlage bei der Kommunalwahl beteiligte sich der »Freundeskreis« an einer »Thügida«-Kampagne, die sich das Sammeln von Spenden und deren öffentlichkeitswirksame Verteilung an Bedürftige auf die Fahnen geschrieben hat: »Ein Volk hilft sich selbst«.

Die angekündigte Gründung eines eigenen Vereins mit dem Namen »Familie – Heimat – Zukunft e. V.« wurde nicht umgesetzt. Orientierung fand der »Freundeskreis« bei dem neu gegründeten Verein »Thügida und Wir lieben Sachsen e. V.«. Der NPDler Jens Wilke, bei dem die vorherige Organisation der Aktionen im Raum Göttingen lag, wurde im November 2016 als Beisitzer in den Vorstand gewählt. Auch trat er vermehrt als Redner auf »Thügida«-Veranstaltungen auf. Die erhoffte Unterstützung des FKTN durch das rechte Netzwerk »Ein Prozent«, um den neu-rechten Verleger Götz Kubitschek, Jürgen Elsässer vom Magazin »Compact« und Martin Sellner von der »Identitären Bewegung« trat indes nicht ein. Mitglieder des FKTN nahmen an einem Treffen von »Ein Prozent« teil, und in einem Newsletter wird der »Freundeskreis« mit seinen Kundgebungen in Duderstadt als »erster Unterstützer-Protest in Westdeutschland« bezeichnet. Aber die mehrfachen Ankündigungen des »Freundeskreises«, dass »prominente« SprecherInnen der Kampagne zur Unterstützung kommen würden, erfüllten sich nicht.

Eine Klammer ohne Resonanz

Das ursprüngliche Ziel, eine Sammelbewegung zu werden, die auch für eine bürgerliche Rechte ansprechend sein sollte, hat der »Freundeskreis« verfehlt. Zwar konnten diverse politische Differenzen, vor allem zwischen AfD- und NPD-UnterstützerInnen, aber auch zwischen der Partei »Die Rechte« und den »Freien Kameradschaften«, temporär beiseite gelegt werden, die erhoffte Klammerfunktion konnte man indes nicht übernehmen. Trotz mancher Teilerfolge kamen die Neonazis aus Südniedersachsen, bedingt durch die dünne Personaldecke, rasch an ihre Grenzen. Dies versuchten sie durch einen Ortswechsel nach Nienburg oder eine Beteiligung an den »Thügida«-Aktionen in Thüringen zu kompensieren – wohl in der Hoffnung, dort frische Kräfte zu aktivieren. Es fehlt in Niedersachsen aber ein Resonanzboden wie in Thüringen, um ein reales Eingreifen in die politische Wirklichkeit zu ermöglichen.



Machtkampf vor dem Wahlkampfjahr

Nach ihren Erfolgen bei den Landtagswahlen 2016 bereitet sich die »Alternative für Deutschland« auf die Wahlen im laufenden Jahr vor. Dabei brechen die internen Machtkämpfe erneut aus.

von Kai Budler

Es war ein klares Zeichen an die »Alternative für Deutschland« (AfD) im Saarland, das die Bundesvorsitzenden der Partei, Frauke Petry und Jörg Meuthen, in einem Rundschreiben Ende Oktober 2016 setzten: »Mit Rücksicht auf die Gesamtpartei im wichtigen Wahljahr 2017« solle der Landesverband nicht zur Landtagswahl am 26. März antreten. Es war die Rede von »erheblichen Zweifeln an der Integrität von maßgeblichen Teilen des Landesvorstandes«. Die ungewöhnliche Forderung war eine Reaktion auf das Urteil des parteiinternen Bundesschiedsgerichtes. Dieses widersprach zuvor dem Auflösungsbeschluss durch den Bundesvorstand vom Frühjahr 2016. Immer wieder waren intensive Kontakte der saarländischen Parteispitze zur extrem rechten Szene und ihre Nähe zur NPD bekannt geworden. Doch den Landesverband schreckte eine mögliche Auflösung nicht: Schon im Juli hatte er in Völklingen seine Landesliste aufgestellt und fühlte sich drei Monate später durch den Schiedsspruch gestärkt. Der Pressesprecher und Spitzenkandidat Rudolf Müller bezeichnete die Aufforderung als »völlig außerhalb des Möglichen, völlig außerhalb des Sinnvollen«. Gleichzeitig aber bereitete er der Saarland-AfD neue Probleme, als bekannt wurde, dass Müller in seinem Antiquitätengeschäft Hakenkreuzorden und Geldscheine von 1943 aus dem Konzentrationslager Theresienstadt verkaufte. Die Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen wegen des Verdachts des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen auf. Der Landesverband zeigt sich derweil unbeeindruckt: Trotz massiver Kritik bleiben die Spitzen und Müller in ihren Vorstandspositionen und ziehen auf Spitzenplätzen ihrer Wahlkreise in den Wahlkampf. Im vorgelagerten Machtkampf musste der Bundesvorstand Ende November eine weitere Schlappe einstecken: Der Parteikonvent beschloss, die Saarländer bei der Landtagswahl mit 100.000 Euro zu unterstützen. Kurz vorher hatten sich bereits die »Patriotische Plattform« und der AfD-Rechtsaußen und -Vorsitzende in Thüringen, Björn Höcke, hinter den Landesverband gestellt und die Konventsmitglieder zur Unterstützung aufgerufen: »In einer Zeit, in der es um das Wohl und Wehe unseres bedrohten Vaterlandes geht und sich unsere AfD als einzig relevante Kraft des Bewahrenden gegen die vereinten Kräfte der Auflösung stemmt, darf keine weitere Arbeitskraft in die innerparteiliche Auseinandersetzung mit dem Landesverband Saarland investiert werden.« Zwei Tage vor der Konventssitzung forderte Höcke: »Die Landtagswahlen im Saarland müssen in die Gesamtstrategie der Bundespartei integriert und eine den Gleichbehandlungsgrundsatz achtende Finanzausstattung dieses wahlkampfführenden Landesverbandes sichergestellt werden.« Das Bestreben des Bundesvorstandes, die saarländische AfD zu isolieren, verkehrte sich so ins Gegenteil: In der Causa Saarland wurde Petry vorgeführt, während sich der rechte Flügel im Machtkampf durchsetzte.

Chaos im Norden

Vier Monate vor der Bundestagswahl, am 5. Mai 2017, steht in Schleswig-Holstein eine weitere Landtagswahl an. Aktuell regiert in dem nördlichen Bundesland eine Koalition aus SPD, Grünen und Südschleswigschem Wählerverband mit nur einer Stimme Mehrheit. Die AfD kommt hier nach eigenen Angaben auf rund 900 Mitglieder und gilt als schwach aufgestellt. Sie hatte bereits im September 2016 ihr Wahlprogramm verab-

schiedet und startete kurz darauf mit der Aufstellung einer Landesliste. Doch schon bevor die Listenwahl beginnen konnte, drohte der Parteitag im Chaos zu versinken: Weil kein Delegiertenprinzip vorgesehen ist, kann jedes Mitglied auf dem Parteitag mitstimmen. Der Landesvorstand sei nicht rechtmäßig gewählt, kritisierten mehrere Mitglieder und warfen der Parteispitze vor, nur die eigenen Interessen zu verfolgen. Die anwesende stellvertretende Bundesvorsitzende Beatrix von Storch erhielt gar einen Antrag, der Bundesvorstand solle den Landesvorstand absetzen. Schließlich landete der AfD-Landesvorsitzende Jörg Nobis auf Platz eins der Liste, ihm folgen der Kriminalbeamte Claus Schaffer und die Rechtsanwältin Doris von Sayn-Wittgenstein. Im Wahlprogramm werden unter anderem Gleichstellungsbeauftragte und Frauenquoten als »Folgen einer menschenverachtenden Ideologie« bezeichnet und die Zeit des deutschen Nationalsozialismus als »zwölf Unglücksjahre« geschichtsklitternd umgedeutet und verharmlost. Zu den Forderungen gehört, die »falsch verstandene Großzügigkeit« im grundgesetzlich verankerten Asylrecht zu beenden, eine personelle Aufstockung der Polizei und deren Ausstattung mit Kriegswaffen. Bis auf eine Ausnahme geht die AfD in Schleswig-Holstein in jedem Wahlkreis mit einer Direktkandidatin in die Wahl. Schon der Parteitag im April 2016 mit der Wahl eines neuen Vorstandes hatte einer Schlammschlacht geglichen, als innerparteiliche Machtkämpfe öffentlich ausgetragen wurden. AfD-FunktionärInnen verließen aus Protest den Saal und legten anschließend teilweise ihre Ämter nieder. Aus diesen Reihen ist inzwischen von einem Rechtsruck und fehlendem Demokratieverständnis der AfD in Schleswig-Holstein die Rede.

Rechtsruck auch in NRW

Mehr als viermal so viele Mitglieder wie im Norden hat der stärkste Landesverband der AfD in Nordrhein-Westfalen (NRW). Die Landtagswahl am 14. Mai 2017 ist die letzte vor der Wahl zum Bundestag im September. Die hiesige AfD gilt als zerrissen und macht vor allem durch interne Streitigkeiten von sich reden. Auf den Wahlparteitagen in Soest und Werl sammelten sich die AnhängerInnen des Landesvorsitzenden Marcus Pretzell und bekämpften besonders jene Kandidaten, die dem Co-Vorsitzenden Martin Renner nahe stehen. Doch schon bei der Wahl zum Spitzenkandidaten wurde Pretzells umstrittene Position deutlich, als nur rund die Hälfte der Anwesenden für ihn stimmte. Sein Konkurrent Thomas Röckemann erhielt immerhin 44 Prozent der Stimmen. Pretzells knapper Sieg wurde aus den Reihen der »Patriotischen Plattform« als »Klatsche« kommentiert, die »bundesweit hörbar« sei. Als Organisator des Widerstandes gegen Pretzell von rechtsaußen gilt Thomas Matzke, der Vorsitzende des Kreisverbandes Rhein-Sieg und stellvertretende Sprecher des »Landeskreis« NRW der Patriotischen Plattform. Über den Landesverband sagt der bekennende Höcke-Anhänger: »Das Krebsgeschwür in NRW ist schon sehr tief gewandert – die Bezirke sind nahezu vollständig erkrankt, viele Kreise schon fast tot. Der Fisch stinkt immer vom Kopf, d. h. die ‹Führung› und die Strippenzieher, die von Hütchenspielern unterstützt werden, lähmen die wenigen Aktiven in der Partei.« Ein deutlicher Affront gegen Pretzell, dessen Kurs die AfD in NRW in den ersten sieben Monaten 2015 knapp die Hälfte ihrer Mitglieder gekostet hatte. Daraufhin vollzog der Landesverband damals einen deutlichen Kurswechsel. Die Geister, die er rief, wird Pretzell allerdings nicht mehr los: Nach einem Burgfrieden probt der Rechtsaußenflügel nun den offenen Machtkampf gegen seinen Vorsitzenden.

Luckes Sturz als Vorbild?

Außerdem könnte es zu rechtlichen Schritten wegen möglicher Unregelmäßigkeiten bei der Aufstellung der Landesliste kommen. Hintergrund ist die Kandidatenstichwahl um Listenplatz drei, die der vom Pretzell-Flügel unterstützte Frank Neppe im dritten Wahlgang für sich entschied. Im Nachhinein wurde bekannt, dass dabei Wahlzettel vernichtet worden sein sollen. Weiteren Ärger könnte Pretzell die Veröffentlichung der Chat-Protokolle einer geheimen »Whatsapp«-Gruppe bereiten, in der einige seiner AnhängerInnen bei der Besetzung der Landesliste Druck ausübten und dabei offenbar das Wahlgeheimnis nicht einhielten. Für Pretzells Konkurrenten Renner eine willkommene Gelegenheit, den Bundesvorstand anzurufen, der sich damit auseinandersetzen müsse. Auch die Pretzell-Kritiker und Landesvorsitzenden von Brandenburg und Thüringen, Alexander Gauland und Björn Höcke, ergriffen sogleich die Chance, seine Position öffentlich zu schwächen. In einer gemeinsamen Erklärung heißt es: »Die Chatprotokolle aus dem nordrhein-westfälischen Landesverband sind ein erschütterndes und zugleich ernüchterndes Zeugnis der Instrumentalisierung der AfD für eigene Karriereziele. (…) Angesichts der vorliegenden Dokumente vom Listenparteitag scheint fraglich, ob bei der Kandidatenwahl alles mit rechten Dingen zugegangen ist.« Sie fordern die Überprüfung der Listenwahl durch ein Schiedsgericht und ziehen gar den Vergleich mit den innerparteilichen Konflikten um den ehemaligen Bundesvorsitzenden Lucke. »Dabei will die AfD genau das nicht sein: eine Partei der Strippenzieher und der Mauscheleien in Hinterzimmern oder über soziale Netzwerke. (…) Damals haben wir als Reaktion auf diese Konflikte die Erfurter Resolution verfasst«, drohen beide ganz unverhohlen mit der Machtposition des völkischen Parteiflügels, der mit der »Erfurter Resolution« 2015 Luckes Sturz eingeleitet hatte.

Der völkische »Flügel« im Bundestag?

Der Angriff auf Pretzell gilt aber auch Parteichefin Petry, die Ende November eine weitere Niederlage erlitt. Noch im Frühjahr war ein Angriff von Höcke, Gauland und dem von ihr faktisch entmachteten Co-Vorsitzenden Jörg Meuthen verpufft und die Vorsitzende arbeitete weiter an ihrer Rolle als Führungsfigur der Partei. Doch Pläne einer alleinigen Spitzenkandidatur für den Bundestag sind geplatzt, nachdem Gauland im Bundesvorstand den Antrag für eine »Mehrfachspitze« durchsetzte und damit im Machtkampf gegen Petry einen Punktsieg holte. Die Anzahl der SpitzenkandidatInnen ist noch unklar, als gesetzt gelten bisher Petry und Gauland. Denkbar ist auch Beatrix von Storch, die in den Bundestag wechseln will. Der AfD-Landeschef in Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, sieht in dem Gremium auch den Mitinitiator des völkischen »Flügels« Höcke vertreten. Und Poggenburgs Worte haben Gewicht, sein Landesverband hat bei der letzten Wahl mit knapp 25 Prozent der Stimmen das bislang beste Ergebnis für die AfD eingefahren. Höcke selbst schweigt sich bisher über einen möglichen Wechsel von Erfurt nach Berlin aus, hatte aber schon Anfang November eine Grundsatzrede über die Bedeutung des »Flügels« auf Bundesebene gehalten. Dessen Mitglieder sollten die Listenparteitage für die Bundestagswahl »maximal frequentieren, damit die Richtigen nach Berlin kommen«, empfahl der Thüringer Landesvorsitzende. Im Bundestag solle dann eine Gruppe gebildet werden, um den »guten Kern der Partei« lebendig zu halten, forderte Höcke und appellierte an seine ZuhörerInnen: »Überlassen wir die Partei nicht den Strippenziehern, Intriganten und Überschlauen.«

Mit dem Angriff auf Pretzell gerät auch Petry in die Defensive, zumal es schon bei ihrer Direktkandidatur für die Bundestagswahl Schwierigkeiten gab. Zwar wurde sie im Wahlkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge mit großer Mehrheit als Direktkandidatin bestimmt; in dem Landkreis mit der Stadt Freital war die AfD bei der Landtagswahl 2014 in Sachsen auf das zweithöchste Stimmergebnis gekommen. Doch ausgerechnet in Bautzen, wo die AfD noch mehr Stimmen bekam, hatte der örtliche Kreisverband eine Direktkandidatur der Bundesvorsitzenden abgelehnt. Zur Begründung hieß es, man wolle »keine Import-Lösung«.



Noch nicht abgeschrieben: Die AfD und die Wirtschaft

Die als europakritische Partei gestartete »Alternative für Deutschland« setzt seit der Abspaltung von Bernd Lucke und Co. erfolgreich auf die völkische Karte. Das nationalistische Getöse lenkt den Blick von der Positionierung der Partei in anderen politischen Feldern ab.

von Sebastian Friedrich

Die »Alternative für Deutschland« (AfD) präsentiert sich gerne als Partei der »kleinen Leute«, als Anwältin derjenigen, die in dieser Gesellschaft ökonomisch das Nachsehen haben. Doch entgegen diesen Verlautbarungen orientieren sich Frauke Petry, Jörg Meuthen und Co. programmatisch an den Forderungen von Teilen der Wirtschaft. So vertritt die AfD ein im Kern neoliberales Wirtschafts- und Sozialprogramm, spricht sich etwa für Liberalisierungen, Deregulierungen und für Steuererleichterungen für Besserverdienende aus.

Es ist allerdings eine bestimmte Kapitalfraktion, auf die die AfD schielt. Während das exportorientierte Industriekapital wie das Finanzkapital den Aufstieg der Rechten mit Sorge sieht, bekommt die AfD von jenen Unterstützung, die sich im Zuge der Eurokrise aus dem gemeinsamen Block des Kapitals zu lösen begannen: Unternehmen, die eher auf lokale und regionale Absatzmärkte orientiert sind und einer Vertiefung der europäischen Integration in wirtschaftlicher Hinsicht ablehnend gegenüberstehen.

Organisiert sind diese Unternehmen etwa im Verband »Die Familienunternehmer«. Ihm gehören 5.000 Personen an, deren Betriebe eigentümergeführt sind und etwa 1,7 Millionen Beschäftigte haben; nur einige wenige sind international agierende Unternehmen. Nach eigenem Bekunden repräsentiert der Verband die Interessen von 180.000 Familienunternehmen in Deutschland, die acht Millionen Menschen beschäftigen. Voraussetzung für die Mitgliedschaft sind unter anderem mindestens zehn abhängig Beschäftigte und ein Jahresumsatz von über einer Million Euro. Für die »Rosa Luxemburg Stiftung« untersuchten Frederic Heine und Thomas Sablowski im Jahr 2013 die »Europapolitik des deutschen Machtblocks und ihre Widersprüche«. Grundlage ihrer Analyse waren Positionspapiere und Pressemitteilungen von Wirtschaftsverbänden zur Krisenpolitik. Ein Verband stach bei der Analyse heraus: »Die Familienunternehmer«. Es war der einzige Verband, der sich während der Eurokrise grundsätzlich gegen die Eurorettungspolitik der damaligen Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP gestellt hatte. Außerdem forderte er den Ausschluss Griechenlands aus der Eurozone. Überdies verlangte er der Studie zufolge »eine weitere Verschärfung der fiskalpolitischen Maßnahmen«, wendete sich gegen »jede Form von wirtschaftspolitischer Europäisierung« und bediente sich »einer zum Teil rechtspopulistischen Rhetorik«. Heine und Sablowski resümierten, dass die national-konservativen und orthodox-neoliberalen Kräfte aus den Kreisen der FamilienunternehmerInnen in der AfD ihren parteipolitischen Ausdruck gefunden haben. Besonders in der Anfangszeit der AfD war der Kontakt zwischen dem Familienunternehmerverband und der Partei eng. Ein Beispiel: Anfang Mai 2014, kurz vor den Wahlen zum Europaparlament, hielt der Verband ein großes Treffen in Dresden ab; prominenter Redner war der damalige AfD-Bundesvorsitzende Bernd Lucke, der zu Beginn des zweiten Tages – zur besten Zeit also – eine Stunde lang seine Euro- und Europakonzepte vorstellen durfte. Keine andere Institution ging mit der AfD so früh auf Tuchfühlung; anlässlich der Einladung erklärte der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, Albrecht von der Hagen: »Damit zeigen wir, wie unzufrieden wir mit der jetzigen Bundesregierung sind« und fuhr fort: »Viele Fragen der AfD sind auch unsere Fragen«.

Doch die Liaison währte nicht lange. Ein Jahr später, beim »Familienunternehmertag« im April 2015, kamen alle Parteien in Panels zu Wort – alle bis zu auf zwei: »Die LINKE« und die AfD. Lutz Goebel, der Präsident des Verbandes »Die Familienunternehmer«, äußert sich seit etwa zwei Jahren regelmäßig scharf ablehnend, wenn es um die AfD geht. So bereits im September 2014 in einem Interview mit der Zeitung »Der Tagesspiegel«. Zwar wiederholte er die Auffassung seines Hauptgeschäftsführers von der Hagen, die AfD stelle die richtigen Fragen. Aber: Sie »gibt aber die falschen Antworten«.

Woher dieser Kurswechsel? Erstens dürfte die AfD vielen im Verband schlicht zu rechts geworden sein, insbesondere nach der Abspaltung der Lucke-Fraktion. Die anfängliche Hoffnung, mittels der AfD Druck auf die CDU/CSU und die FDP aufbauen zu können, zerschlug sich mit der zunehmenden Öffnung der AfD in Richtung völkischer Kreise. Vor allem die eher gemäßigten Kräfte im Verband haben von dieser Strategie abgelassen. Zweitens sind im Verband sehr unterschiedliche Interessen vertreten – einige der sogenannten Familienunternehmen, besonders in Süddeutschland, sind direkt auf den Markt außerhalb Deutschlands angewiesen – oder mittelbar, wenn sie etwa Zulieferer für die Autoindustrie sind. Eine Abschaffung des Euro oder ein Austritt aus der EU sind nicht in ihrem Sinne. Drittens dürften selbst die Teile, die der AfD wohlgesonnen sind und die Partei auch gerne offen unterstützen würden, nicht an einer Spaltung des Verbands interessiert sein. Um zu verhindern, dass sich zwei nebeneinander existierende Lobbyorganisationen gegenseitig schwächen, befinden sie sich aufgrund ungünstiger Kräfteverhältnisse innerhalb des Verbands in der Defensive.

Doch es irrt, wer glaubt, die Kontakte zwischen den reaktionären Teilen des Familienunternehmerverbands und der AfD seien gänzlich abgebrochen. Die »Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft« und die mit dieser eng kooperierende »Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft« wirken hierbei als integrierende Klammer. Die als Verein organisierte Gesellschaft sowie die Stiftung setzen sich für die Förderung marktradikaler Ideen im Sinne des neoliberalen Vordenkers Hayek ein.

Eine zentrale Figur ist hier Gerd Habermann. Als Geschäftsführer der »Hayek-Gesellschaft« engagiert er sich vor allem für den Aufbau von Gesprächskreisen, den sogenannten »Hayek-Clubs«. Die Liste der Gäste verdeutlicht, in welchem Spektrum die »Hayek-Clubs« angesiedelt sind. Eingeladen wurden neben Thilo Sarrazin und Henryk M. Broder auch mal ein Verfassungsschützer, konservative JournalistInnen und marktfundamentalistische FDP-PolitikerInnen. Ebenso stehen AfD-Mitglieder wie Beatrix von Storch immer wieder auf der RednerInnenliste – in ihrem Fall wenig verwunderlich, ist sie doch Mitglied der Gesellschaft. Allerdings versuchen Teile der »Hayek-Gesellschaft« die AfD-Politikerin loszuwerden – bisher vergeblich, auch weil der rechte Flügel einflussreich ist. So ist Habermann laut der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung dagegen, dass Storch die Hayek-Gesellschaft verlässt. Neben von Storch gibt es noch weitere personelle Überschneidungen: Carlo Clemens, der Kölner Vorsitzende der »Jungen Alternative«, ist gemeinsam mit Mirko Wilde Leiter des örtlichen »Hayek-Clubs«.

In die »Hayek-Gesellschaft« finden nicht nur Mitglieder der AfD, sondern auch Funktionäre der »Familienunternehmer«. Auch hier ist Habermann zentral: Bis Oktober 2010 war er Direktor des Verbands. Ebenso sind mit Peer-Robin Paulus und Frank Schäffler einflussreiche Akteure des Familienunternehmerverbands sowohl in der »Hayek-Gesellschaft« als auch in einflussreichen Positionen im Verband aktiv. Paulus leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft des Familienunternehmerverbands, der ehemalige Bundestagsabgeordnete Schäffler (FDP) ist Mitglied des Strategischen Beirats des Verbands.

Es gibt also durchaus ein Potenzial bei UnternehmerInnen, die Nähe der AfD zu suchen oder sie gar zu unterstützen, auch wenn diese UnternehmerInnen in ihren Kapitalverbänden derzeit nicht dominieren. Aber Bewegung ist überall: Im Juli 2015 spaltete sich nicht nur die AfD, sondern auch die »Hayek-Gesellschaft«. Namhafte Mitglieder wie der FDP-Chef Christian Lindner und die Publizistin Karen Horn traten aus Protest gegen die zunehmende Rechtsverschiebung der Gesellschaft aus. Horn war zu diesem Zeitpunkt Vorsitzende der Gesellschaft und lastete die Rechtsentwicklung Habermann an. Der Einfluss der »Familienunternehmer« in der Hayek-Gesellschaft hat seitdem zugenommen.

Nicht nur die reaktionären Teile des Familienunternehmerverbands befinden sich mit der AfD im Austausch. Zwar ist nicht zu bestreiten, dass einige Unternehmer wie Hans Wall, Firmengründer der »Wall AG«, oder wie der ehemalige Chef des »Bundesverbandes der deutschen Industrie«, Heinrich Weiss, die AfD nach der Spaltung in Richtung der wiedererstarkten FDP oder Luckes neuer Partei »Allianz für Fortschritt und Aufbruch« verlassen haben. Aber es sind eben auch UnternehmerInnen geblieben und häufig auf kommunaler Ebene aktiv. Ein Beispiel: Klaus-Dieter Geyer, Kreistagsabgeordneter im Vogtlandkreis. Dort hat auch sein Unternehmen für Maschinen- und Werkzeugbau seinen Sitz. Er unterstützt die AfD, weil sie die Steuerlast des Mittelstandes senken will. Laut der Zeitschrift »WirtschaftsWoche« ist die Mitgliederzahl des AfD-Mittelstandsforums seit Juli 2015 stabil geblieben. Nach der Spaltung hatten sich Frauke Petry und das Mittelstandsforum mittels einer gemeinsamen Erklärung um den Verbleib der UnternehmerInnen bemüht: »Die Wiederherstellung der patriotisch/konservativen Ausrichtung der AfD-Partei geht nicht zu Lasten wirtschaftsliberaler Positionen, weil sie komplementär zu ihnen erfolgt.«

Die AfD umgarnt eine weitere Gruppe der Kapitalseite: das Immobilienkapital. Das zeigt das Beispiel Berlin, wo die Themen Wohnen und Miete wichtige Themen im Wahlkampf zur Abgeordnetenhauswahl 2016 waren. Im Wahlprogramm spricht sich die AfD gegen die Mietpreisbremse, für mehr Eigenverantwortung und marktwirtschaftliche Anreize, niedrigere Steuern und weniger Bürokratie aus, um auf diese Weise mehr Wohnraum zu schaffen. Philipp Möller von der »Berliner Mietergemeinschaft« erkennt in dem Wahlprogramm eher Strategien zur Förderung des Kapitals, zur Ausweitung des Marktes und den Rückzug aus staatlicher Regulierung. »Das ist ein sehr neoliberales und unsoziales Profil, das sogar das der CDU noch übertrifft«, so Möller im Interview. Die weiteren Punkte verdeutlichen, dass hier Interessen des Immobilienkapitals vertreten werden; so möchte die AfD die Grunderwerbssteuer von 6 Prozent auf 3,5 Prozent senken, was zu einer Zunahme von Immobilienspekulationen führen würde.

Möller verwundert es nicht, dass einige KandidatInnen, die aus der Immobilienbranche stammen, für die AfD ins Abgeordnetenhaus eingezogen sind. Frank-Christian Hansel etwa war von 2002 bis 2012 Geschäftsführer für den deutschen Markt der spanischen Immobilien-AG »Metrovacesa«, die sich vor allem auf Luxuswohnungen spezialisiert hat. Kristin Brinker war nach ihrer Tätigkeit beim »Bund der Steuerzahler« ebenfalls in der Immobilienbranche und im Immobilienmanagement tätig. Auf der Ebene der einzelnen Bezirke Berlins gibt es Möller zufolge etwa ein halbes Dutzend weiterer Beispiele von AfD-PolitikerInnen, die eng mit dem Immobilienkapital verbandelt sind. »Es besteht die reale Gefahr, dass sich Teile des Immobilienkapitals mit rechten Kräften verbünden«, so Möller. Die AfD ist also nicht nur offen für UnternehmerInnen, sondern weiß sehr genau, dass sie deren Interessen berücksichtigen muss, um sich mittelfristig zu konsolidieren. Es ist davon auszugehen, dass sich die bestehenden Verbindungen verfestigen und sich auch UnternehmerInnen offen zur AfD bekennen werden, so der bereits begonnene Normalisierungsprozess der AfD weiter voranschreitet. Die AfD ist als rechte Alternative zu Union und FDP für Teile der Wirtschaft noch längst nicht abgeschrieben.

»Wenn wir kommen, wird ausgemistet«

Zur Bildungs- und Schulpolitik der »Alternative für Deutschland«

von Erhard Korn

Mit abfälligen Bemerkungen über Schwarze Fußballer und der Forderung nach mehr »Germanen« in der Nationalmannschaft bediente der CDU-Rechtsaußen und baden-württembergische Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder vor 15 Jahren erfolgreich die Ressentiments seiner konservativen Klientel. Mit ähnlichen Äußerungen über den Nationalspieler Jérôme Boateng und die nicht mehr »klassisch deutsche« DFB-Auswahl schoss der Vize der »Alternative für Deutschland« (AfD), Alexander Gauland, zwar vordergründig ein Eigentor – trug aber hintergründig zu den Erfolgen seiner Partei bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin bei.

Nationalidentität und Erziehung zur Männlichkeit

Auch in der Bildungspolitik knüpft die AfD an den nationalen CDU-Flügel an. Mayer-Vorfelder ließ als Kultusminister (1980-1991) nicht nur das Deutschlandlied wieder in den Schulen singen – auch die erste Strophe. Er forderte Zucht und Ordnung, verdammte Ganztags- und Gesamtschulen. Vor allem: Er hielt dem »liberalen Späth« den konservativen Flügel frei, wie er in seinen Erinnerungen formulierte. Auch in der Bildungspolitik knüpft die AfD an den nationalen CDU-Flügel an: der Chef des AfD-Jugendverbands »Junge Alternative«, Markus Frohnmaier, will an den Schulen jeden Morgen das Deutschlandlied singen lassen; dass dazu auch die erste Strophe »Deutschland, Deutschland über alles« gehört, ist für ihn vermutlich nicht problematisch. Neben der Wiedereinführung der Wehrpflicht will die Rechtspartei den Einsatz von Jugendoffizieren der Bundeswehr an den Schulen ausweiten. Entsprechend fordert der AfD-Ideologe Marc Jongen eine »Erziehung zur Männlichkeit« – die Forderung nach Erziehung zur Wehrhaftigkeit wird mitgedacht. Schule soll, so die AfD Sachsen-Anhalt, zu einer »gefestigten Nationalidentität« erziehen und durch Disziplin »starke Männer« formen. Außerdem will die Rechtspartei Lehrpläne zugunsten »positiver Anknüpfungspunkte« umschreiben, damit die Geschichte Deutschlands »angemessen und unverfälscht« dargestellt wird: Die Erinnerung an Nazigräuel soll die Entwicklung eines neuen »Patriotismus« nicht behindern. Dieser ist Voraussetzung einer neuen außenpolitischen Orientierung hin zu einer eigenständigen Großmachtpolitik Deutschlands, wie sie etwa beim Bismarck-Bewunderer Gauland aufscheint. JA-Chef Frohnmaier pflegt – wie etliche andere europäische Rechte – derweil schon Verbindungen zu »Einiges Russland«, der Partei von Wladimir Putin, und macht damit den Bruch zum westorientierten Konservatismus deutlich.

Genozid durch Sexualerziehung?

Die rot-grüne Landesregierung in Stuttgart strebe mit dem Bildungsplan »die Zerstörung der traditionellen Familie«, ja die Abschaffung des eigenen Volkes an, klagt die stellvertretende Landesvorsitzende Christina Baum. Sie spricht von einem »schleichenden Genozid durch Genderismus« und einer bewussten »Umvolkung« durch Zuwanderung. Zusammen mit Beatrix von Storch hatte sie schon die »Demo für Alle« mitorganisiert und dazu beigetragen, dass in dieser Anti-Bildungsplan-Bewegung die Grenze zwischen konservativen ChristInnen und extremer Rechten überwunden werden konnte – eine der Voraussetzungen für den Erfolg der AfD. Baum orientiert sich deutlich an der neurechten Ideologie der »Identitären Bewegung« und den Verschwörungstheorien von »PI-News«, das wiederum versucht, mit Hassmails schulische Konflikte aufzuheizen und Lehrkräfte und Schulleitungen unter Druck zu setzen. Schon eine interreligiöse Adventsfeier in der Schule kann Anlass dazu sein, eine Schulleiterin zu bedrohen, da sie angeblich Weihnachten abschaffen wolle.

Die Integration von Flüchtlingen wird daher abgelehnt, Kinder von AsylbewerberInnen sollen laut dem Thüringer AfD-Vorsitzenden Björn Höcke nur »eine Grundbeschulung möglichst in ihrer Muttersprache erhalten«. Nur anerkannte Asylsuchende »sollen regelbeschult werden« – allerdings nicht »integrativ« und nicht unterstützt durch SozialpädagogInnen und PsychologInnen. Denn eine solche »Ausweitung der unproduktiven Sozialindustrie belaste nur die Steuerzahler«. Schulsozialarbeit sei »neben der Asylindustrie Teil einer Sozialindustrie«. Ein »Sumpf«, den die AfD austrocknen werde, so Hans-Thomas Tillschneider im Magdeburger Landtag. Da allerdings Sozialpädagogik ein wichtiges Element von Integration und Konfliktprävention ist, macht die AfD damit auch deutlich, dass sie genau das nicht will.

Survival of the Fittest

Dieser Linie folgen auch die Aktivitäten in den Landtagen. Nicht »Gleichmacherei«, eine Schule für alle, wo für jedeN eine Extrawurst gebraten wird, wolle die AfD, »sondern ein System, das die Messlatte hoch legt«. Jörg Meuthen, Fraktionschef der wiedervereinigten AfD in Stuttgart, wittert hinter dem »Deckmäntelchen der Chancengleichheit« eine große Verschwörung: »Es ist der gezielte und schleichende Weg in den Bildungssozialismus.« Sein Fraktionskollege Stefan Räpple, ehemaliges Vorstandsmitglied des konservativen »Verband Bildung und Erziehung«, machte im Stuttgarter Landtag in einer »Wutrede« die »sinnlosen Irrlehren der neuen Lernkultur, die aus der Erziehungswissenschaft und der Didaktik über GEW-Leute produziert« werde, für eine angebliche moralische Verwahrlosung verantwortlich.

Ganz im Ton Mayer-Vorfelders kritisiert die AfD in ihrem Bundesprogramm die »nach unten nivellierende Einheitsschule«. In Landtagswahlprogrammen beklagt sie die »Planierung unseres leistungsorientierten, mehrgliedrigen Schulsystems zur semi-sozialistischen Gleichmacherei der Gemeinschaftsschulen«. Selbst »offene Kindergartenkonzepte« stoßen auf Ablehnung. Statt Inklusion solle es überall »leistungshomogene Lerngruppen« geben, die Starken dürften in ihrem Lernerfolg nicht durch Inklusion von Behinderten eingeschränkt werden. Dagegen sei der Anteil der AbiturientInnen durch eine »Stärkung des Leistungsprinzips« zu senken. »Wenn Sachsens Schüler im deutschlandweiten Vergleich die größte Belastung (…) haben, so ist das der beste Weg, auf ein Berufsleben vorzubereiten.«

Mit der Wiedereinführung der verbindlichen Zuweisung zu den drei weiterführenden Schularten nach Klasse 4 will die Rechtspartei das geglie-



derte Schulwesen und die Hauptschule restaurieren. Eltern, gemeint sind vor allem solche aus eher benachteiligten Gesellschaftsgruppen, seien unfähig, selbst eine Entscheidung für eine weiterführende Schule zu treffen. Hinter dem angeblichen Engagement der AfD für die kleinen Leute verbirgt sich deren Verachtung.
Da eine frühe Selektion der Schülerinnen und Schüler nach Klasse 4 zweifelsohne zur Verschärfung der Bildungsungleichheit führt, dient die Bildungspolitik der AfD keinesfalls dem vielbeschworenen »kleinen Mann«, sie verschärft dessen Benachteiligung und fördert allein den Erhalt von Bildungsprivilegien. »Gleichmacherei« und »Bildungssozialismus« sind für die AfD nur Kampfbegriffe gegen eine Bildung, die Benachteiligte unterstützt. Umgekehrt will die AfD eine noch stärkere Hierarchisierung des Bildungswesens, deren Überwindung zentrales Versprechen der Bildungsreformen der letzten 50 Jahre war. Verbunden mit dem Vorschlag, SchülerInnen sollten sich ihre MitschülerInnen selbst aussuchen, zielen sie zudem deutlich auf eine Segregation von MigrantInnen etwa in Hauptschulen und die Verhinderung deren Integration.

»Wenn wir kommen, wird ausgemistet«

Eine kritische Auseinandersetzung mit der AfD im Unterricht sei, so der Abgeordnete Stefan Räpple auf seiner Homepage, »nur noch als kriminell zu bezeichnen« – müsse also strafrechtlich verfolgt und unterbunden werden. Gegen den Schroedel-Verlag kündigte er Strafanzeige an, da dieser Arbeitsblätter zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Parteiprogramm der AfD herausgibt. Des Weiteren rief Räpple dazu auf, »umgehend ALLE Druckerzeugnisse des Schroedel-Verlages zu boykottieren«. In der ersten Anfrage der AfD Baden-Württemberg unterstellte die Abgeordnete Baum der Landesregierung eine Mitbeteiligung an der Erstellung der Arbeitsblätter und wollte wissen, an welchen Schulen diese eingesetzt werden. In Hamburg wollte die AfD sogar wissen, »welche Nicht-GEW-Mitglieder« sich mit AfD-kritischen Materialien befassen.
Selbst HochschullehrerInnen sollen durch Dienstaufsichtsbeschwerden eingeschüchtert werden, wenn sie AfD-kritische Veranstaltungen unterstützen. Vor Ort greift die AfD – wie in Bernhausen bei Stuttgart – ganze LehrerInnenkollegien als »rot-grün geprägt« an. Einzelne LehrerInnen werden angegangen, weil sie »die AfD als Partei Ewiggestriger bezeichnet« hätten. »Diese Verbrecher gehören auf die Anklagebank wegen Volkshetze!«, kommentiert dann der offenbar schon auf Femegerichte schielende Anhang. »Frau Merkel ist eine Verbrecherin am deutschen Volk, die ihre Jahre im Gefängnis absitzen müsste«, so der neugewählte Abgeordnete Heinrich Fiechtner auf Facebook. In der AfD dominiert also ein Freund-Feind-Denken, in dem GegnerInnen kriminalisiert und MigrantInnen zu Krankheitserregern erklärt werden: »Wenn wir kommen, dann wird aufgeräumt, dann wird ausgemistet!« kündigte Markus Frohnmeier von der »Jungen Alternative« bei PEGIDA in Erfurt an. Stefan Räpple verstieg sich im Stuttgarter Landtag zur Beschimpfung anderer Abgeordneter als »Volksverräter« und laut der »Jungen Freiheit« vom 11. November 2016 zur Bekundung: »Die im Bundestag würde ich auch aufhängen!«
In ihren Wahlkämpfen nutzt die AfD die Ängste der Menschen zur Mobilisierung, sie betreibt aber gleichzeitig mit dem vom Bundesparteitag beschlossenen Anti-Islam-Kurs und einer integrationsfeindlichen Bildungspolitik eine Zuspitzung von Konflikten – das heißt sie versucht selbst, jene Konflikte oder gar Bürgerkriegsszenarien zu provozieren, vor denen sie warnt. So schubste in der Pestalozzi-Oberschule in Meißen ein rechter Schüler einen Flüchtlingsjungen und provozierte so eine Schlägerei. Die AfD aber sprach in einer Presseerklärung von der »Messerattacke eines unbegleiteten minderjährigen Asylbewerbers«, der von der Schule auf Anordnung des Kultusministeriums vertuscht werden sollte. AfD-Landesvize Carsten Hütter versuchte, die Eltern bei einem internen Elternabend zu mobilisieren (»die Asylpolitik gefährdet das Leben der eigenen Schüler«) und erregte sich dann über Zensur, als er vom Rektor aus der Schule gewiesen wurde. Die Kommentare auf den Facebook-Seiten von AfD und Hütter belegen, dass dies als Aufruf gelesen wird, seine Kinder »selbst zu schützen, wenn es der Staat nicht tut«.

Roll-Back nach rechts

Die AfD gibt vor, die politische Lücke zu schließen, die aus einer eher pragmatischen Bildungs- und Familienpolitik der CDU entstanden ist. Während die CDU wenigstens äußerlich ein zweigliedriges System von Gymnasien und Gemeinschaftsschulen ebenso akzeptiert wie eine Individualisierung des Unterrichts, zielt die AfD auf eine Re-Ideologisierung der Schulpolitik, verbunden mit einem Roll-Back zur Dreigliedrigkeit und zentralisiertem Unterricht durch autoritäre Lehrkräfte. Sie greift rechtskonservatives Gedankengut auf, radikalisiert es aber in ihrer praktischen Politik dadurch, dass sie es mit Drohungen und Einschüchterungen, aber auch mit einem »Kampf um die Straße« flankiert. Damit bewegt sie sich deutlich weg von einem konservativen und hin zu einem präfaschistischen Politikverständnis.
Die AfD-Forderung nach einem »schlanken Staat« bedeutet für das Bildungswesen die Konzentration auf Kernunterricht, den Abbau aller flankierenden Unterstützungsbereiche und eine Stärkung autoritärer Strukturen: »Problematische Schüler brauchen keinen Schulsozialarbeiter, sie brauchen Autoritäten«, so Tillschneider. Damit wird auch ausgeschlossen, dass Schule Lernfeld für soziale Demokratie ist: Eine autoritäre Schule fundiert einen autoritären Staat.



Im Kampf gegen den »Klimaschwindel«

Relativ unbemerkt hat sich auch in Deutschland in den letzten Jahren eine Szene herausgebildet, welche den Klimawandel generell oder zumindest dessen menschliche Ursachen in Frage stellt. Mit der »Alternative für Deutschland« haben viele dieser Klimawandel-SkeptikerInnen inzwischen eine parlamentarische Vertretung gefunden.

von Lucius Teidelbaum

Trotz der wissenschaftlichen Aufmachung geht es den SkeptikerInnen weniger um eine wissenschaftliche Kontroverse. Bei genauerem Hinsehen schimmern die ideologischen Gründe durch die präsentierten Fakten hindurch. Denn im Klimaschutz wird ein Angriff auf die (wirtschaftliche) Freiheit, eine Art linke Verschwörung gesehen. Die Ökologie-Bewegung wird dabei als quasi kryptokommunistisch oder gar religiös (»die Pseudoreligion des Klimawandels«) markiert. Dieser »Öko-Fundamentalismus« und »Klimatotalitarismus« (Vera Lengsfeld, CDU) müsse aufgehalten werden, sonst drohe die »grün-sozialistische Weltdiktatur«. Die Energiewende, beziehungsweise das »Erneuerbare-Energien-Gesetz«, wird in diesem Zusammenhang als Form von »Planwirtschaft« und »schädliches Wettbewerbshemmnis« interpretiert. Achim Brunnengräber schreibt in seinem kritischen Aufsatz von 2013 »Klimaskeptiker in Deutschland und ihr Kampf gegen die Energiewende«: »Die Leugnung des Klimawandels ist allerdings nicht mehr zentral. Die Skeptiker fokussieren ihre Kritik stärker auf die politischen Konsequenzen, die als Antwort auf den Klimawandel gezogen werden. Aus Klimaleugnern werden Klimapolitikskeptiker. (...) Die Positionen der Klimaskeptiker werden dadurch hoffähig und finden – auch prominente – Unterstützung.« Brunnengräber konstatiert eine Verschärfung der Auseinandersetzung von Seiten dieser Szene: »Die Klimadebatte wird ideologischer: Der skeptische Klimadiskurs wird zugleich ideologischer in dem Sinne, dass kommunistische, sozialistische oder ökologische AkteurInnen, Bewegungen und Positionen als Gefahr für den global way of life dargestellt werden. Eine Revolution von links, eine Öko-Diktatur soll verhindert werden.«

Das Zentrum liegt in Jena

Wichtigste Institution der deutschen Klimawandel-SkeptikerInnen ist das 2007 gegründete »Europäische Institut für Klima und Energie e. V.« (EIKE) mit Sitz in Jena. Der auf der Hompage veröffentlichte Leitspruch lautet »Nicht das Klima ist bedroht, sondern unsere Freiheit! Umweltschutz: Ja! Klimaschutz: Nein«. EIKE ist trotz des Namens kein Forschungsinstitut, sondern ein eingetragener gemeinnütziger Verein, der knapp 100 Mitglieder haben soll. Sein 24-köpfiger Beirat besteht aus verstorbenen und vor allem emeritierte Professoren. Vereinspräsident ist das CDU Mitglied Dr. Holger Thuss aus Jena. Er ist auch ehemaliger stell-

< Das was aus diesem vom Menschen gebauten Braunkohlekraftwerk in der Lausitz kommt, hat keinen Einfluss auf das Klima – so die Klima-SkeptikerInnen.

vertretender Bundesvorsitzender der CDU-nahen Studentenorganisation »Ring Christlich-Demokratischer Studenten« sowie Landesvorsitzender der »Paneuropa-Union Thüringen« und Autor des konservativ-libertären Magazins »eigentümlich frei« (s. drr Nr. 152). Aktiv ist Thuss ebenfalls bei dem »Committee for a Constructive Tomorrow« (CFACT) Europe, Ableger einer größeren US-Organisation von Klimawandel-SkeptikerInnen, die auf den designierten US-Präsidenten Donald Trump setzen.
CFACT wird in den USA von konservativen Stiftungen und Mineralölkonzernen finanziell unterstützt. EIKE-Vizepräsident ist Michael Limburg. Er ist stellvertretender Vorsitzender des »Bundesfachausschusses Energiepolitik« (BFAE) der »Alternative für Deutschland« (AfD), scheiterte aber im Kampf um den AfD-Listenplatz für die Europawahlen 2014.
Pressesprecher des Fachbeirats des Vereins EIKE ist der emeritierte Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke aus Heidelberg, der in der Vergangenheit nicht nur für die AfD referierte, sondern auch 2014 für die »Bibliothek des Konservatismus« in Berlin. Der Generalsekretär von EIKE, Wolfgang Müller, sitzt im Vorstand des marktradikalen »Berlin Manhattan Instituts«.
Unter der gleichen Postfachadresse wie EIKE bildet der »TvR Medienverlag« eine Art Hausverlag, wobei TvR für die beiden Verlagsgründer Thuss und van Riesen steht. Neben biographischem Allerlei werden dort Bücher zum Thema Klima veröffentlicht. Der Kleinstverlag fiel durch Anzeigen in der »Jungen Freiheit« auf und nahm am »Zwischentag« 2013 in Berlin mit einem eigenen Stand teil. Der Klimawandelskepsis haben sich auch das Halbjahres-Magazin »NovoArgumente« und das rechte Monatsmagazin »eigentümlich frei« verschrieben.

Endlich eine Partei

Die Klimawandel-SkeptikerInnen dockten schon früh an die AfD an. Hier identifizierte die »Tageszeitung« bereits 2013 mindestens 12 der 15 Mitglieder des »Bundesfachausschuss Energiepolitik« der Partei als Klimawandel-SkeptikerInnen. Neben der AfD gibt es durchaus auch einen Draht zu anderen Parteien. Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Paul Friedhoff, organisierte für den 16. September 2010 einen parlamentarischen Informationsabend mit dem in der Szene prominenten Fred Singer.

Deutliche Spuren

Bereits in dem dünnen Programm der Partei zur Europawahl 2014 hieß es: »Wissenschaftliche Untersuchungen zur langfristigen Entwicklung des Klimas aufgrund menschlicher CO2-Emissionen sind sehr unsicherheitsbehaftet.« Am 29. Januar 2014 veröffentlichten sie in Ergänzung dazu bei EIKE ein eigenes »Energiepolitisches Manifest«, im Untertitel »Argumente für die Beendigung der Energiewende«. Im Ton um einiges schärfer hieß es hier unter anderem: »Auch ohne die Diskussion über die Schädlichkeit oder Unschädlichkeit von CO2 als Treibhausgas gibt es längst mehrere Gründe dafür, dass Deutschland sämtliche teuren Anstrengungen zum sogenannten Klimaschutz einstellen müsste – und zwar wegen erwiesener Bedeutungs- und Nutzlosigkeit.« Zwar ist dieses Manifest kein offizielles Schriftstück der Partei, aber der »Inhalt des vorliegenden Papiers ist zum Teil in die Programm-Arbeit der AfD eingeflossen«.
Zusätzlich dazu gelang es den Klima-SkeptikerInnen, in einzelnen Landesverbänden Einfluss auf die Programm-Gestaltung zu nehmen. So hieß es im AfD-Programm zur Landtagswahl in Sachsen 2014: »Die aktuelle Energiepolitik Deutschlands orientiert sich an frei erfundenen und längst widerlegten Klimaprognosen. (...) Das Wetter ändert sich ohne Einfluss des Menschen, die statistische Größe Klima hat überwiegend natürliche Ursachen.« Die Dominanz dieser Gruppe und deren Meinung ist in der AfD aber nicht unumstritten. So heißt es in einem Bericht über ein Treffen der rechtsökologischen »Herbert-Gruhl-Gesellschaft« bezüglich eines Treffens mit AfD-Mitgründer Konrad Adam: »Adam zeichnete das Bild, die Klimaskeptiker, die sich letztlich durchgesetzt hätten, würden willkürlich argumentieren.(...) Eine wesentliche Rolle habe innerparteilich das Eike-Institut gespielt, mit dem viele im betreffenden Ausschuß verbunden seien, das aber kaum anerkannt sei in der Klimaforschung. Führende AfD-Mitglieder seien Mitglied von Eike. Der Tenor, der von hier komme, sei der, dass alles, was nicht auf deren Linie sei, nur ‹dummes Zeug› sein könne.«
Im Unklaren bleibt das genaue Verhältnis von AfD und den Klimawandel-SkeptikerInnen. Ob die Positionen des »Energiepolitischen Manifest« die Mehrheitsmeinung aller AfD-Mitglieder darstellt, bleibt offen. Fest steht, dass VerfasserInnen wie auch die Partei durch die Klimaschutzziele der Bundesregierung die »persönliche und wirtschaftliche Freiheit massiv eingeschränkt« sehen. Der gemeinsame Feind, das »Establishment«, eint. Die AfD-Führung könnte aber auch aus taktischen Gründen gezielt versucht sein, diese Strömung in der Partei zu integrieren. Nicht nur wegen der Wahlstimmen, sondern möglicherweise auch, weil sie auf deren zum Teil beträchtliche finanziellen Ressourcen spekuliert.

Erfolgreiches Jahr für die kleine Szene

Die Klimawandel-Skepsis findet in der Bundesrepublik einen Resonanzraum in Teilen der konservativen und neuen Rechten, bei Marktradikalen und generell unter VerschwörungsideologInnen. Quasi natürliche BündnispartnerInnen sind zudem VertreterInnen der konventionellen Energie-Industrie. Daneben herrscht mit vielen Initiativen, die sich gegen Windräder engagieren, Einigkeit in der Ablehnung regenerativer Energien und deren Förderung. Immerhin soll es in Deutschland mehr als 200 Bürgerinitiativen gegen Windparks geben. Mag der Kampf gegen die Windräder zum Teil aus tierschützerischen Aspekten auch sinnvoll sein, so lassen sich einige WindradgegnerInnen in ihrem Kampf gegen die »Verspargelung der Landschaft« doch auf verhängnisvolle Allianzen ein. Es kam immer wieder zu gemeinsamen Veranstaltungen einzelner solcher Initiativen mit der AfD, die sogar über eigene Plakatmotive um dieses Klientel buhlt.
2016 war insgesamt ein erfolgreiches Jahr für die Klimawandel-SkeptikerInnen in der Bundesrepublik. Die Szene in Deutschland bleibt weiterhin klein, die Anzahl der wichtigsten ProtagonistInnen ist überschaubar, aber der Zuspruch wächst; besonders im Nahbereich der AfD agitiert sie erfolgreich für sich. Mitte November 2016 fand bereits zum zehnten Mal der Jahreskongress von EIKE statt, diesmal in Berlin. Höhepunkt war dabei eine Live-Schaltung nach Washington D.C., von wo Myron Ebell berichtete, der Klimaberater des designierten US-Präsidenten Donald Trump. Immerhin ist einer der ihren zum Staatsoberhaupt des mächtigsten Staates dieser Erde gewählt worden. Vor Ort waren die RednerInnen nicht gar so prominent, aber immerhin sprach mit Philipp Lengsfeld (CDU, Sohn von Vera Lengsfeld) ein Bundestagsabgeordneter.

Zwischen AfD, Kirche und Neue Rechte

Der Autor einer anti-muslimischen Publikation der »Alternative für Deutschland«, Michael Henkel, bewegt sich seit Jahren zwischen akademischer Karriere, katholischer Kirche und der Neuen Rechten und ist einflussreicher Mitarbeiter von Björn Höcke, dem Thüringer Fraktionschef der Partei.

von Andrea R. Maack

Die Thüringer Landtagsfraktion der »Alternative für Deutschland« (AfD) veröffentlichte im Juni 2016 ein 140 Seiten starkes blaues Buch unter dem Titel »Islam. Fakten und Argumente«, das sie bis 2019 in einer Auflage von 100.000 Stück umsonst verteilen will. Der Autor Michael Henkel käut darin die von AfD und Co. bekannten anti-islamischen Ressentiments wieder. Der Islam sei eine »ernste Herausforderung« und latente Gefahr für die Demokratie. Doch letztlich seien weniger die Religion als vielmehr die im Westen verbreiteten »Konzepte des Relativismus und des Multikulturalismus« daran schuld, dass die deutsche Gesellschaft zu »Gleichgültigkeit und Ignoranz« gegenüber der vermeintlichen Bedrohung durch den Islam neige, so Henkel. Also die alte Leier der extremen Rechten: Die Moderne, die »68er« und der Liberalismus seien schuld am Niedergang des Abendlandes. Im Vorwort betont der Thüringer Partei- und Fraktions-Chef der AfD, Björn Höcke, die grundlegende Gegnerschaft seiner Partei zum Islam. Von der angekündigten Verteilung von 100.000 Exemplaren ist die AfD allerdings noch weit entfernt. Wie die Tageszeitung »Thüringer Allgemeine« (8. Juli 2016) berichtete, seien erst 2.000 Stück gedruckt und verteilt worden. Für eine zweite Auflage sollen 5.000 Stück nachbestellt worden sein. Auf der Webseite der AfD soll die Publikation mittlerweile etwa 23.000 mal heruntergeladen worden sein.
In der evangelischen mitteldeutschen Kirchenzeitung »Glaube + Heimat« (Nr. 26/2016) wurde das Buch mit deutlichen Worten kritisiert: Es sei »tendenziös«, teilweise »völlig abwegig, »unerträglich« und »perfide«. In der extremen Rechten kommt das Buch dagegen gut an. Der verschwörungstheoretische Blogger »Fatalist« schreibt: »Sehr zu empfehlen. Eindeutig von einem Fachmann geschrieben.« Und der rechte »Kopp Verlag« nennt es ein »wissenschaftlich fundiertes Aufklärungsbuch«.
Der Autor der Schrift, der Politikwissenschaftler Henkel, ist Mitarbeiter der Thüringer AfD-Landtagsfraktion für »Grundsatzfragen, Europapolitik, Kultur und Medien«. Zuvor war er Professurvertreter an der Universität Leipzig für »Ethik, Politik, Rhetorik« sowie an der Universität Jena als Dozent und Mitarbeiter am »Institut für Politikwissenschaft« tätig. Seit 1993 bot er – oft gemeinsam mit renommierten Professoren und Mitarbeitern der Hochschule – regelmäßig Lehrveranstaltungen an, im Wintersemester 2012/2013 beispielsweise in Leipzig zum Thema »Politische Debatten in der Mediendemokratie – das Beispiel der Diskussion um Thilo Sarrazin«. Sarrazin war 2010 durch seine biologistischen und rassistischen Äußerungen in seinem Buch »Deutschland schafft sich ab« einer breiten Öffentlichkeit bekannt geworden und hatte mit seiner Veröffentlichung eine breite rechte Debatte entfacht.

Nähe zur »Neuen Rechten«

Seit Jahren publiziert Henkel im Milieu rechter Blätter und Schriftenreihen. 2015 schrieb er beispielsweise in dem AfD-nahen Blog »Die freie Welt«, herausgegeben von Sven von Storch, Ehemann der AfD-Europaabgeordneten Beatrix von Storch. Außerdem war Henkel Autor des ersten Heftes der Schriftenreihe der Berliner »Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung« (FKBF) zum Thema »Konservatismus im politischen Denken Eric Voegelins«. Die FKBF steht der neu-rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) nahe. JF-Chef Dieter Stein ist seit 2007 Vorsitzender des Stiftungsrates der FKBF. Zudem war Henkel 2005 Autor in der von der FKBF getragenen Schriftenreihe »Studien und Texte zur Erforschung des Konservatismus«. In Band sechs der Reihe schrieb er über »Konservatismus im politischen Denken Eric Voegelins«; ebendort finden sich weitere Autoren aus dem Bereich des deutschen Konservatismus und der extremen Rechten. In der »Sezession« (Nr. 12/2006) besprach der Vordenker der »Neuen Rechten«, der Gildenschafter Karlheinz Weißmann, diesen Band zustimmend. Im seriösen »Junius Verlag« publizierte Henkel 1998 eine Einführung in das Denken von Eric Voegelin, auf den sich die »Neue Rechte« seit Jahren positiv bezieht. Voegelin eignet sich für sie als ideologischer Steinbruch, denn er stützte die katholisch-ständestaatliche Diktatur von Engelbert Dollfuß und Kurt Schussnigg in Österreich (1933 - 1938) und lehnte die Aufklärung ab, stand allerdings in Opposition zum Nationalsozialismus. Damit passt er zur »Neuen Rechten«, die anti-aufklärerisch, anti-demokratisch und autoritär, zugleich aber um Distanz zum NS bemüht ist.
Henkel ist seit Jahren ein rühriger Autor. So verfasste er auch Beiträge für die »Landeszentrale für politische Bildung Thüringen«: 1999 eine Broschüre »Der Sozialstaat« und einen Aufsatz in dem Sammelband »Die Krise im Kosovo« sowie 2002 das Buch »Sozialpolitik in Deutschland und



Europa«. Zudem war er Autor in dem Sammelband »Parteiendemokratie in der Bewährung« mit Beiträgen vom Who-is-Who der Politikwissenschaft der Universität Jena, konservativen Professoren wie Eckhard Jesse und Werner Patzelt sowie Vertretern der Politik, unter anderem Thüringens Ex-Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU).

Henkel ist bis in die jüngste Zeit – parallel zur Arbeit bei der AfD – weiterhin im akademischen Umfeld tätig, so zum Beispiel als Referent auf einer Tagung des »Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung« (HAIT) an der TU Dresden und des »Voegelin-Zentrums am Geschwister-Scholl-Institut der LMU München« im November 2015 in München zum Thema »Der Totalitarismus und die Abgründe der Moderne«. Auf dieser Tagung referierte unter anderem auch der Extremismus-Theoretiker Uwe Backes als stellvertretender Direktor des HAIT. Henkel steuerte auch einen Kommentar zu einem thematisch zur Tagung passenden Band »Disput über den Totalitarismus« bei, herausgegeben vom HAIT und dem »Voegelin-Zentrum«.

»Einspeisung« neu-rechten Denkens in die Wissenschaft

Auch um die Beschäftigung mit von der »Neuen Rechten« eingemeindeten Denkern bemühte sich Henkel in akademischen Publikationen, zum Beispiel um den Konservativen Michael Oakeshott. In einem 2013 von ihm mit herausgegebenen Buch »Praxis und Politik – Michael Oakeshott im Dialog« wurden die Beiträge der Tagung »Michael Oakeshott on Ethics and Reason« des »Hellmuth-Loening-Zentrums für Staatswissenschaften« an der Universität Jena aus dem Jahr 2007 gesammelt. Mit dem Band, so lobte der neu-rechte Akademiker Till Kinzel (s. drr Nr. 115) in einer Besprechung, würden Henkel und sein Mitherausgeber »einen wichtigen Beitrag zur Einspeisung Oakeshotts in die politikwissenschaftliche Diskussion« leisten. Wiederholt (2000, 2002 und 2003) publizierte Henkel zudem in der CDU-nahen Zeitschrift »CIVIS mit SONDE«, verfasste 1996 eine Buchbesprechung in den »Thüringer Verwaltungsblättern« und ist seit vielen Jahren für das renommierte »Hellmuth-Loening-Zentrum für Staatswissenschaften« in Jena tätig, mit Vorträgen 2009 (»Freiheit und Relativismus. Über paradoxe Entwicklungen der Demokratie«) und 2012 (»Von der Postdemokratie zur Prädespotie? Über politische Entwicklungstendenzen in der Gegenwart«) oder durch die Herausgabe eines Sammelbandes in der Schriftenreihe des Zentrums (»Staat, Politik und Recht beim frühen Hegel«, 2002). Unter den Mitgliedern, Vorständen und ReferentInnen des Zentrums finden sich renommierte ProfessorInnen, JuristInnen und VerwaltungsmitarbeiterInnen des Thüringer Landtages. Henkel setzt so seit Jahren – bisher öffentlich nahezu unbemerkt – die Strategie der »Neuen Rechten« um, der es in der Vergangenheit nicht um parlamentarische Mehrheiten oder Präsenz in Boulevard-Medien, sondern um die Erringung von Hegemonie in Hochschulen, bei Intellektuellen und unter gesellschaftlichen Eliten ging.



Katholische Kirche

Zwischen 2013 und 2016 lehrte Henkel auch an der »Katholischen Hochschule Freiburg«. Die Hochschule teilte mit, er habe vier Lehraufträge absolviert. Nachdem dort im Juni 2016 Henkels Tätigkeit für die AfD bekannt wurde, sei die Zusammenarbeit »umgehend beendet« worden. Bereits im Januar 2011 hatte er zudem für die »Katholische Akademie Bayern« in München zum Thema »Eric Voegelin in Deutschland: Zur Wirkungs- und Rezeptionsgeschichte eines Unbekannten in Deutschland« referiert. Besondere Bedeutung hat die Tatsache, dass Henkel zwischen Dezember 2014 und September 2015 Mitglied der 20-köpfigen Programmkommission zur Vorbereitung des 100. Deutschen Katholikentages im Jahr 2016 in Leipzig war – zuständig für »Neue Veranstaltungsformen«. Die Kommission war »für die Programmplanung und Durchführung des gesamten Programms des Katholikentags zuständig«. Dass er beruflich für die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag tätig ist, wurde durch die Kirche nicht erwähnt. Nachdem der Blog »Thüringen rechtsaussen« im August 2016 über Henkels Arbeit für die AfD berichtete, bestätigte das »Zentralkomitee der deutschen Katholiken« (ZdK) Henkels Mitarbeit in dem Gremium des Katholikentags. Jedoch sei er zu Beginn der Mitarbeit in der Kommission noch nicht für die AfD tätig gewesen. Als das Zentralkomitee im Februar 2015 Kenntnis von der Anstellung erhielt, sei der Arbeitsauftrag der Kommission bereits beendet gewesen. Die katholische Kirche hatte auf dem Katholikentag selbst dafür gesorgt, dass keine VertreterInnen der AfD im Programm auftreten konnten. Während sich die Spitzen der Kirche und unzählige Mitglieder für Flüchtlinge und gegen rassistische Hetze engagieren, gibt es offensichtlich in der Organisation zugleich auch einflussreiche AfD-nahe AkteurInnen.

Kampf um Einfluss

Henkel hat als Grundsatzmitarbeiter relevanten Einfluss auf den rechten Scharfmacher Höcke. Zugleich gelingt es ihm seit Jahren, Thesen und Ansichten von Konservativen und Neu-Rechten in Wissenschaft, in Teilen der katholischen Kirche und in renommierten Strukturen gesellschaftlicher Eliten aus Politik und Verwaltung Thüringens einzuspeisen. Der bisher fest im etablierten akademischen Milieu verankerte, an gesellschaftliche Eliten angebundene Wissenschaftler mit organisatorischer Nähe zur katholischen Kirche und zum Spektrum der »Extremismus-Theoretiker« schreibt ein anti-muslimisches Buch für eine Partei der extremen Rechten, die mit dem Schüren von Ängsten vor Muslimen, mit Rassismus und einer an den NS angelehnten Rhetorik Wahlen gewinnen und die heutige Demokratie beschädigen will. Ein paradoxes Zusammenspiel – oder aus Sicht der AfD eine gelungene Mischung, um Einfluss zu gewinnen.

Demo gegen Vielfalt

Am 30. Oktober 2016 demonstrierte die erzkonservative Protestbewegung »Demo für Alle« in Wiesbaden gegen den neuen hessischen »Lehrplan zur Sexualerziehung«. Erschienen waren auch VertreterInnen der gesamten Rechten aus Hessen und den angrenzenden Bundesländern.

von Antje Wagner und Stefan Schneider



^ *Aufmarsch gegen Feminismus und Fortschritt im Oktober 2016*

Ein im September 2016 von der schwarz-grünen Landesregierung in Hessen beschlossener »Lehrplan zur Sexualerziehung an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen« sieht vor, Akzeptanz gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intersexuellen Menschen zu vermitteln. Damit setzt der Lehrplan Vorgaben des schwarz-grünen Koalitionsvertrags um. Schüler-, Lehrer- und KirchenvertreterInnen stimmten dem neuen Plan zu. Der Landeselternbeirat verweigerte jedoch seine Zustimmung. Er stieß sich an der Formulierung, dass den unterschiedlichen Lebensformen und Geschlechtern »Akzeptanz« entgegengebracht werden müsse. Das ging der Mehrheit der gewählten ElternvertreterInnen zu weit: »Toleranz« müsse ausreichen. Trotz dieser Kritik entschied sich die Landesregierung zur Umsetzung des Lehrplans.
Das Aktionsbündnis »Demo für Alle« (DfA) versuchte diese Auseinandersetzung in ihrem Sinne zu nutzen und meldete in der hessischen Landeshauptstadt eine Demonstration an. Seit 2014 ruft die homosexuellenfeindliche Bewegung zu Demonstrationen auf. In der Vergangenheit folgten ihren Aufrufen zu Demonstrationen in Stuttgart, München und Hannover zwischen mehreren hundert bis zu 4.000 Menschen.

Aktionsbündnis der Erzkonservativen

Hinter dem Aktionsbündnis der DfA steht ein Netzwerk aus katholischen und evangelikalen FundamentalistInnen, traditionalistischen CDU- und vor allem PolitikerInnen der »Alternative für Deutschland« (AfD). Zum engeren Kreis der OrganisatorInnen zählen die stellvertretende AfD-Vorsitzende und Europaabgeordnete der AfD Beatrix von Storch, aus deren Berliner Büro heraus über lange Zeit die Proteste organisiert wurden. Anmelderin der Wiesbadener Demonstration war Hedwig Freifrau von Beverfoerde, die im Dezember 2016 aus der CDU ausgetreten ist. Sie ist Vorsitzende des »Vereins Ehe-Familie-Leben e.V«., dem Trägerverein des Aktionsbündnisses der DfA, und gründete die »Initiative Familienschutz« unter dem Dach des Trägervereins »Zivile Koalition e.V.«, zu deren Gründungsmitgliedern Beatrix von Storch zählt.
Weitere UnterstützerInnen des Netzwerkes sind Beatrix von Storchs Ehemann Sven von Storch, der für die Website »www.abgeordneten-check.de« verantwortlich ist, mit der versucht wird, von rechts Druck auf ParlamentarierInnen aufzubauen; Birgit Kelle, antifeministische Journalistin und Autorin des Buches »GenderGaga« (s. drr Nr. 155) sowie die Autorin Gabriele Kuby, die unter anderem für das zur Neuen Rechten tendierende Online-Portal »kath.net«, den verschwörungstheoretischen »Kopp-Verlag« sowie für die rechts-libertäre Zeitschrift »eigentümlich frei« und die neu-rechte Wochenzeitung »Junge Freiheit« schrieb.

»Demo für Alle« – »Manif pour tous«

Der Name »Demo für Alle« ist von der ultrakonservativen Bewegung »Manif pour tous« übernommen, die in Frankreich im Jahr 2013 hunderttausende DemonstrantInnen gegen homosexuelle Ehen mobilisieren konnte. Die Bewegung wurde 2012 von der Unternehmensberaterin und christlich-fundamentalistischen Aktivistin Béatrice Bourges, der französischen Komikerin und Kolumnistin Frigide Barjot (bürgerlich: Virginie Tellene, geb. Merle) und Ludovine de La Rochère gegründet und hat seit April 2015 den Status einer Partei. Im März 2013 wurde Béatrice Bourges, die Vorsitzende der rechtsnationalen Organisation »Le Printemps Français« (»Französischer Frühling«), wegen ihrer Radikalität ausgeschlossen.
Im zeitlichen Zusammenhang mit den Demonstrationen im Jahr 2013 häuften sich gewalttätige Übergriffe auf Homosexuelle sowie Angriffe und Einschüchterungsversuche auf BefürworterInnen der gleichgeschlechtlichen Ehe. Anhänger von »Le Printemps Français« randalierten im Anschluss an die Demonstrationen und es wurde versucht, die Vereinsräume von Homosexuellenverbänden zu erstürmen. In Paris und Nizza wurden Homosexuelle tätlich angegriffen, im nordfranzösischen Lille attackierten extrem rechte Skinheads eine von Schwulen frequentierte Bar und der sozialdemokratische Parlamentspräsident Claude Bartolone erhielt in einem Brief scharfe Munition zugestellt. Im Umfeld der Demonstrationen bewegen sich auch neo-faschistische Gruppierungen wie der »Bloc identitaire«. Für den anstehenden Präsidentschaftswahlkampf ist geplant, die Proteste von 2013 wiederzubeleben. Gefordert wird die Abschaffung der Homo-Ehe.

»Besorgte Eltern«?

Gut organisierte Demonstrationen und Online-Auftritte, die vorgeben, im Namen religiös-konservativer Werte zu sprechen, sollen auch in Deutschland ein Bild ‹besorgter Eltern› und ‹ganz normaler Bürgerinnen und Bürger› vermitteln, die ihre Werte bedroht sehen und sich um ihren Erziehungsauftrag beraubt fühlen. Social-Media-Kampagnen, in denen sich die Netzwerke immer wieder gegenseitig bestätigen, verbreiten den Eindruck, es handele sich um eine große und stetig wachsende Anzahl von Menschen, die hinter diesen Forderungen stehen. Auf diese Weise wird versucht, Einfluss zu gewinnen, der in keinem Verhältnis zur wirklichen Größe der Gruppierungen und der realen gesellschaftlichen Verbreitung



ihrer Inhalte steht.

Ähnlich wie die AfD und PEGIDA nimmt auch die DfA für sich in Anspruch, sowohl die politische Mitte, als auch die Mehrheit der Gesellschaft zu vertreten. Die rechten Gruppierungen nutzen die Themen Sexualität, Gender und Geschlechtergerechtigkeit als Kristallisationspunkte, an denen sich gesellschaftliche und individuelle Empörung entzünden lässt. Angesprochen wird, wer um soziale Privilegien, Besitzstand und den Verlust der eigenen Identität fürchtet, wenn per Gesetzgebung gegen die Abwertung von Minderheiten angegangen wird. Die eigene Lebensform rückt dabei aus dem Mittelpunkt; ist nicht mehr normativ. So können Angst und Hetze auf emotionaler Ebene bis weit in die Mehrheitsgesellschaft hineinwirken. Ziel ist es, die liberale Gesellschaft zu verunsichern und Modernisierungsbewegungen zu verhindern.

Bürgerliche Fassade – rechte Sammlungsbewegung

Dem Eigenanspruch, dem Bild der bürgerlichen Mitte zu entsprechen, ist die DfA in Wiesbaden nachgekommen. Die Auftaktveranstaltung auf einem zentralen Platz in der Innenstadt konnte auf den ersten Blick als harmonische, bürgerliche Veranstaltung wahrgenommen werden. Auffallend waren kinderreiche Familien mit traditionell-christlichem aber auch völkischem Auftreten mit Zöpfen, Röcken, Kniestrümpfen und ärmellosen Hemden.

Unter den rund rund 1.000 TeilnehmerInnen befanden sich auch zahlreiche führende VertreterInnen der hessischen AfD sowie nahezu aller relevanten extrem rechten Gruppierungen Hessens. Während die anwesenden Landessprecher und Vorstandsmitglieder der AfD Hessen – Albrecht Glaser, Peter Münch und Andreas Lichert – ohne Parteisymbole teilnahmen, versammelten sich rund 25 Mitglieder und SympathisantInnen der NPD hinter einem Transparent, das bereits am 7. Oktober 2016 bei einem Neonazi-Aufmarsch im mittelhessischen Wetzlar eingesetzt wurde. Getragen wurde es von den in Hessen bekanntesten NPD-Vertretern Daniel Lachmann (Landesvorstand) und Stefan Jagsch (Vorsitzender Bezirksverband Wetterau-Kinzig). Der Landesvorsitzende der »Jungen Nationaldemokraten« in Hessen, Thassilo Hantusch, fungierte gar als Ordner auf der Veranstaltung der DfA. Mit jeweils rund zehn Personen waren zudem »Der III. Weg«, die »Identitäre Bewegung« und die »Junge Alternative« vertreten. Sichtbare Versuche, die organisierten extrem rechten Gruppen aus der Veranstaltung herauszuhalten, gab es keine.

Die Anwesenheit der organisierten Rechten war keine Überraschung. Bereits bei früheren Demonstrationen der DfA hatten immer wieder Neonazigruppen teilgenommen. Trotz gegenteiliger Bekundungen der OrganisatorInnen wurde den Neonazis nahezu unwidersprochen die Teilnahme gewährt.

Ideologische Schnittmengen

Dass sich bei der DfA Personengruppen und Parteien zusammenfinden, die sonst eher selten gemeinsam agieren, liegt – ähnlich wie es auch bei den Protesten gegen die Asyl- und Flüchtlingspolitik der Bundesregierung oder PEGIDA-Veranstaltungen zu beobachten ist – an ideologischen Schnittmengen der beteiligten Gruppierungen. Verbindendes Element ist hier die gemeinsame Ablehnung dessen, was als »Genderideologie« beschrieben wird. Die beteiligten Gruppierungen eint keineswegs nur die Ablehnung des Sexualkundelehrplans, sondern die Ablehnung jeglicher Form von liberaler Gleichstellungspolitik, der Vielfältigkeit von geschlechtlicher Orientierung und Identitäten sowie alternativer Familienmodelle. Grundlage dieser Ablehnung ist die Vorstellung von biologistisch determinierten Geschlechterrollen und die Forderung nach Erhalt des traditionellen Familienmodells -– als Keimzelle der Nation und Garant gegen das »Aussterben(s) des deutschen Volkes«. Frauke Petrys (AfD) Postulat, wonach »die deutsche Politik (…) eine Eigenverantwortung« trage, »das Überleben des eigenen Volkes, der eigenen Nation sicherzustellen«, würde wohl der Großteil der Teilnehmenden ebenso unterschreiben, wie ihren Wunsch, dass eine »normale deutsche Familie« drei Kinder habe.

Die Antwort der Zivilgesellschaft

In Wiesbaden wurde unter dem Titel »Ihr seid nicht alle« ein Bündnis – bestehend aus fast 100 Gruppen – gegen die DfA gegründet. Darunter fanden sich sowohl Gruppierungen aus dem linken Spektrum und der Lesbian-, Gay-, Bisexual- und Transgender-Szene, ebenso wie die Aidshilfe, Gewerkschaften, »Pro Familia« und Parteiverbände von SPD, »Bündnis90/Die Grünen«, die »Piratenpartei« und »Die Linke«. Über den gesamten Tag fanden in der Stadt vielfältige Aktionen statt. Das gemeinsame Ziel war es, den öffentlichen Raum symbolisch zugunsten von »Akzeptanz und Vielfalt – gegen Diskriminierung und Ausgrenzung« zu besetzen und damit den Handlungsraum der DfA einzugrenzen. Dies wurde im Ergebnis erreicht: eine über mehrere Stunden andauernde bunte Demonstration von 3.000 Menschen, ein Bühnenprogramm mit Reden und solidarischen Musikdarbietungen prägten das Bild der Stadt. Die sich aus der Demonstration heraus spontan entwickelnde Blockade wurde von breiten TeilnehmerInnenkreisen mitgetragen und war dafür verantwortlich, dass die DfA nur knapp ein Drittel der geplanten Route laufen konnte.

Entwarnung kann aber noch nicht gegeben werden. Es erscheint aktuell möglich, dass Wiesbaden – ebenso wie zuvor Stuttgart – weitere Auftritte der DfA erleben wird. Denn wie »Aktion Kinder in Gefahr«, eine der Unterstützergruppen der DfA, schreibt: »Kultusminister Lorz (CDU) hat (…) erklärt, jeder Lehrplan baue auf seinen Vorgänger auf. »Was das für die ‹Lehrpläne zur Sexualerziehung› bedeutet, ist klar: Ist erstmal die Gender-Ideologie (in der Forderung nach Akzeptanz sexueller Vielfalt) enthalten, so kann man davon ausgehen, dass diese immer größere Bedeutung in künftigen Lehrplänen erhalten wird. (…) Die alarmierenden Aussagen von Ralph Alexander Lorz können deshalb nur eines bedeuten: Der Kampf gegen seinen Gender-Lehrplan muss weitergehen.«

»Widerstand«

»Widerstand, Widerstand«! skandieren die Teilnehmenden der Dresdner PEGIDA-Aufmärsche immer dann, wenn die RednerInnen eine rhetorische Pause einlegen, um ihre Worte auf die ZuhörerInnen wirken zu lassen. Für die extreme Rechte ist Widerstand jedoch mehr als nur eine rhetorische Figur.

von Wolfgang Laskowski



Wie zentral der Begriff für die extreme Rechte ist, wird durch seine weit zurückreichende Verwendung deutlich. Die gleichnamige, zwischen 1923 und 1934 erscheinende Zeitschrift »Widerstand« wurde von dem Nationalbolschewisten Ernst Niekisch herausgegeben. Seine ideologische Umlaufbahn begann das Blatt im Umfeld des rechten, nationalrevolutionären »Hofgeismarer Kreises« der Jungsozialisten der SPD und endete in den von Niekisch inspirierten präfaschistischen »Widerstandskreisen«. Er vertrat einen rabiaten Antiliberalismus und kritisierte die NSDAP von rechts. An die Stelle der von ihm als »römisch-dekadent« geschmähten Weimarer Demokratie sollte eine Art formierter ‹Kasernenhofsozialismus› treten, in dem Soldaten und Arbeiter unter einem rücksichtslosen, geopolitisch nach Osten orientierten Regime dem Staat dienen sollten. Niekisch wurde nach 1945 fälschlich als Antifaschist angesehen und irrlichterte durch die politische Landschaft in Ost und West. Lange vergessen, wurden er und seine antiliberale Widerstandsideologie schließlich zum Bezugspunkt der westdeutschen Nationalrevolutionäre der 1970er Jahre. Zu deren Beginn hatte die NPD die in der extremen Rechten spektrenübergreifend angelegte »Aktion Widerstand« ins Leben gerufen. Unter diesem Label organisierte eine damals neue Generation von Neonazis Aufmärsche und teilweise militante Aktionen gegen die von der sozialliberalen Koalition geschlossenen sogenannten Ostverträge mit der Sowjetunion, Polen und der DDR. Die Parole »Willy Brandt, Emigrant, an die Wand« mobilisierte die gesamte bundesdeutsche Rechte. Von der »Aktion Widerstand« sind jene Fahnen geblieben, die bei NPD-Aufmärschen ein weißes »W« und »Widerstand« auf rotem Grund zeigen.

Widerstand in Theorie und Praxis

Dem ehemaligen Vorsitzenden des »Nationaldemokratischen Hochschulbundes« (NHB) – der verblichenen Studierendenorganisation der NPD – Thor von Waldstein dürfte diese politische Ära vertraut sein. Im Januar 2016 hielt er bei der »Winterakademie« des neurechten »Instituts für Staatspolitik« (IfS) in Schnellroda einen Vortrag unter dem Titel: »Wir Deutschen sind das Volk – Zum politischen Widerstandsrecht der Deutschen nach Art. 20 IV GG.« Darin erörterte er die Frage, unter welchen Voraussetzungen das im Grundgesetz verankerte Widerstandsrecht im Lichte des von der extremen Rechten konstatierten Staatsnotstandes angesichts der Ankunft hunderttausender Flüchtlinge im Jahr 2015 zur Anwendung kommen dürfe. Doch es bleibt nicht bei theoretischen juristischen Erwägungen. Seit Jahren favorisiert Götz Kubitschek, strategischer Vordenker des IfS, die Ansicht, die Herausbildung von »Widerstandmilieus« müsse gestärkt und diese vernetzt werden. Hierzu lotet er in seinen Schriften nicht nur Methoden des zivilen Ungehorsams und des gewaltfreien Widerstands gegen die Unterbringung von AsylbewerberInnen aus, sondern treibt die Vernetzung vor Ort agierender rassistischer Bürgerinitiativen voran. Die Entwürfe für eine Praxis der Widerstandmilieus lesen sich wie ein rechtes Remake der Debatten in linken Zeitschriften wie »Kommune« und »Pflasterstrand« der 1970er Jahre. Es soll praktisch werden, diesmal von rechts. Netze sollen gebildet, Solidargemeinschaften errichtet, Gegenmilieus und ihre Lebensweise als Alternativentwürfe zur multikulturellen Gesellschaft gestärkt werden. Der sachsen-anhaltische Landtagsabgeordnete der »Alternative für Deutschland«, Hans Thomas Tillschneider, brachte dies beim letztjährigen »Kyffhäusertreffen« des »Der Flügel« der AfD so auf den Punkt: »Da ist die IB [»Identitäre Bewegung«, Anm. d. Verf.], da ist Schnellroda, da ist die AfD.« Tillschneider betrachtet die AfD dezidiert als Teil jenes Milieus, das den Widerstand gegen die etablierte Politik trage.

Diese Wiederauflage der Theorie einer Graswurzelrevolution von rechts fand ihren Niederschlag in der Gründung von »Ein Prozent«. Die von dem Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider, eben jenem AfD-Abgeordneten Tillschneider und dem ex-linken Publizisten Jürgen Elsässer unterstützte, selbsternannte Bürgerinitiative will die Vernetzung und den materiellen Ressourcenaufbau rechter und rassistischer Aktionsgruppen vor Ort finanziell unterstützen. Auf der virtuellen Landkarte der Website von »Ein Prozent« sind jene Gruppen aufgeführt, die von »Ein Prozent« unterstützt werden: vor allem AktivistInnen der rechten »Identitären Bewegung« und lokale PEGIDA-Ableger. Dort werden lokale Aktionen und Projekte vorgestellt, SympathisantInnen zu Spenden aufgefordert. »Ein Prozent«, so Götz Kubitschek, will »eine Art Greenpeace für Deutsche« sein, eine vernetzte, politisch interventionsfähige Struktur des Widerstandes.



< *Der Begriff ‹Widerstand› wurde von vielen rechten Gruppen und Parteien benutzt – wie hier im Jahr 2000 von der Jugendorganisation der NPD in Tostedt.*

Widerstand wogegen?

Auf den ersten Blick steht die Asylpolitik im Mittelpunkt dessen, wogegen der Widerstand von rechts organisiert werden soll. Doch die begriffliche Aktualisierung durch die extreme Rechte geht darüber hinaus. Die »Asylkrise« wird als Symptom einer allgemeinen Systemkrise der westlichen liberalen Demokratien interpretiert, gegen die es Widerstand zu organisieren gelte. Der Begriff ist als eine Selbstlegitimation der völkischen Rechten zu verstehen, in der vorgeblichen Notsituation, in der sich Deutschland befinde, im Namen höherer Werte, nämlich der des Volkes und der Nation, zu handeln. Der zu leistende Widerstand zielt auf die Wiederherstellung einer angeblich zerstörten staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung. Diese Rhetorik von der im Akt des Widerstandes erst wiederherzustellenden Ordnung erinnert an die Thesen des Ahnherren der »Konservativen Revolution«, Arthur Moeller van den Bruck, wonach jene Werte, die es zu verteidigen gelte, im Kampf gegen Dekadenz und Liberalismus erst geschaffen werden müssten. Für die politische Praxis übersetzt Götz Kubitschek dies mit dem Bekenntnis, man müsse »die Ordnung stören, um sie zu erhalten«.

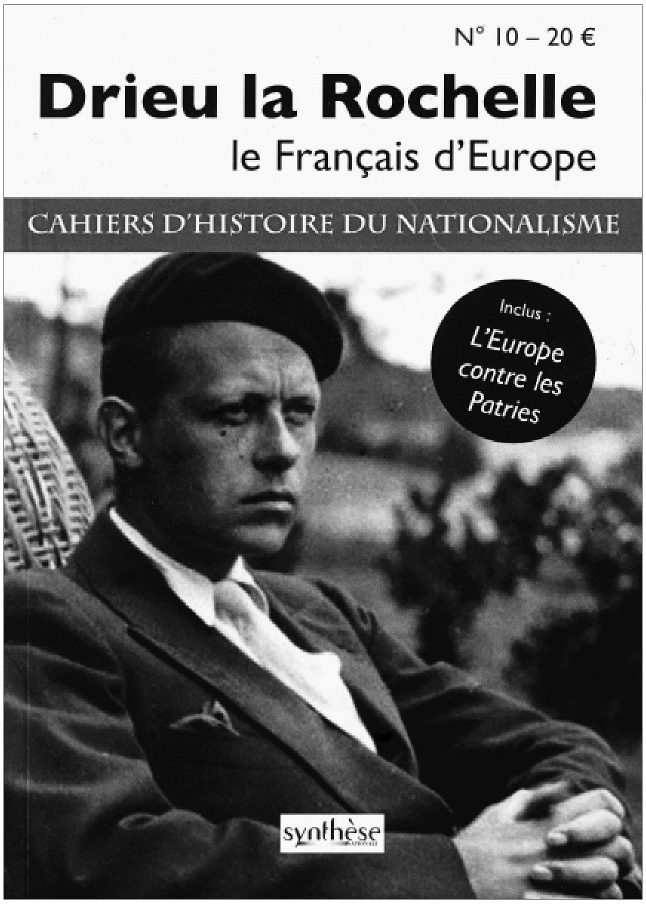
So gesehen, wird als Widerstand als eine alles umfassende Praxis verstanden, die sich dem skizzierten Prozess des diagnostizierten Niedergangs entgegenstellt; lebenspraktisch kulturell, politisch. Widerstand ist, mit Niekisch gesprochen, ein »deutsches Prinzip«, das sich nur aus den Traditionen herleiten lässt, die der Rechten als Inbegriff des Deutschseins gelten. Etwa das Preußentum. Dieses ist seit jeher Bezugspunkt rechter Kassandra- aber auch Erneuerungsrufe, wie es von Houston Stewart Chamberlain über Oswald Spengler bis zu Karlheinz Weißmann von allen angerufen wird, wenn es um die Beschwörung von Tugenden wie Disziplin, Zucht, Ordnung, natürliche Hierarchie, aber auch Sparsamkeit, ja Kargheit geht. Die Sinngebung des eigenen Handelns im Widerstand erfolgt über den Topos im Dienst an Volk und Nation zu stehen. Damit ist klar, der Widerstand, von dem bei Götz Kubitschek und Martin Sellner die Rede ist, richtet sich nicht gegen ein Phänomen von aktueller politischer Kontroversität. Der Widerstand, den die »Neue Rechte« favorisiert, zielt auf einen gesellschaftlichen Zustand, in dem ein klar hierarchisch gegliederter, volksgemeinschaftlich verfasster Staat das Schicksal des ethnisch verstandenen Subjekts ‹Volk› bestimmt. Diese illiberale Vision, in der »ethnos« statt »demos« zum bestimmenden Faktor der Politik wird, steht in der Tradition der extremen Rechten des frühen 20. Jahrhunderts.

Widerstand im Parlament? Die Ambivalenz des Verhältnisses zur AfD

Ist die AfD der parlamentarische Arm dieses skizzierten Widerstandsbegriffs? Bedingt. Einerseits sieht die »Neue Rechte« in der AfD die Chance, den eigenen politischen Botschaften einen größeren Resonanzraum zu verschaffen. Zugleich jedoch fürchtet sie, die AfD diene mittelfristig dazu, die Dynamik von PEGIDA und Co. institutionell einzuengen, zu befrieden und dem politischen Mainstream einzuverleiben. Von dorther rührt die Schärfe, mit der etwa Götz Kubitschek vor einem Anpassungskurs der AfD warnt, obwohl der Einfluss seiner Ideen zumindest in den ostdeutschen Landesverbänden der Partei nie größer war als im Jahr 2016. Die Skepsis Kubitscheks gegenüber der AfD drückt jedoch aus, dass für die »Neue Rechte« die Praxis einer rechten Partei immer nur eine politische Option in ihrer Strategie ist. Bei allem Erfolg der AfD verliert das rechtsintellektuelle Milieu nie die metapolitische Ebene seines Handelns aus den Augen. Denn metapolitisch gesehen geht es dem Widerstand von rechts nicht um den Erfolg einer Partei oder einer monothematischen Kampagne. Es geht vielmehr um die antiliberale Umwertung aller gesellschaftlichen Normen und Leitbilder. Dies ist mit einer Partei im Parlament allein, und sei sie noch so erfolgreich, nicht zu erreichen. So gesehen kann das Parlament durchaus eine Bühne für die Artikulation von Widerstand sein, niemals jedoch sein Instrument. Die in der intellektuellen Rechten verbreitete Widerstandsrhetorik dient nicht zuletzt der politischen Selbstästhetisierung. Wer die Videos, die Flugblätter und die Statements der »Identitären« anschaut, gewinnt den Eindruck, noch die banalste Tätigkeit wie das Aufstellen eines Gartenzaunes in der sächsischen Provinz, wie in einem Video der »Identären Bewegung« gezeigt, sei ein Akt des Widerstandes. Dies zeigt: Widerstand ist für seine rechten Akteure mehr als ein rhetorischer Begriff. Er soll zum Lebensprinzip in einer als feindlich wahrgenommenen Welt erhoben werden.

»Taten statt Worte«: Die literarische Version

von Volkmar Wölk



Als »Wiederkehr eines Verfemten« feiert die österreichische rechte Zeitschrift »Neue Ordnung« die deutsche Neuausgabe des Romans »Die Unzulänglichen« des französischen Schriftstellers Pierre Drieu La Rochelle. im Dresdener »Jungeuropa Verlag«. Aber kann man wirklich von einem »Verfemten« sprechen, wenn die Romane, Erzählungen und Novellen des fraglichen Autors gesammelt in einer Luxusausgabe in der renommiertesten Buchreihe Frankreichs vorliegen und alle seine Werke lieferbar sind? Treffender wäre es wohl, von einer neuerlichen Hochkonjunktur eines Autors zu sprechen, dessen Ideen ganze Generationen von FaschistInnen in Europa zu neuen ideologischen Wegen angeregt haben.

Auf Entdeckungsreise

Als 1966 ein junger Hamburger Geschichtsstudent, Mitglied der CDU und in deren Sozialausschüssen aktiv, in die Provence zu einem Sommerzeltlager der »Fédération Étudiants Nationalistes« (»Vereinigung Nationalistischer Studenten«, FEN) fährt, kehrt er verändert zurück. Eine »schöpferische Irritation« habe der Aufenthalt bei ihm bewirkt, schreibt er rückblickend. »Hier traf ich auf die sehr französischen Traditionen eines ‹sozialistischen Faschismus› (Drieu La Rochelle), die mich zwar nicht zum Faschisten machten, aber doch dazu beitrugen, mich gegenüber der alten, konservativen Rechten zu entfremden.«, fasst der spätere nationalrevolutionäre Theoretiker Henning Eichberg seine Erfahrungen zusammen. Damals habe für ihn die »Phase einer ‹neuen Rechten›« begonnen. Wäre noch zu ergänzen, dass zu diesen Traditionen auch Theoretiker eines »anti-marxistischen Sozialismus« wie Georges Sorel oder Pierre-Joseph Proudhon gehörten.

Mit einer »konservativen Rechten« waren die Inhalte, die Eichberg im Zeltlager kennenlernte, tatsächlich nicht kompatibel. Es ging dort um nicht weniger als um die Revolution und um die Methoden zu ihrer Durchführung. Zehn Tage büffelten rund 130 Studierende zu Themen wie der russischen Oktoberrevolution, der NS-»Machtergreifung« oder dem Putsch der französischen Truppen in Algerien um General Jacques Massu gegen die Republik. Eichberg freut sich in der internen Lagerzeitschrift vom 21. Juli 1966, »dass in Frankreich Phänomene wie der Faschismus und der Nationalsozialismus ebenso wie das autoritäre Führertum überholt sind«. Erstmals hat er eine rechte Organisation kennengelernt, die sich nicht im Nationalismus erschöpft, sondern am Europagedanken orientiert. Eine, die zwar scharf antikommunistisch ausgerichtet ist, zugleich aber auf sozialistische Theoretiker und Politiker zurückgreift.

Nicht ohne Grund hebt er in seiner Rückschau ausgerechnet den Schriftsteller Pierre Drieu La Rochelle namentlich hervor. Nicht ausschließlich wegen dessen programmatischer Buchveröffentlichung »Sozialistischer Faschismus« (1934), sondern wohl auch, weil der deutsche Student in ihm eine Art persönliches Vorbild sieht. Auch er selbst schreibt schließlich unter Pseudonym Gedichte und ist in einem literarischen Zirkel aktiv. Vor allem aber hat er im Sommercamp in der Provence den normannischen Regionalisten Jean Mabire kennen gelernt, eine Art geistiger Ziehvater der im Entstehen begriffenen »Nouvelle Droite« und seit Juni 1965 Chefredakteur von »Europe-Action«, der Zeitschrift der FEN. Dieser folgt der Vision eines »europäischen Sozialismus«, in dessen Zentrum die Völker stehen und nicht die Nationen, der den Regionen ihren gleichberechtigten Platz einräumt. Und nicht zuletzt hatte dieser Jean Mabire wenig zuvor eine Hommage in Buchform an Drieu La Rochelle unter dem Titel »Drieu parmi nous« veröffentlicht, da »wir nicht das Recht haben, diesen Schriftsteller zu vergessen«. Für Drieu, so Mabire, habe »die deutsch-französische Zusammenarbeit nur in dem Maße Sinn, in dem das eine wie das andere Volk an einer gemeinsamen europäischen Aufgabe teilnimmt, die das eine wie das andere übersteigt«.

Erste Renaissance

Wenige Monate nach diesem Zeltlager hätte Henning Eichberg erstmals einen Roman Drieus in deutscher Übersetzung lesen können. Der zum Axel-Springer-Imperium gehörende Propyläen-Verlag brachte dessen Hauptwerk, den Roman »Gilles«, unter dem Titel »Die Unzulänglichen« heraus. Zumindest in Frankreich war Drieu auch zu diesem Zeitpunkt längst nicht mehr »verfemt«. Im Gegenteil. Laut dem Kritiker François Bondy widerfuhr ihm eine geradezu »kultartige Zelebrierung in den Kreisen der ‹frivolen Rechten›.« Geplant war die Veröffentlichung der gesammelten Werke des – so der Klappentext der Ausgabe – »bedeutendsten, konsequentesten und integersten Kollaborateurs«. Das alles habe, so die Frankfurter Allgemeine Zeitung, nichts mit Neofaschismus zu tun. Der Spiegel dagegen zitierte in seiner Rezension Drieus Ausfälle gegen die angebliche Überfremdung durch »Millionen von (…) Juden, Nordafrikanern, Negern, Annamiten«, seine Polemiken gegen »Altersschwäche, Habgier und Scheinheiligkeit« der demokratischen Gesellschaft, gegen Dekadenz, Geburtenrückgang und den Zerfall der »nordischen Rasse«. Und ergänzte gleichzeitig, widerwillig anerkennend: »Doch der systemati-

sche war kein völkischer Beobachter – von den nazi-deutschen Blut-und-Boden-Barden seiner Generation trennt den Franzosen ein literarischer Klassenunterschied.«
Der Band hatte einen passenden Übersetzer gefunden. Gerhard Heller kannte Drieu persönlich, hatte mit ihm im besetzten Paris eng zusammengearbeitet. Damals war er für die Literaturpolitik der Besatzungsmacht zuständig, er ermöglichte ab Ende 1940 das neuerliche Erscheinen der renommierten Zeitschrift »Nouvelle Revue Française« – unter Leitung von Pierre Drieu La Rochelle. Nach der NS-Zeit war Heller unter anderem Herausgeber des »Merkur. Zeitschrift für europäisches Denken«, Verleger und Übersetzer – nicht zuletzt von vier weiteren Romanen Drieus.

»Sozialistischer Faschismus«

Der Exponent eines »sozialistischen Faschismus« Drieu war also offenkundig gleichzeitig NS-Kollaborateur. Er habe sich, so Drieu rechtfertigend, von Hitler die Schaffung eines europäischen Europa erhofft, dieser allerdings habe ausschließlich ein deutsches Europa vor Augen gehabt. Diese Europa-Orientierung ist tatsächlich ein roter Faden in der Ideologie Drieus. Die Gefahren der Dekadenz, der mangelhaften Geburtenrate und der Überfremdung beträfen den gesamten Subkontinent. Es sei genau die Demokratie, die ins Verderben führe. Träger der Demokratie sei die Bourgeoisie. Sein »Sozialismus«, der natürlich als ein strikt autoritärer gedacht war, war somit Heilmittel gegen die Dekadenz.
Nach einem Weg als politisches Irrlicht in den 1920er Jahren engagierte er sich ab 1936 in den Reihen der damals größten französischen faschistischen Organisation, dem »Parti Populaire Français« (PPF). Er wurde zum Sprachrohr ihres charismatischen Führers, des ehemaligen ranghohen kommunistischen Funktionärs Jacques Doriot. Doriot, ehemaliger Vorsitzender des Kommunistischen Jugendverbandes und Mitglied des ZK des »Parti communiste français« (»Kommunistische Partei Frankreichs«, PCF) sowie Bürgermeister von Saint Denis (Paris), war 1934 aus der Partei ausgeschlossen worden, da er sich für ein Bündnis mit den Sozialisten ausgesprochen hatte. 1936 erfolgte die Gründung des PPF, der seiner Sozialstruktur nach vorwiegend eine ArbeiterInnenpartei war, wobei die Mitglieder einesteils wie Doriot aus dem PCF kamen, andererseits aus diversen Gruppierungen der extremen Rechten. Wie bei den ersten Versuchen einer faschistischen Synthese in Frankreich 25 Jahre zuvor trafen sich AnhängerInnen der revolutionären Linken und des antiparlamentarischen Nationalismus in einer gemeinsamen Organisation. Drieu La Rochelle war nur einer von zahlreichen Intellektuellen, die dieser »faschistischen Versuchung« (Tarmo Kunnas) erlagen.
Zweifellos war er zugleich einer der produktivsten und wirkungsmächtigsten unter ihnen. Gegenwärtig erscheinen in Frankreich unter dem Titel »Drieu en kiosque« seine gesamten unselbständig veröffentlichten Arbeiten in sechs Bänden auf 3.000 Seiten. Nahezu alle Werke des angeblich »Verfemten« sind aktuell greifbar. Und selbst in jener Phase, da Verlage vor seinen politischen Büchern zurückschreckten, sorgten Raubdrucke dafür, dass Interessierte sich versorgen konnten. Ob es sich um seine Propagandaschrift »Avec Doriot« im nationalrevolutionären Verlag »Ars Magna« handelt, um seine Jugendschriften »Der junge Europäer«, seine Aufsatzsammlung »Nationale Revolution« aus der gleichnamigen Zeitschrift der 1940er Jahre oder eben »Faschistischer Sozialismus«, das mit dem Aufsatz »Gegen Marx« beginnt, sie alle werden in jüngster Zeit so schnell in Neuauflagen herausgebracht, dass ohne Übertreibung von einer Hochkonjunktur gesprochen werden kann.

Zweite Renaissance

Eine Hochkonjunktur, die sich ideologisch deutlich eingrenzen lässt. Es sind, angesichts der Erfolge des »Front National« (FN), speziell die IdeologInnen der »Nouvelle Droite« sowie die NationalrevolutionärInnen und in beider Gefolge die »Identitäre Bewegung«, die Drieu als Ideengeber für sich nutzen. Mit ihm wird dem französischen Zentralstaat der Regionalismus entgegengesetzt, mit ihm können »Dekadenz« und »Überfremdung« als seit Jahrzehnten vernachlässigte Erscheinungen angesprochen werden, gegen die »laue« Europaskepsis des FN kann ein Kräftedreieck aus Region, Nation und Europa konstruiert werden, gegen die Anpassung des FN an den Wirtschaftsliberalismus setzt man einen autoritären und antidemokratischen Antikapitalismus. Und so wie Drieu, der bei der absehbaren Niederlage des NS-Regimes den Sieg des »Kommunismus«, also der Sowjetunion, wünschte, wird gegen die »Verwestlichung« ein Bündnis mit dem Russland Putins geschmiedet. Und nicht zuletzt ist es die »Vermählung« von Antikapitalismus und Faschismus in seinem Denken, die von seinen AnhängerInnen immer wieder betont wird. »Ich habe die Gewissheit gewonnen«, schreibt Drieu, »dass der Faschismus eine notwendige Etappe zur Zerstörung des Kapitalismus darstellt. Der Faschismus schafft eine Übergangsgesellschaft, in der der Kapitalismus, so wie er in seiner Blütezeit existiert hat, seine rasche Zerstörung mit sich bringt.« Er sieht im Faschismus den Willen zu Taten, in der Demokratie nur den zu Worten. Letztere ist ungeeignet für die Zukunft. Dazu bedarf es eines föderalen Europa und einer faschistischen Internationale. Dieser Traum ist bekanntlich gescheitert. Gescheitert ebenso wie Drieu und sein Optimismus. Sein gerade nach 50 Jahren in Deutschland wiederveröffentlichter Roman »Die Unzulänglichen« endet mit einer Entscheidung, der Entscheidung zur Tat. Gilles, der Held des Romans, hat bisher nur geredet. Jetzt handelt er. Er, der Kriegsberichterstatter im Spanischen Bürgerkrieg ergreift Partei auf der Seite der Faschisten: »Er nahm ein Gewehr ging an die Schießscharte und schoß. Er zielte gut.«
Im wahren Leben entzog sich Drieu der Verantwortung. Die Niederlage der Nazis stand fest, seine Verurteilung als Kollaborateur war absehbar. Drieu schluckte Tabletten und steckte den Kopf in den Gasofen. Natürlich nicht, ohne der Nachwelt große Worte zu hinterlassen: »Ja, ich bin ein Verräter. Ja, ich war im Einverständnis mit dem Feind. (…) ja, ich bin kein gewöhnlicher Patriot, kein vernagelter Nationalist: Ich bin ein Internationalist. Ich bin nicht nur Franzose, ich bin Europäer. Auch ihr seid es, unbewusst oder bewusst. Aber wir haben gespielt, ich habe verloren. Ich beantrage den Tod.« RomantikerInnen mag das beeindrucken.

Neu-Rechter ohne alt-rechte Berührungsängste

Der Vorsitzende der rechten Initiative »Ein Prozent«, Philip Stein, ist nun auch Verleger.

von Andreas Speit

Schweigend stehen sie am Kanzleramt. Im Wind flattern Fahnen der »Alternative für Deutschland« (AfD) und »Identitären Bewegung« (IB). Musik von Franz Joseph Haydn erklingt, Grablichter flackern. Mehrere Hundert AnhängerInnen sind am 21. Dezember zur Mahnwache von »Ein Prozent« in Berlin erschienen – aufgrund des islamistischen Terroranschlags auf dem Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche mit zwölf Toten und über 50 Verletzten. Gekommen sind auch Björn Höcke, AfD-Fraktionsvorsitzender im Thüringer Landtag, und Alexander Gauland, AfD-Landes- und Fraktionsvorsitzender im Brandenburger Landesparlament. »Ein Prozent« hat sich längst als eines der wichtigsten Netzwerke über Spektrumsgrenzen hinweg etabliert. Mit dabei: Philip Stein, neurechter Verleger ohne alt-rechte Berührungsängste.

An diesem Dezemberabend sprechen Höcke und Gauland allerdings nicht. Auch Stein hält keine Rede. Mit Worten allein will der Mitte Zwanzigjährige nicht die Welt nach weit rechts bewegen. Gut zehn Monate vor der Mahnwache hatten bei der Vereinssitzung am 17. Februar 2016 eine Frau und sechs Männer Stein zum ersten Vereinsvorsitzenden von »Ein Prozent« bestimmt. Seit Jahren bewegt sich der Burschenschafter von der »Germania Marburg« in der Szene um »Blaue Narzisse« (BN), »Institut für Staatspolitik« (IfS) und IB. Äußerst eng arbeitet er mit dem Mitbegründer des IfS, Götz Kubitschek, und dem Protagonisten der IB, Martin Sellner, zusammen. Mit Felix Menzel, Gründer der BN, veröffentlichte Stein 2013 das Buch »Junges Europa. Szenarien des Umbruchs«. Es wurde im Verlag des »Vereins Journalismus und Jugendkultur Chemnitz e. V.« veröffentlicht, dessen Vorsitz Menzel innehat. In dem Buch führen die Autoren aus, dass ein erhoffter »umfassender europäischer Wandel keine Selbstverständlichkeit« sei, doch »die Jugend« das »unendlich Unwahrscheinliche« wagen müsse, denn sonst ende die Gesellschaft in einer bürokratischen Alternativlosigkeit. 2014 ist Stein Mitautor des Sammelbandes »Nazivorwurf. Ich bin stolz ein Deutscher zu sein«, der auch in dem Vereins-Verlag veröffentlicht worden ist. Hier warnt der Geschichts- und Philosophiestudent die IB unter dem Titel »Statt einer Distanzierungsorgie«, eine Distanzierung sei »immer das falsche Mittel«, »um gegen einen Nazivorwurf vorzugehen«. In der IB-Parole »0 % Rassismus, 100 % identitär« sah er damals einen vorauseilenden Gehorsam. Ein knappes Jahr später lobt er auf »Sezession.net« die IB in einem Beitrag mit dem Titel »Europa oder Tod?«. Denn sie habe den Gedanken «Europa - Jugend – Reconquista« verinnerlicht. »Gemeint ist hier insbesondere die selbstbewusste und vor allem selbstverständliche kulturelle Bewahrung und wehrhafte Verteidigung eines gemeinsamen europäischen Erbes, das von der griechischen Antike über Karl den Großen, Rembrandt, Goethe, Hölderlin, Heidegger bis in unsere heutige Postmoderne ausstrahlt.« Die übrigen Splitter einer »europäischen Vergangenheit« würden »mit jeder verstreichenden Stunde mehr und mehr im Orbit des großen westlichen Konsum- und Gleichheitsstrudels« verschwinden. Die Kritik an der »Europäischen Union« und der liberalen Wertegesellschaft treibe ihn immer wieder an. Bei »Sezession.net« greift er bei seinem Plädoyer für einen »Bund der nationalen Völker« auch auf einen seiner theoretischen Vordenker zurück. Zunächst postuliert er, Europa existiere »zweifellos stets als Entwicklungs- und Konservierungsraum gemeinsamer Werte und Normen, prägender Ideen, Gedankenströmungen und Philosophien«. Und er konstatiert sodann, dass Pierre Drieu la Rochelle »als radikaler Befürworter des europäischen Bundesstaates seiner Zeit viele kritische Stimmen auf sich« vereinte. Er, so Stein, hatte in seinem Werk »Die Unzulänglichen« folgendes gefordert: »Verschiedene Mächte müssen miteinander verbunden werden, (...) jede muß respektiert und ihr Eigenleben muß erhalten bleiben. (…) Die Nationen müssen sich zusammentun unter einem umfassenden Begriff, einem Zeichen, das die Autonomie aller Quellen – der jeweils besonderen und universellen – garantiert.«

Keine Überraschung: Das erste des von Stein gegründeten »Jungeuropa Verlages« verlegte Buch ist Drieus »Die Unzulänglichen«. Seit September 2016 besteht der Verlag mit Sitz in Dresden. Pünktlich vor Weihnachten konnte er das alte Werk des französischen Schriftstellers und führenden Kollaborateuren mit den deutschen Besatzern neu vorlegen. Auf der Webseite erklärt der Verlag, warum: Der »paradigmatische Roman« sei ein »persönlich(es) wie politisch(es)« Werk eines »suchenden Europäers in den Wirren des 20. Jahrhunderts«. Nichts deute darauf hin, »daß das noch junge 21. Jahrhundert für Europa weniger politische und ökonomische Krisen bereithält. Vielleicht leben wir innerhalb der EU sogar längst in vorrevolutionären Zeiten, in denen sich bereits bestehende und noch kommende Antagonismen nicht ent-, sondern verschärfen«. Dabei wäre mit einer »Renaissance des Vernunft- und Gefühlseuropäers Pierre Drieu la Rochelle« zu rechnen.

Ein anderes Untergangsszenario bewegte Stein beim ersten »Lesertreffen« des NPD-nahen Magazins »Umwelt & Aktiv« am 9. und 10. April 2016 im Tagungszentrum der Gedächtnisstätte Guthmannshausen in Thüringen, zu deren GründerInnen die Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck gehört. Vor 65 BesucherInnen sprach er über das »organische Weltbild und die ökologische Revolution«. Er beklagte die konträr verlaufenden »Bevölkerungsentwicklungen der Entwicklungsländer und derjenigen Europas zur unmittelbar stattfindenden Umweltveränderung durch Bevölkerungsaustausch« und forderte eine »Gegenkultur zum Zeitgeist, die den Menschen in natürlicher Umgebung und Gemeinschaft verortet«.

Im »geistigen GULAG«

von Vera Henßler

»Mein Name ist Jürgen Elsässer, ich bin Deutscher und ich werde nicht zulassen, dass Deutschland vor die Hunde geht.« Wie immer schweigt Elsässer nach seiner Begrüßung, den Beifall majestätisch abwartend. Dieser folgt auch prompt. Es ist ein vornehmlich gut gebildetes Publikum, eher älteren Semesters, das sich an diesem verregneten Novembersamstag und ungeachtet der antifaschistischen Proteste vor der Tür zur jährlichen »Compact-Konferenz« im Berliner Halong-Hotel versammelt hat. Neben Elsässer – als Chefredakteur von »Compact« – sprechen an diesem 5. November der Fraktionsvorsitzende der »Alternative für Deutschland« (AfD) im sachsen-anhaltinischen Landtag André Poggenburg, Lutz Bachmann (PEGIDA), Karl Albrecht Schachtschneider (»Studienzentrum Weikersheim«, »Ein Prozent«), der Schweizer Politiker Oskar Freysinger (»Schweizer Volkspartei«) und Martin Sellner von der »Identitären Bewegung Österreich«. Die Rednerliste verdeutlicht, dass hier erfolgreich an einem Netzwerk gestrickt wird, das nicht nur über Deutschland hinausgeht, sondern auch die verschiedenen Ebenen vereint, die von den rechten AkteurInnen als zentrale Elemente ihres »Widerstands« begriffen werden: die Parlamente, die Mobilisierung auf der Straße und der symbolgeladene Aktivismus der »Identitären Bewegung«. Dies bringt Sellner zum Abschluss der Veranstaltung auf den Punkt, indem er feststellt: »Ohne eine patriotische Zivilgesellschaft wird eine patriotische Regierung nichts erreichen.«

»Sanfter Totalitarismus« des »antivölkischen Beobachters«

Ursprünglich war die Tagung unter dem Motto »Für ein Europa der Vaterländer – Gegen Islamisierung und Fremdherrschaft« vorgesehen, doch der Betreiber der zunächst in Köln angemieteten Räumlichkeiten sagte dem »Compact-Magazin« nach antifaschistischer Intervention ab. Als Resultat wurde die Konferenz nicht nur nach Berlin verlegt, sondern auch das Motto in »Offensive zur Rettung der Meinungsfreiheit« verändert. Und so fabuliert Freysinger, Staatsrat im Kanton Wallis, von einer »Meinungsdiktatur« und André Poggenburg, als Abgeordneter und Vertreter einer Partei, die seit Monaten auf sämtlichen Podien und in diversen Presseerzeugnissen zu Wort kommt, moniert eine starke Einschränkung des Rechts auf Meinungsfreiheit in Deutschland. Die Stoßrichtung ist bekannt – Opferrolle vorwärts. Martin Sellner wähnt sich sogar im »geistigen GULAG« einer »volksfeindlichen Meinungselite«.

Diese Lesart, den Widerspruch gegen die rassistische Stimmungsmache als Wiederkehr des Faschismus zu deuten, wurde auf dem Cover von »Compact« schon mehrfach visualisiert. Elsässer wird in seiner Eröffnungsrede deutlich: Die BILD-Zeitung sei der »antivölkische Beobachter« und Heiko Maas der »Reichsjustizminister« – die »Gleichschaltung« der Presse längst vollzogen. Es ist der Widerspruch, den die Rechten nicht ertragen können und den sie als »politische Vorverurteilung« (Poggenburg), »sanften Totalitarismus« (Sellner) oder »Gehirnwäsche« (Schachtschneider) brandmarken. Wenn auch implizit, das Thema Einwanderungspolitik bleibt der zentrale Gradmesser. Der Staatsrechtler Schachtschneider behauptet einmal mehr, die Öffnung der Grenzen im Sommer 2015 sei ein Verfassungsbruch gewesen, der nach wie vor anhalte, da alle Geflüchteten illegal einreisten. Eine entsprechende Verfassungsbeschwerde, die er Anfang 2016 zusammen mit der »Ein Prozent«-Initiative an das Bundesverfassungsgericht gerichtet hatte, wurde ohne Begründung abgelehnt. Das werde dem Bundesverfassungsgericht noch leid tun, ist sich Schachtschneider sicher. Dass das »Merkel-Regime« weg müsse, ist Mindestforderung an diesem Nachmittag. Nicht nur Lutz Bachmann geht weiter, indem er die Parole »Merkel muss weg« als unzureichend erklärt, da alle »Mittäter« seien. Auch der Brandenburger AfD-Abgeordnete Franz Wiese moniert am Rande gegenüber »Compact TV« Merkels vermeintliche »Hörigkeit gegenüber anderen Mächten«, dass sie »Invasoren mittels Gesetzesbruch« ins Land lasse und fordert: »Diese sogenannten Altparteien, eigentlich müssten die jetzt weg. Es müsste jetzt ganz was neues kommen.«

Antigone gegen Kreon

Nur wenige Reden gehen über die kollektive Opferinszenierung und den Aufruf, als »Patrioten« zusammenzuhalten, hinaus. Insbesondere Freysinger zeichnet ein lebhaftes Bild einer rechten Vision, die allerdings wie üblich nicht in ihrer Utopie, sondern nur in ihrer Apokalyptik deutlich wird. Vor dem Hintergrund der griechischen Tragödie und der widerstreitenden Prinzipien von Antigone und ihrem Vater Kreon sieht Freysinger die USA als »pubertäre, jugendliche und dynamische Gegenwelt« zur europäischen Zivilisation. »Für die ungeschriebenen ehernen Gesetze Antigones und Goethes hat die materialistisch verseuchte US-Elite weder time noch money.« Europa drohe durch die »unseelige Dekadenzspirale« und die Unterordnung unter die USA der Untergang. Die BürgerInnen sollen »zu gefügigen Instrumenten einer brave new world werden, in der sie sich kollektiv als Individuum auflösen«. Das ist das alte neurechte Denken par excellence: Verlust der europäischen Werte, Auflösung von Identitäten (Gott, Volk, Nation), Dekadenz, Konsumismus und Apokalypse. Trotzdem wird die Präsidentschaft von Donald Trump als wichtiger Impulsgeber für die Rechte in Europa gesehen. Denn: »Alle Verräter in unserer Politik, in unserer Regierung, in unserem Parlament, die bisher auf die USA orientiert waren, die haben plötzlich keine Führungsfigur mehr«, so Elsässer.



^ *Werbung für Petry bei der »Compact«*

Auch wenn es Elsässer gelungen ist, unterschiedliche VertreterInnen der Rechten zusammenzubringen, ist die von »Compact« zärtlich gepflegte Verschwörungsideologie als zentrale Klammer mitunter auch Bumerang. Neben viel Applaus in den Kommentarspalten rechter Medien gibt es auch Zweifel an Elsässers Kurs. So kommentiert ein User unter dem Artikel zur Konferenz auf »PI-News«: »Er schafft es den Spieß umzudrehen, dass das Problem hierzulande nicht die Linksversiffung und der Islam ist, sondern mal wieder der ‹Universal Sündenbock Amerika› (USA). Und damit ist er voll auf Moslem-Linie.«

Aus München für Deutschland

von Florian Bengel



^ *Kundgebung am 16. April 2016 in München v.l.n.r.: Richard Wegner (Arme hoch) dahinter Stefan Schachtl*

Bei einer Wahlparty der »Alternative für Deutschland« (AfD) in München anlässlich der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2016 attackierten Christoph Zloch und weitere Aktivisten des sogenannten »Bündnis Deutscher Patrioten« (BDP) eine antifaschistische Spontandemonstration. JournalistInnen, welche die Situation dokumentieren wollten, wurden mit Tritten und Schlägen angegriffen. Ein Zeuge beschrieb den Vorfall in der Süddeutschen Zeitung als »gemeingefährlich«. Der Vorsitzende des AfD Kreisverbands München-Ost, Wilfried Biedermann, behauptete später in der »Münchner Abendzeitung«, die drei Täter seien zu der Veranstaltung nicht eingeladen gewesen und hätten sich »vielleicht durch den Lieferanteneingang reingeschlichen«.
Ein politisches Programm oder einen ausgefeilten ideologischen Überbau besitzt das seit Anfang 2016 aktive »Bündnis Deutscher Patrioten« (BDP) nicht. Lediglich ein paar lose Standpunkte wurden Anfang 2016 auf der BDP-Facebook-Seite veröffentlicht. Im Mittelpunkt stehen die Forderungen nach sicheren Grenzen und entsprechenden Kontrollen, die Durchsetzung des »Dublin-Abkommens« und die Verteidigung vermeintlich deutscher Werte wie: »Heimatliebe, Tradition und Kultur«. Seit Beginn agitiert das BDP gezielt gegen Geflüchtete und MigrantInnen, indem Gerüchte gestreut und verbreitet oder aktuelle politische Debatten und Nachrichten skandalisiert werden.
Ein ursprünglich als Satire gekennzeichneter Artikel, in dem behauptet wird, Flüchtlinge würden »gratis Zutritt zu allen öffentlichen (Schwimm-)Bädern erhalten«, wurde vom BDP über Facebook weiterverbreitet. Innerhalb kürzester Zeit wurde der Artikel mehrere hundert Mal geteilt und kommentiert. Die KommentatorInnen ließen ihrer Menschenverachtung und ihren Gewaltphantasien freien Lauf: »Man könnte das Becken auch beheizen, mit 20 000 Volt, und zwei losen Kabeln.!!!!!« und »Anstatt in die Freibäder, alle an die Wand wegen Fahnenflucht und Feigheit.«.
In einem weiteren Fall hatte das BDP im Oktober einen Beitrag veröffentlicht, in dem behauptet wurde, SchülerInnen wären während eines Gottesdienstes »gezwungen« worden, eine Sure aus dem Koran vorzulesen«. Das BDP witterte sogleich eine »islamische Indoktrinierung von Grundschulkindern« und veröffentlichte die Kontaktdaten der Schule. Daraufhin gingen laut »Münchner Merkur« mehrere hundert »massive Beschimpfungen und Bedrohungen« bei der Schule ein. Tatsächlich hatten die SchülerInnen der vierten Klasse der Garmischer Grundschule den Text freiwillig vorgetragen, womit der verantwortliche Lehrer zeigen wollte, »dass auch in anderen Religionen wie dem Islam gebetet wird und wie die Gebete dort klingen«.

Vorsänger

Als BDP-Führungsperson inszeniert sich Christoph Zloch, der unter dem Namen »Chris Ares« Rap-Videos produziert und diese auf der Internetplattform YouTube veröffentlicht. In seinen Liedern rappt »Ares« über den angeblichen deutschen »Schuldkult«. Die Deutschen sollen endlich »aufrecht« und nicht mehr »gebückt« gehen. Er fordert, »Deutschland solle endlich wieder inländerfreundlicher werden«. Im Laufe des Jahres 2016 ist hier eine klare Radikalisierung der Texte von »Chris Ares« zu beobachten. Über diese Videos und selbstgestaltete Grafiken gelang es dem BDP innerhalb kürzester Zeit, mehr als 35.000 »Gefällt mir«-Klicks auf Facebook und damit eine rege AnhängerInnenschaft zu generieren. Das BDP folgt dem Motto: »Wer sich zu uns zugehörig fühlt, ist bereits Teil der Bewegung«. Zu Anfang bestand der Großteil der BDP-AktivistInnen aus dem Umfeld von »PEGIDA Deutschland«. Sie begleiteten ihr Idol zu einem Auftritt bei der AfD-Kundgebung in Geretsried im März 2016. Vor Ort posierte Zloch gemeinsam mit Mitgliedern der »Identitären Bewegung« vor einem »Ein Prozent«-Banner und trat im Anschluss mit seinen beiden Liedern »Generation Deutschland« und »Deutscher Patriot« auf.
Von der anfänglichen Verwendung von Symbolen und Videomaterial der »Identitären Bewegung« rückten Chris Ares und das BDP jedoch bald ab und begannen ein eigenes Label zu entwerfen.
Von Außenstehenden soll das BDP bei Demonstrationen und Kundgebungen als eine Einheit wahrgenommen werden. So tragen die AktivistInnen, die sich gegenseitig als »Brüder« bezeichnen, meist T-Shirts und Pullover, auf denen ein goldener Adler und der Schriftzug »Bündnis Deutscher Patrioten – Heimat • Tradition • Kultur« aufgedruckt sind. Die-



^ *Christoph Loch alias »Chris Ares« am 19. Oktober 2015 bei PEGIDA in München*

se wurden zeitweise über einen eigenen BDP-Webshop vertrieben. Im Anschluss an gemeinsame Aktionen wird für ein Gruppenfoto posiert und dieses anschließend auf Facebook veröffentlicht. Dabei zeigen sich die AktivistInnen meist mit BDP-Fahnen auf einer Treppe oder vor einem imposanten Gebäude, wie es sonst bei Hooligan- oder Ultragruppierungen zu beobachten ist.

Altbekanntes

Organisiert sind die einzelnen BDP-Mitglieder in sogenannten Orts- und Landesverbänden und treffen sich teilweise wöchentlich zu Stammtischen, die im Vorfeld nicht öffentlich bekannt gegeben werden. Neue AktivistInnen bewerben sich per E-Mail oder Facebook-Nachricht bei der jeweiligen Ortsgruppe und werden dann zu den Treffen eingeladen. Die verschiedenen Gruppen weisen einen unterschiedlichen Grad an Aktivismus und Aktionismus auf. So geht man beispielsweise gemeinsam in den Bergen wandern, organisiert ein Grillfest oder feiert den Wahlsieg von Donald Trump in einer Münchner Bowlingbahn und versucht dies dann im Anschluss als politische Aktion zu verkaufen. Andere Ortsgruppen brachten Transparente mit Parolen, wie »Grenzen schützen ist kein Verbrechen«, an Brücken und Gebäuden an, und in Stuttgart organisierten BDP-AktivistInnen eine »Lichterkette gegen Gewalt an Deutschen«. Das vorerst größte BDP-Treffen gab es am 23. November 2016 in einer Kneipe in der Erfurter Innenstadt. Danach zogen rund hundert BDP-Mitglieder durch die Erfurter Innenstadt, riefen »BDP hier!« und stellten sich auf den Domstufen mit Fahnen und Transparenten für ein Gruppenfoto auf. Die verschiedenen Aktionen, mit denen das Bündnis an die Öffentlichkeit geht, kommen aus dem Repertoire rechter Gruppen und »Kameradschaften«. Zum Beispiel versucht das BDP sich den Anstrich einer Art Hilfsorganisation zu geben, die der »deutschen« Bevölkerung zur Seite steht. So renovierten BDP-AktivistInnen etwa ein Kinderhospiz oder halfen Hochwasserschäden zu beseitigen und verteilen regelmäßig Lebensmittel und Kleidung an obdachlose »Landsleute«. Bei solch einer Verteilaktion in München beteiligten sich zuletzt auch Ehemalige wie Lukas Bals und Dan Eising und Aktive der Kleinstpartei »Die Rechte« wie Phillip Hasselbach, die beim BDP gern gesehen sind. Mit dem stellvertretenden Münchner Kreisvorsitzenden der Partei »Die Rechte«, Tobias Roidl, veröffentlichte Christoph Zloch zusätzlich ein gemeinsames Bild auf seinem Facebook-Profil »Chris Ares«.

Auch das bei Rechten beliebte Eingreifen in lokale Diskussionsveranstaltungen wurde praktiziert. Bei einer BürgerInnenversammlung in Nürnberg-Langwasser im November verteilten mindestens sechs BDP-AktivistInnen Flyer. Zuvor trat Dan Eising ans Mikrofon und verbreitete Gerüchte über angebliche Vergewaltigungen und Übergriffe durch Geflüchtete. Eisings Äußerungen wurden von einem Aktivisten mit dem Handy gefilmt und später auf der BDP-Facebook-Seite veröffentlicht. Die Polizei wies die Aussagen auf Nachfrage der »Nürnberger Nachrichten« zurück.

Mit dem BDP versucht sich in München und darüber hinaus eine weitere Gruppe am rechten Rand zu etablieren. Der Mangel an ideologischem Überbau dürfte dabei kein Hindernis sein. In dem Milieu reichen das Bekenntnis zu Deutschland und die Ablehnung des Establishments und des Islams aus, um konsensfähig zu sein. Angesprochen dürften sich AnhängerInnen von PEGIDA fühlen, denen die »Identitäre Bewegung« zu intellektuell und elitär und denen Kleinstparteien wie »Der III. Weg« und »Die Rechte« zu sehr dem Nationalsozialismus verhaftet sind. Das BDP bietet ihnen eine »Gemeinschaft« fernab von »Political correctness« und eine Form von Aktivismus, die über Demonstrationen hinausgeht. Gleichzeitig scheint das Bündnis attraktiv für diejenigen AktivistInnen, die in anderen extrem rechten Organisationen keine Erfolge erzielen konnten und sich jetzt einen neuen Aufschwung erhoffen.

Auf Bundesebene ist das »Bündnis Deutscher Patrioten« eher als Internetphänomen zu verstehen, lediglich auf lokaler Ebene gelingt es, Aktionen durchzuführen und AktivistInnen zu mobilisieren. Bei Veranstaltungen der AfD in München wird »Chris Ares« nach den Auseinandersetzungen von Anfang September in Zukunft wohl nicht mehr dabei sein: der Vorsitzende des Kreisverbands München-Ost, Wilfried Biedermann, möchte ihm ein Hausverbot für zukünftige Veranstaltungen erteilen, denn die Partei möchte ja mit »Personen aus der rechtsextremen Szene absolut nichts zu tun haben«.

Gedenkfeiern zur Reichspogromnacht gestört

Göppingen/Dortmund. Neonazis haben eine Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht gestört. Sie feuerten Böller ab und riefen antisemitsche Parolen während sie mit dem Auto vorbeifuhren. In der Nacht wurden am Ort der ehemaligen Synagoge die Trauerkränze umgestoßen und bereitgestellte Kerzen über der Gedenktafel verstreut. Außerdem wurden auf dem Marktplatz Vermummte mit Fackeln beobachtet. Im Vorfeld waren im Stadtgebiet Aufkleber der extrem rechten Organisation »Der III. Weg« aufgetaucht. Auch in Dortmund-Dorstfeld störten Neonazis eine Gedenkveranstaltung am jüdischen Mahnmal. Michael Brück von der Partei »Die Rechte« mischte sich unter die Anwesenden und filmte mit einer Kamera. Die Polizei gab ihm Geleitschutz, als aus der Menge Protest gegen Brücks Anwesenheit bekundet wurde.

Trauermarsch in Remagen

Remagen. Am 12. November sind etwa 250 Neonazis in Remagen aufmarschiert. Der »Gedenkmarsch für die Toten in den alliierten Rheinwiesenlagern« fand bereits zum achten Mal statt und ist der größte Neonaziaufmarsch in Rheinland-Pfalz. Die Neonazis gingen wie in den Jahren zuvor zur sogenannten »Schwarzen Madonna«, einer von NS-Künstler Adolf Wamper geschaffenen Skulptur, die an diesem Tag verhüllt wird. Als Redner traten unter anderen Ralph Tegethoff, Kevin Koch und Sven Skoda auf. Im Jahr zuvor waren gerade mal knapp 100 Neonazis aus Rheinland-Pfalz und benachbarten Bundesländern angereist.

Neonazis verüben Anschläge in Berlin-Neukölln

Berlin. Am 23. Dezember haben Neonazis einen Anschlag auf eine Privatwohnung im Berliner Stadtteil Neukölln verübt. Sie warfen farbbefüllte Flaschen durch die Scheiben der Wohnung, in dem sich zum Tatzeitpunkt zwei Erwachsene und zwei Kinder aufhielten. Der Angriff galt scheinbar einem Aktivisten, der momentan vor Gericht steht, weil er 2011 Blockaden im Rahmen von »Dresden Nazifrei« angeleitet haben soll. Neonazis sollen bei der Gerichtsverhandlung versucht haben, an seine Adressdaten zu gelangen. Am 12. Dezember wurde in Neukölln bereits ein Brandanschlag auf eine linke Szene-Kneipe verübt und die Fenster eines weiteren Aktivisten eingeworfen. Am 28. Dezember wurden in sieben Fällen die Fassaden vermuteter politischer GegnerInnen mit Parolen und Beleidigungen beschmiert. Hinter den Taten werden ehemalige Mitglieder der extrem rechten Gruppe »Freier Widerstand Berlin« vermutet.

»Heldengedenken« für Heß

Wunsiedel. Am 12. November veranstaltete »Der III. Weg« ein »Heldengedenken« unter dem Motto »Tot sind nur jene, die vergessen werden!«. Wie in den Jahren zuvor geht es dabei zumindest im Subtext auch um ein Gedenken an den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß, dessen Grab sich früher in Wunsiedel befand. Auch wenn offene Bezüge auf Heß in jeder Form durch die Auflagen der Behörden untersagt waren. Die 200 bis 250 Neonazis zogen mit einem Fackelmarsch durch die Stadt im Fichtelgebirge. Unter den RednerInnen war auch Thomas Wulff, der sich erneut offen als »Nationalsozialist« vorstellte, und an Jürgen Rieger erinnerte, den führenden Akteur der Heß-Märsche bis 2004. In der Innenstadt versuchten bis zu 400 BürgerInnen ein anderes Bild zu vermitteln und demonstrierten gegen den Neonazi-Aufmarsch.

Sachsen

Am 29. November hat die Dresdner Staatsanwaltschaft im Fall der rechtsterroristischen »Gruppe Freital« ein weiteres Ermittlungsverfahren eröffnet. Es geht um ein Leck bei der sächsischen Polizei. Die »Gruppe Freital« soll einen Kontakt zu einem Bereitschaftspolizisten gepflegt haben. Dabei sollen auch Informationen über Einsätze geflossen sein. Wegen dieses Verdachts ist der Beamte – gegen den ein Disziplinarverfahren laufe – nun von seiner Arbeit suspendiert worden, teilte das Präsidium der Bereitschaftspolizei in Dresden mit.

Am 30. November hat die Polizei 18 Wohnungen der »Freien Kameradschaft Dresden« in Dresden und Umgebung durchsucht und sechs Mitglieder festgenommen. Der »Freien Kameradschaft Dresden« sollen laut Generalstaatsanwaltschaft 15 Männer sowie zwei Frauen im Alter zwischen 16 und 30 Jahren angehören. Ihnen werden 14 Straftaten zur Last gelegt. Darunter Beteiligung an einer Sprengstoffexplosion, versuchte Brandstiftung, Landfriedensbruch im besonders schweren Fall und Körperverletzung. Zudem seien sie bei Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte in Freital, Heidenau und Dresden sowie bei Angriffen gegen Flüchtlinge und politische GegnerInnen auffällig geworden.

Am 8. Dezember führt die Polizei in Dresden zwei Hausdurchsuchungen durch, einen Tag zuvor wurde Nico K. auf einer Baustelle in Hessen festgenommen. Der 30-Jährige soll Ende September die Sprengstoffanschläge auf die Fatih-Camii-Moschee in Dresden-Cotta und das Kongresszentrum in der sächsischen Landeshauptstadt verübt haben. K. war am 13. Juli 2015 als Redner bei PEGIDA aufgetreten. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Festnahme distanziert sich Lutz Bachmann wortreich von dem Beschuldigten und spekuliert laut »Sächsischer Zeitung« darüber, dass Nino K. eher ein Unterstützer seiner einstigen Weggefährtin und heutigen Intimfeindin Tatjana Festerling und von deren Bewegung »Festung Europa« sei und dort radikalisiert wurde. Auch sei denkbar, dass Nino K. »eingeschleust« wurde, um PEGIDA zu diskreditieren. Festerling hingegen bezeichnet die Beschuldigungen Bachmanns als »Ablenkungsmanöver«, als »übliches Hass-Gehetze gegen mich«. Sie kenne Nino K. »definitiv nicht«, sagt sie der »Sächsischen Zeitung«.

Am 10. Dezember wird bekannt, dass der Angriff auf die Privatwohnung des sächsischen Justizministers Sebastian Gemkow Ende November 2015 möglicherweise einem benachbarten Objekt gegolten hat. Einer der beiden Tatverdächtigen ist der mehrfach vorbestrafte Thomas K. aus dem Umfeld der rechten Hooligans von »Lok Leipzig«. Beide Beschuldigten seien anhand von DNA-Spuren überführt worden. Es besteht die Vermutung, das sich der Anschlag ursprünglich gegen die Geschäftsadresse des linken Modelabels »Mob Action« gerichtet habe, die sich in der unmittelbaren Nachbarwohnung von Gemkow befindet. Der sächsische Verfassungsschutz hatte kurz nach der Tat eine nicht näher bezeichnete »Leipziger Antifa« bezichtigt, ohne dass für diese Behauptung Belege vorlagen.

Am 6. Januar ist der Antifaschist Tim H. im dritten Prozess vor dem Dresdener Landgericht vom Vorwurf des Landfriedensbruchs freigesprochen worden. Nach einer Verfahrensdauer von sechs Jahren hat das Gericht nicht feststellen können, dass H. bei gewalttätigen Angriffen auf eine Polizeisperre am 19. Februar 2011 aufwiegelnd auf die Menge eingewirkt habe. Das Verfahren war von dem unbedingten Verurteilungswillen der Staatsanwaltschaft aufgrund einer dünnen Beweislage geprägt. Die Staatsanwaltschaft hat die Möglichkeit, Revision einzulegen.

Späte Aufklärung

Stockholm (Schweden)/Frankfurt am Main. Der als »Lasermann« bekannte schwedische Gewalttäter John Ausonius wird nach Deutschland ausgeliefert. Das beschloss ein Stockholmer Gericht und gab damit einem Antrag der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main statt. Der 1953 geborene Ausonius steht im Verdacht, in der Nacht auf den 23. Februar 1992 die 68-jährige Garderobenfrau Blanka Zmigrod mit einem Kopfschuss getötet zu haben. Bei der Tat wurde auch Zmigrods Handtasche gestohlen. Ausonius bestreitet, den Mord in Frankfurt begangen zu haben.
Wie sich später herausstellte, hatte Zmigrod wenige Tage vor dem Mord eine Auseinandersetzung mit Ausonius. Der Schwede hatte ihr vorgeworfen, in der Garderobe des Restaurants Mövenpick ein elektronisches Notizbuch aus seinem Mantel gestohlen zu haben. Auf dem Notizbuch waren unter anderem Daten seiner Auslandskonten gespeichert. Ausonius befand sich damals auf der Flucht, weil ihm die schwedische Polizei wegen mehrerer rassistischer Mordanschläge und Banküberfälle auf der Spur war. Zwischen August 1991 und Januar 1992 hatte er in Stockholm und Uppsala aus Fremdenhass auf elf Migranten geschossen. Dabei wurde ein Iraner getötet und mehrere andere Personen zum Teil lebensgefährlich verletzt. Weil Ausonius auf einige seiner Opfer aus sicherer Deckung heraus mit einem Gewehr gefeuert hatte, das über eine Laserzieleinrichtung verfügte, nannte ihn die schwedische Presse »Lasermannen«, den Lasermann.

Flüchtlings-Camp angegriffen

Chios (Griechenland). Am 16. November hat eine Gruppe Neonazis ein Lager für Geflüchtete auf der Insel Chios angegriffen. Sie warfen von einer Anhöhe Molotow-Cocktails und bis zu 15 Kilogramm schwere Steinbrocken auf die Zelte. Es folgte ein zweiter Angriff. Mindestens zwei Menschen wurden verletzt, die BewohnerInnen flüchteten vor dem Brand. Aus Angst vor weiteren Angriffen übernachteten die Geflüchteten auf einem nahe gelegenen Parkplatz. An den Tagen zuvor hatte die Partei »Chrysi Avgi« (Goldene Morgenröte) Chios und Lesbos besucht, um die »Flüchtlingsproblematik« zu thematisieren.

RechtsRock-Konzert in Mailand mit internationalem Publikum

Mailand/Italien. Am 20. November hat ein von »Hammerskins« und »Blood & Honour« organisiertes RechtsRock-Event in Mailand stattgefunden. Acht Bands aus vier Ländern spielten, darunter die deutschen Bands »Blitzkrieg« und »Frontfeuer«. Aus Italien spielten die extrem rechten Bands »Malnatt«, »Nativi« und »Kastrof«, deren Mitglieder in der »Veneto Fronte Skinheads« (VFS) organisiert sind. Mehrere Hundert Neonazis aus ganz Italien und aus anderen europäischen Ländern, darunter Deutschland, Belgien und Serbien reisten an. Der Bürgermeister der Stadt hatte erfolglos versucht, die Veranstaltung zu verhindern.

Mörder verurteilt

London (England). Am 23. November hat das Londoner Strafgericht ein Urteil gesprochen. Es verurteilte den 53-jährigen extrem rechten Terroristen Thomas Mair wegen des Mordes an der britischen Abgeordneten Jo Cox. Cox hatte sich für einen Verbleib Großbritanniens in der EU stark gemacht. Der Täter muss lebenslang in Haft. Cox war am 16. Juni 2016 während einer BürgerInnen-Sprechstunde in ihrem Wahlkreis in der Nähe von Leeds von Mair attackiert worden. Der Angreifer rief »Britain first«, Großbritannien zuerst, gab mehrere Schüsse ab und stach zudem auf sein Opfer ein. Sie starb kurz nach der Tat im Krankenwagen. Thomas Mair – der keine Aussage zu der Tat gemacht hat – habe wegen »besonderer Schwere« der Tat keine Chance auf Freilassung, hieß es. Es sei nicht Liebe für das Land, die ihn getrieben habe,

Massenmörder verurteilt

Charleston, South Carolina (USA). Am 15. Dezember hat das Gericht in Charleston den 22-Jährigen Dylann Roof für schuldig befunden, am 17. Juli 2015 in der Emanuel A.M.E. Church während einer Bibelstunde neun AfroamerikanerInnen ermordet zu haben. Vor der Tat hatte sich Roof eine Stunde in der Kirche aufgehalten und sich mit den Anwesenden unterhalten. Als diese sich zum Gebet erhoben, eröffnete er das Feuer auf die Betenden. Vorab hatte er – ähnlich wie Anders Behring Breivik – ein rassistisches »Manifesto« veröffentlicht. Auf Bildern im Internet posierte er mit der Flagge der Konföderierten (»Südstaaten-Fahne«). Gegenüber den FBI-Agenten, die ihn festnahmen äußerte Roof die Hoffnung, mit den Morden einen »Rassenkrieg« auszulösen. Als Strafmaß wurde die Todesstrafe verhängt.

Vor der Wahl ist nach der Wahl

Mit vereinten Kräften hat es »das andere Österreich« am 4. Dezember 2016 geschafft, den Stimmenanteil für einen rechten Bundespräsidenten knapp unter 50 Prozent zu halten. Ausgerechnet das gemeinschaftsdünkelnde Österreich ist somit nun das erste europäische Land mit einem grünen Staatsoberhaupt. Für AntifaschistInnen ist dies ein Grund zum Aufatmen, jedoch nur bedingt zur Erleichterung. Zwar konnte ein weiterer Schritt der Machtverfestigung der »Freiheitliche Partei Österreich« abgewendet werden, aber das Fundament des »Alpen-Mordors« wankt deshalb noch nicht.

von Carina Klammer

Der durch Wahlwiederholung und Pannen gekennzeichnete Marathon zur Wahl des österreichischen Bundespräsidenten hatte für viele einen überraschenden Ausgang. Nachdem gegen Ende des zweiten Durchgangs Norbert Hofer von der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) bei den meisten Umfragen in Führung lag, gewann schließlich doch Alexander Van der Bellen mit einem Vorsprung von 6 Prozent beziehungsweise 300.000 Stimmen. Vor allem die mediale und wahlkampfstrategische Inszenierung der Wahl als »Richtungsentscheidung« für das Land schaffte es, die WählerInnen bei der Stange zu halten. Davon abgesehen enthielt sie dennoch ein Moment der Wahrheit. Bei den Landtagswahlen in Wien und Oberösterreich 2015 konnte die FPÖ bereits die 30-Prozent-Marke überspringen. Seit circa zwei Jahren liegt sie mit ähnlichen Prognosen auch bei Umfragen zur Nationalratswahl auf Platz eins. Wie schon bei Wahlen davor entschieden sich vermehrt Frauen gegen einen FPÖ-Kandidaten. Dies veranlasste Teile des rechten Spektrums auch prompt zu antifeministischen Gegenreaktionen. So ließ etwa die AfD Heidelberg per Twitter verlautbaren, der Feminismus, als »neue[r] Klassenkampf«, hätte »die Gesellschaft zerrissen«. Auch bei den formal Gebildeten und Bürgerlichen kam Van der Bellens Zurschaustellung des Weltmännischen besonders gut an – auch wenn sie mitunter im Lodenjanker erfolgte. Die »Reregionalisierung«, die von der Soziologie seit einer gefühlten Ewigkeit als globaler Trend konstatiert wird, ist ohnehin so alltäglich geworden, dass sie kaum mehr bewusst wird. Nichtsdestotrotz oder gerade deswegen wurde Van der Bellens plötzlicher Hang zum Heimat-Kitsch nur bedingt als authentisch empfunden – sehr wohl jedoch sein Bekenntnis zu Österreich sowie die Sorge vor einem »Alpen-Mordor«, wie er die Aussicht auf eine blaue Republik augenzwinkernd bezeichnete. Die Befürchtung, es sich mit Hofer mit dem Ausland zu verscherzen, stellte für das Tourismus-Land Österreich nicht zufällig ein wesentliches Entscheidungsmotiv dar. Die »Nazi-Keule« zu schwingen, damit hielt sich die Wahlkampfstrategie Van der Bellens jedoch bewusst zurück. Zu groß war die Angst mit einer allzu konfrontativen Moralisierung des Neonazismus WählerInnen zu vergraulen – vor allem jene aus dem rechtskonservativen Milieu, dem ruralen Raum sowie Teilen der ArbeiterInnenschaft, die in Österreich zunehmend FPÖ wählen. Stattdessen repräsentierte der liberale Wirtschaftsprofessor jenen gemäßigten »Verfassungspatriotismus«, über den die extreme Rechte zwar so gerne die Nase rümpft, der jedoch unter der Hand sehr wohl auch das antikommunistische Ressentiment zu bedienen vermag.

Hetze mit Samthandschuhen

Hofer war auch gegen Ende um ein gemäßigtes Auftreten bemüht. Die eigentliche Schmutzkübel-Kampagne erledigten ohnehin andere, wie etwa Ursula Stenzel (früher ÖVP, heute FPÖ), die Van der Bellen einen Nazi-Vater andichtete, oder die FPÖ-Kapfenberg, die auf Twitter ein Wahlkampfplakat von Van der Bellen mit Hund und Zaun mit einem Bild von Hitler verglich. Hofer selbst wurde nicht müde zu betonen, dass er ein Präsident für »die Menschen« wäre und nicht für »das Establishment«. Die Inszenierung der FPÖ als »Anti-System«-Partei ist ein alter Hut und wurde schon von Jörg Haider bewusst eingesetzt. Dies ging so weit, dass die FPÖ in den 1980ern die Bezeichnung »Partei« aus ihrem Namen strich und sich vorübergehend nur mehr »die Freiheitlichen« nannte. Neben dem antisemitisch aufgeladenen Gewettere gegen »die da oben« bediente Hofer die übliche Stimmungsmache gegen gesellschaftliche Minderheiten. Mit Slogans wie »So wahr mir Gott helfe!« wurde ein für die FPÖ mittlerweile geradezu untypischer Grad der Verklausulierungen gewählt, um gegen MuslimInnen und unter der Hand auch gegen Jüdinnen und Juden Stellung zu beziehen.

Einen nicht unwichtigen Stellenwert in der Auseinandersetzung bekamen diesmal auch Fragen von Behinderung, da Hofer – selbst Behindertensprecher der FPÖ – seit einem Sportunfall beim Gehen beeinträchtigt ist. Die Gehbehinderung Hofers wurde nicht nur in Szene gesetzt, um diesen zu persiflieren, sondern in einigen Fällen auch zu seiner Denunzierung verwendet. So verursachte etwa ein SPÖ-Funktionär einen Eklat, indem er Hofer das Wiener »Krüppellied« von Helmut Qualtinger und André Heller per Twitter widmete. Bis heute wird in Österreich Behinderten-Politik gerne als »Extrawurst« betrachtet, nach der sich die Mehrheit nicht prinzipiell zu richten habe, und dementsprechend stiefmütterlich behandelt. Somit erfolgte die erste breitere Debatte zum Thema, die seit geraumer Zeit in Österreich stattgefunden hatte, in Form rechter Opferinszenierungen. Zugleich hatte Hofer kein Problem damit, Van der Bellen aufgrund seines Alters Senilität zu unterstellen oder vorzuschlagen, behinderten Menschen »in extremen Fällen« das Wahlrecht zu entziehen.

Auch wenn die FPÖ eine Wahl einmal nicht gewinnt, bleibt oft ein schaler Nachgeschmack, da sie es zumeist schafft, die Themensetzung zu dominieren. Nur in Bezug auf ihre Haltung zur EU – sowie einem möglichen Austritt – begann die FPÖ zu mäandern. Ausgerechnet einer der jüngsten »Erfolge« rechter Demagogie, der »Brexit«, ließ auch in Österreich die Abschottungsphantasien vom Ausland mit dem Realitätsprinzip kollidieren – und zum Nachteil der FPÖ wackeliger werden.

Trump, Hofer und Co.

Hat der Wahlsieg Donald Trumps in den USA Hofer mehr genützt als geschadet? Umfragen – sowie die FPÖ selbst – gingen davon aus, dass damit die Hemmschwelle Hofer zu wählen weiter gesenkt wurde. Andere betonten, dass sich die »Republikaner« in den USA vermehrt Strategien bedienen würden, die in Österreich schon vor Jahrzehnten von Jörg Haider ins Feld geführt wurden. Mit dem Erstarken des rechtsbeziehungsweise ultrakonservativen Flügels innerhalb der »Republikaner« trat nicht nur ein aggressiver Rassismus und Antisemitismus offen zutage, auch begannen diese vermehrt standortnationalistisch sowie als »Anti-Establishment«-Partei aufzutreten. Ähnlichkeiten finden sich auch im Kokettieren mit dem Irrationalen. Das Verunglimpfen von Fakten, das Ignorieren von Widersprüchen sowie dummdreistes Lügen wurden in beiden Wahlkämpfen äußerst ungeniert praktiziert – und zumindest von den eigenen WählerInnen zunehmend akzeptiert. Wer derartige Entwicklungen verstehen will, sollte jedoch nicht vorsorglich alles mit einer Faschisierung der Gesellschaft erklären. Das Verhältnis des konservativen und des extrem rechten Spektrums war stets durch (historische) Kontinuitäten, wechselseitige Annäherungen sowie Abgrenzungen geprägt. Beide Phänomene tendieren zu singulären Wahrheitsinstanzen, die jedoch in jeweils spezifische Prinzipien münden. Während das (neo)faschistische Projekt Wahrheit pragmatisch als Erfolgsresultat der eigenen Machtpolitik begreift, verfährt der Konservativismus gegenteilig und versucht die eigene Machtpolitik mittels Referenz auf bereits bestehende Wert- und Wahrheitsinstanzen normativ zu legitimieren. Für den normativen Gehalt des Konservativismus erweist sich hierbei das bürgerliche Individuum mit seinen individuellen Rechten und Pflichten als Referenzpunkt, während extrem rechte Politik den Widerspruch zwischen dem Allgemeinen und dem Besonderen aufzuheben sucht, indem das Individuum dem Primat des »Völkischen« untergeordnet wird.

Erst eine analytische Trennung konservativer und extrem rechter Phänomene ermöglicht zudem die Einordnung möglicher Überschneidungen sowie das Entlarven der extrem rechten Strategie, sich dem konservativen Duktus anzuschmiegen.

So bleibt zwar offenkundig, dass sich zwischen den »Republikanern« und der extremen Rechten in den USA weiterhin starke Trennlinien befinden, nichtsdestotrotz geraten diese angesichts einer Krise der »Systemparteien« in Bewegung. Auch darf nicht übersehen werden, dass nicht nur alles, was sich rechts schimpft, in einer eigenen Blase lebt, sondern dies zunehmend auch für das liberale Spektrum gilt. So verbindet die Wahlsiege von Trump, Hofer und Co. bei allen Spezifika doch, dass sie wesentlich mit Problematiken neoliberaler Vergesellschaftung zusammenhängen, die sich zunehmend auch zu einer politischen Krise auswachsen. Spannender als diese Erkenntnis ist jedoch vielmehr die Frage, was aus ihr abgeleitet wird. So kann nur mit dem Kopf geschüttelt werden, wenn etwa der Philosoph Slavoj Žižek dafür plädiert, als Linker Trump zu wählen. Die Rechte als Katalysator für gesellschaftliche Veränderung benutzen zu wollen, war und ist ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Nicht nur die Erfolgsgeschichte der FPÖ ist ein Beispiel dafür, dass nach einem Rechtsruck nicht zwingend viel folgen muss, außer dessen Normalisierung.

Mythos »gespaltenes Land«

Nach der Wahl wurde viel darüber spekuliert, ob Van der Bellen das »gespaltene Land« nun wieder zu vereinen wüsste. Der Wunsch, gesellschaftspolitische Konflikte unter dem Banner des Nationalen begraben zu können, sitzt tief. Zudem suggeriert die Rede von der »polarisierten Gesellschaft« eine Zwei-Lager-Bildung in eine gemäßigte, vernünftige »Mitte« einerseits und die rechten, irrationalen WutbürgerInnen andererseits. Eine Darstellung, die der Wirklichkeit jedoch kaum gerecht wird. So stellt auch die »Mitte« ein politisch umkämpftes Terrain dar, welches weder über einen einheitlichen Wertekanon und nicht einmal zwingend über ein kohärentes Weltbild verfügt. Hinzu kommt, dass die ohnehin wenig gepflegte demokratische Kultur in Österreich seit einigen Jahren wieder dramatisch im Erodieren begriffen ist. Während im Jahr 2007 noch 71 Prozent der ÖsterreicherInnen den Wunsch nach einem »starken Führer (…) der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss« strikt ablehnten, hat sich mittlerweile das Verhältnis mit nur noch 36 Prozent nahezu verkehrt.

Besonders in Bezug auf die Situation von Flüchtlingen zeigte sich, dass die Motive und Einstellung zu Asylfragen selbst im Rahmen der sogenannten Willkommenskultur mitunter stark divergieren sowie für Fluktuationen anfällig sind. Vor allem, wenn autoritäre Eingriffe als »Krisenlösungen« oder »Sachzwänge« erlebt werden, können diese weit über die Kernklientel der FPÖ hinaus Zustimmung erfahren. So verstellt die Rede von der »Polarisierung« den Blick darauf, inwiefern die Politik der »Mitte« selbst dazu beigetragen hat, dass Antworten auf reale oder imaginierte gesellschaftliche Probleme großteils aus dem Repertoire rechter Narrative geschöpft werden. Hierbei zeigt sich außerdem eine zunehmende Kluft zwischen rhetorischen beziehungsweise formalen Distanzierungen von rechts bei einer gleichzeitigen Angleichung der Inhalte. Dies bedeutet umgekehrt auch, dass es der FPÖ leichter gemacht wird, sich als Partei wie »jede andere auch« zu inszenieren.

Unmittelbar nach der Wahl hat die FPÖ angekündigt gegen ihren schlechten Ruf eine »Offensive im Ausland« zu starten. Die erste Station für Parteichef Heinz-Christian Strache, Norbert Hofer, den EU-Abgeordneten Harald Vilimsky sowie den Wiener Vizebürgermeister Johann Gudenus war ein »Arbeitstreffen« mit der Partei »Einiges Russland« des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Auch möchte die FPÖ sich wieder vermehrt sozialen Fragen, wie etwa dem Mindestlohn, widmen. Um »den Blauen« auch in Zukunft etwas entgegensetzen zu können, wird es wohl mehr benötigen als oberflächliche Moralisierungen des Neonazismus oder Auftritte im Lodenjanker.

»Make America Great Again«

Mit der Wahl von Donald J. Trump zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika geht ein deutlicher Rechtsruck innerhalb der staatlichen Institutionen einher. Die extreme Rechte ist durch seine Rechtsaußen-Kandidatur im Aufwind und sieht sich dazu ermuntert, offen als vermeintliche Vollstreckerin des Volkswillens aufzutreten.

von Carl Kinsky



»Get out! Leftist scum! Get out!«, rief Matthew Heimbach einer Schwarzen Protestierenden zu, während er sie mehrfach angriff und rassistisch und sexistisch beleidigte. Zusammen mit anderen Teilnehmenden einer Wahlkampfveranstaltung von Trump am 1. März 2016 in Louisville, Kentucky, war er sie angegangen, unter den zustimmenden Rufen von Trump selbst. Dabei trug er eine Mütze mit »Make America Great Again« - dem Wahlkampfslogan von Trump - und ein T-Shirt seiner Neonazi-Partei »Traditionalist Worker Party« (TWP). Danach attackierte er, gemeinsam mit anderen Neonazis, am Rande der Veranstaltung noch weitere GegendemonstrantInnen mit Schlägen und Tritten. Im Nachhinein schrieb er zu diesem Vorfall, dass »weiße Amerikaner langsam die Schnauze voll hätten und lernen würden, dass sie zurückstoßen müssten, um nicht selbst niedergestoßen zu werden«. Heimbach nutzte immer wieder Trumps Kampagne, um für die Anliegen »Faith, Family, Folk« (»Glaube, Familie, Volk«) seiner TWP zu werben. Am Rande der Republican National Convention (Versammlung der Republikanischen Partei, um ihren Präsidentschaftskandidaten zu bestimmen; vom 18. bis 21. Juli 2016) gab er ein Interview, wo er sich als Nationalsozialist ausgab und George Lincoln Rockwell, Gründer der ersten Neonazi-Partei der Nachkriegszeit, als aufrechten Kämpfer gegen das »judeo-kapitalistische System« lobte. An Trump kritisierte er, dass er kein Nationalist in seinem Sinne, also noch Teil des »Systems«, sei. Im Juni hatten AnhängerInnen der TWP mehrere AntifaschistInnen bei militanten Auseinandersetzungen bei einer Kundgebung am 26. Juni 2016 in Sacramento, Kalifornien, niedergestochen. Heimbachs Aktivitäten stehen sinnbildlich dafür, wie die extreme Rechte Trumps Kampagne zur nationalen Säuberung und Erneuerung für eigene Aktionen und Propaganda nutzt und Trump zugleich von deren Unterstützung profitiert. Gleichzeitig sollte nicht vergessen werden, dass Trumps politische Plattform von AkteurInnen an den Schnittstellen zwischen dem rechten Flügel der Republikaner und der extremen Rechten mitgeschaffen wurde (s. drr Nr. 161).

»America first!«

Im Windschatten von Trumps Kampagne bewegten sich von Anfang an »white supremacists« (»AnhängerInnen der weißen Vorherrschaft«). Prominenter Vertreter ist David Duke (s. drr Nr. 161), ehemaliger Anführer der »Knights of the Ku Klux Klan« (KKKK) und Abgeordneter der Republikaner im Bundesstaat Louisiana von 1989 bis 1992. Duke gilt als Begründer eines vermeintlich seriösen Auftretens von »white supremacists«, um in den politischen Mainstream hineinzuwirken. Zum ersten Mal seit seiner letzten erfolglosen Kandidatur für ein Amt in der Bundespolitik im Jahre 1999, trat er für einen der Sitze von Louisiana im US-Senat an. Bei einer Podiumsdiskussion der KandidatInnen an der historisch afroamerikanisch geprägten Dillard University in New Orleans am 2. November 2016, verwies er immer wieder auf Trumps Kampagne, um die Legitimität seiner Aussagen zu untermauern. In seinen Redebeiträgen betonte er immer wieder, dass »jüdische Mächte« die Medien, Wirtschaft und Politik kontrollierten, hinter »illegaler« Einwanderung und der »Black Lives Matter«-Bewegung (BLM) steckten, und insgesamt am Untergang der »Weißen« in den USA arbeiteten. Auf diese Weise stilisierte er die Präsidentschaftswahl zu einer vermeintlichen Schicksalswahl für die extreme Rechte. Auf Grund von Veränderungen in der Zusammensetzung der wahlberechtigten Bevölkerung wird konstatiert, dass man im »eigenen Land« überstimmt würde, und daher letztlich Trump die letzte Hoffnung für den »weißen Mann« sei, eine weiße Vorherrschaft wiederherzustellen. Er ordnete sich der »Republikanischen Partei« zu und erzielte drei Prozent der Stimmen.

Während Duke nicht in der Lage war, einen Wahlsieg zu erringen, konnte er mit regelmäßigen, an Trump gerichteten Blog- und Videobeiträgen die Reichweite seiner Hassbotschaften deutlich ausweiten und im Mainstream platzieren. Auch Jared Taylor, Herausgeber des Online-Magazins »American Renaissance«, (s. drr Nr. 161), konnte seine rassistischen Thesen im Dunstkreis der Kampagne von Trump platzieren. In einem seiner Videos bezeichnete er Trumps Wahlprogramm als nahezu perfekt auf »Weiße« zugeschnitten. Er interpretiert Trumps Kandidatur insgesamt als Beweis seiner eigenen rassistischen Weltanschauung, da er angeblich instinktiv im Interesse des imaginierten »Weißen Amerikaners« Politik mache. Auch Taylor beschrieb in einem Artikel Trump als »die letzte Hoffnung auf einen Präsidenten, der gut für Weiße wäre«. Auf diese Weise – nicht zuletzt, da sich Trump zunächst weigerte sich von Duke und dem »Ku Klux Klan« (KKK) insgesamt zu distanzieren – konnten Duke und Taylor Auftritte im Fernsehen und Radio ergattern, unter anderem bei Sendern wie CNN. Don Black, Betreiber von »stormfront«, einer der größten neonazistischen Internetseiten, rüstete sogar seine Server im Laufe der Präsidentschaftskandidatur Trumps auf Grund des massiv gestiegenen Datenverkehrs auf. Hatte die Seite 2008 zu Beginn der Präsidentschaft Obamas noch 133.000 Mitglieder, so lag diese Zahl im März 2015 bei knapp 300.000. Im Juli 2016 erreichte die Seite 313.000 Mitglieder, was nicht zuletzt daran lag, dass Trump wiederholt Posts von rassistischen Twitter-Accounts wie »@WhiteGenocideTM« über sein Twitter-Profil teilte. Das »Southern Poverty Law Centre« (SPLC) konnte zwischen 2009 und 2014 »stormfront«-NutzerInnen mit zahlreichen Morden in Verbindung bringen.



Mit Kellyanne Conway hat Trump am 1. Juli eine erfahrene Kampagnenmanagerin rechter Republikaner eingestellt, welcher die Rolle zukam, die vermeintlich sanftere und vernünftigere Seite von Trump in den Vordergrund medialer Diskurse zu stellen. Conway beriet auch schon den zukünftigen Vizepräsidenten, den »Tea Party«-Anhänger Mike Pence. Als ehemaliger Gouverneur von Indiana und evangelikaler Christ setzte er sich stark für das »Religious Freedom Restoration Act« (»Gesetz zur Wiederherstellung der Religionsfreiheit«) ein, welches im Juli 2015 in seinem Bundesstaat verabschiedet wurde und die Diskriminierung von nicht heterosexuellen Menschen aus religiöser Überzeugung heraus gesetzlich legitimiert. Zudem setzt er sich für eine möglichst geringe sexuelle Aufklärung an Schulen ein und ist Abtreibungsgegner, mit großer Erfahrung und hohem Einsatz in der rechtlichen Erschwerung des Zugangs zum Grundrecht auf Abtreibung. Mit Jeff Sessions ist ein weiterer rechter Hardliner der Republikanischen Partei zum zukünftigen Justizminister ernannt worden. Als Senator hat er im Jahr 2005 Anti-Folter-Gesetzen für die Bundesregierung nicht zugestimmt. Auf Grund von rassistischen Äußerungen war Sessions 1986 als höherer Richter im Bundesstaat Alabama abgelehnt worden. Mit Ben Carson – einem ehemaligen Mitbewerber Trumps bei der Präsidentschaftskanditatur und einzigem Afroamerikaner im »Transition Team« von Trump - ist ein weiterer Evangelikaler ernannt worden, nämlich zum »U.S. Secretary of Housing and Urban Development«, welcher unter anderem für sozialen Wohnungsbau verantwortlich ist. Carson ist Befürworter möglichst weniger sozialer Leistungen seitens der Bundesregierung. Der Law-and-Order-Republikaner und ehemalige Bürgermeister von New York, Rudy Giuliani, welcher sich während seiner Rede bei dem »Republican National Committee« in Rage schrie, um die Ehre der amerikanischen Polizei zu verteidigen, ist stellvertretender Leiter von Trumps Vorbereitungsteam zur Präsidentschaft, hat allerdings das Rennen um den Posten des Außenministers verloren. Die Liste rechter und extrem rechter AkteurInnen in der Bundesregierung wird stetig wachsen angesichts der Tatsache, dass Trump mehr als 4.000 Posten zu vergeben hat, von denen lediglich 1.200 vom Kongress bestätigt werden müssen. Daneben darf Trump auch die zukünftige RichterIn am Bundesverfassungsgericht vorschlagen, wobei die Rechtslastigkeit durch die Mehrheit der Republikaner im Kongress nahezu garantiert ist. Mit dem Kongress und Bundesverfassungsgericht hinter sich, steht eine enorme Gefährdung sozialer Grundrechte bevor.

Eine der größten Zeitungen innerhalb des zersplitterten Spektrums des KKK, »The Crusader«, rief im November 2016 zur Wahl Trumps auf. In der Begründung heißt es dazu, seine »Make America Great Again«-Kampagne würde die Frage aufwerfen, was den USA früher zu dieser Größe verholfen hätte, und dass diese eben auf einem Selbstverständnis als »weiße christliche Republik« basiere. Mit Trumps Wahlsieg sehen sich »white supremacists« nicht nur bestätigt, sondern sehen einen wichtigen ideologischen Sieg. Im Forum von »stormfront« sprechen Neonazis daher schon davon, dass das »vierte Reich« ein »Anglo-Amerikanisches Amerika« sein wird und grüßen mit »Heil Trump«.

»White House«

Die beflügelnde Wirkung von Trumps Kandidatur und Wahlsieg auf die extreme Rechte ist wenig überraschend, angesichts der bis in die extreme Rechte reichenden AkteurInnen seines Wahlkampfteams und seiner bisherigen Auswahl an Personen für bundespolitische Ämter. In seinem Wahlkampfteam vereinigte er alles, von auf antimuslimischen Rassismus fokussierten RassistInnen bis zu rechten MedienmacherInnen. Erwähnenswert ist hier vor allem die Berufung des ehemaligen Kopfs des wichtigsten rechten Medienkonglomerats »Fox News« (FN), Roger Ailes, zu einem Beraterposten im Sommer 2016. Ailes war im Juli gezwungen FN zu verlassen, nachdem gegen ihn zahlreiche Vorwürfe der sexuellen Belästigung während seiner gesamten Karriere bekannt wurden sowie ihm die Schaffung des sexistischen Klimas vor und hinter der Kamera des Senders zugerechnet wurde. Ailes selbst war eine zentrale Figur bei der Schaffung jener von rassistischen Ressentiments durchzogenen Medienkampagnen gegen die Regierung Obamas bei FN. Im Oktober zerstritt er sich mit Trump, doch zuvor war schon Stephen »Steve« Bannon zum CEO von Trumps Wahlkampfteam ernannt worden. Der ehemalige Banker Bannon ist durch seine Vorstandstätigkeit bei »Breitbart News« (BN), einer der zentralen extrem rechten Nachrichtenseiten des Landes, bekannt geworden. Mit dieser ist es ihm gelungen, Rassismus, Sexismus, Homophobie, Klassismus und Antisemitismus im medialen Mainstream verfügbar zu machen. Über sich selbst sagt Bannon: »Ich bin kein Weißer Nationalist, ich bin Nationalist. Ein ökonomischer Nationalist.« Am 13. November wurde Bannon zum Chefstrategen und obersten Berater des designierten Präsidenten Trump ernannt, die extreme Rechte verfügt jetzt über einen direkten Draht zur Regierung.

»New Voices of Hate«

Die neueste Stimme der »white supremacy« ist die sogenannte »alt-right«. Die selbsternannte Bewegung benennt sich nach der Kurzform von »Alternative Right«, welche jedoch die gleiche rassistische und patriarchale Propaganda wie bisher mit neuen, jungen Gesichtern verkauft. Ihre AkteurInnen reichen von Neonazis über NeofaschistInnen bis Maskulinisten, welche das gemeinsame Ziel einer patriarchalen weißen Nation verfolgen. Kurz nach der Wahl, auf einer Konferenz des »National Policy Institute« (NPI) stellten sie ihre erste bundespolitische Forderung für die Präsidentschaft Trumps vor: 50 Jahre keine Einwanderung. Dies wäre die erste solche Gesetzgebung seit dem nativistischen »Immigration Act« von 1924.

Auf der Straße hingegen sind die Konsequenzen der rechten Hetze des republikanischen Wahlkampfs zu spüren. Sprühereien, Pöbeleien, Handgreiflichkeiten, Übergriffe; die Wahl Trumps wird – wenig überraschend – als demokratische Legitimierung für Angriffe auf diejenigen interpretiert, die für den Niedergang der USA verantwortlich gemacht werden. Der Höhenflug der extremen Rechten lässt ein Ende der Übergriffe als wenig wahrscheinlich erscheinen.

»Konservative Revolution«

von Ernst Kovahl

Lange befasste sich nur ein kleinerer Kreis in Wissenschaft, kritischer Publizistik und antifaschistischer Bewegung mit der Neuen Rechten (NR) und der »Konservativen Revolution« (KR). Seit dem Aufstieg der »Alternative für Deutschland« (AfD) und der Einbindung »Neu Rechter« in die Partei und den Erfolgen von PEGIDA und »Identitärer Bewegung« lesen wir häufiger Namen wie Arthur Moeller van den Bruck, Armin Mohler, Alain de Benoist oder Oswald Spengler als Referenzen und Vordenker jenes Teils der extremen Rechten. Volkmar Wölk beschäftigt sich seit Jahrzehnten kontinuierlich mit diesem Spektrum – auch mit Artikeln in »der rechte rand«. Er ist einer der besten Kenner dieser Strömungen, ihrer Ideengeschichte und ihrer Selbstinszenierungen. In der lesenswerten Studie »Zur Renaissance der Europäischen Konservativen Revolution« nimmt er zwar keine systematische Begriffsklärung vor, doch ergibt sich bei der Lektüre ein vergleichsweise klares Bild von Ideologie und ideengeschichtlicher Entwicklung der »Neuen Rechten«. Unter Rückgriff auf Arbeiten von Volker Weiß kritisiert Wölk den Begriff der »Konservativen Revolution« als »Kunstgriff, der mit einigen gewagten Konstruktionen, Auslassungen und Legenden aufwartet«. Dennoch sei er, in seiner Definition eingegrenzt genutzt, als analytischer »Idealtypus« brauchbar. Wichtig sei in Abgrenzung zum Konservatismus, dass die KR ein »offensives Konzept zur gesellschaftlichen Transformation« enthalte. Wölk bezieht sich vor allem auf die Überlegungen des Faschismustheoretikers Zeev Sternhell zur Entstehung der faschistischen Ideologie als eine anti-demokratische und anti-liberale »Synthese aus bestimmten Formen des Sozialismus und aus dem politischen Autoritätsdenken der Nationalisten«. Heute sieht Wölk in der »Nouvelle Droite« und der »Neuen Rechten« erneut die Verknüpfung des sozialen mit dem nationalen Gedanken. Wölk arbeitet die ideologischen Schnittstellen zu AfD, PEGIDA & Co. heraus, beschreibt die Wandlungen der Zeitschrift »Tumult« (s. drr Nr.162) als ein Beispiel heutiger neu-rechter Publizistik und benennt ganz nebenbei in seinem Text eine Vielzahl der wichtigsten AkteurInnen und Publikationsorte dieses Teils der extremen Rechten. Für die »Neue Rechte« sei es in der heutigen Lage »zwingend geboten«, das »Nachdenken« durch das praktische »Handeln« zu ergänzen, warnt der Autor.

Volkmar Wölk: Zur Renaissance der Europäischen Konservativen Revolution. Berlin 2016, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 32 Seiten, Bestellung und kostenloser Download unter www.rosalux.de.

Über rechten Terror und Rassismus

von Paul Wellsow

Aus Anlass des fünften Jahrestages der Selbstenttarnung des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) ist im November 2016 das Buch »Die haben gedacht, wir waren das. MigrantInnen über rechten Terror und Rassismus« erschienen. 39 AutorInnen schildern darin ihre Perspektive auf die Taten des Terrornetzwerkes, den Umgang von Behörden, Gesellschaft und Medien mit den Morden und Anschlägen, die ungeklärten Fragen rund um den NSU, auf rechte Gewalt und den alltäglichen Rassismus in der Bundesrepublik. Die Beiträge von Abgeordneten aus Bund und Ländern von CDU, Grünen, Die Linke und SPD, WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen, antirassistischen AktivistInnen und VertreterInnen von Medien und Verbänden sollen der »Versuch eines Perspektivwechsels« in der Debatte sein, wie Cem Özdemir, Bundesvorsitzender der Grünen, in seinem Vorwort schreibt. Bisher sei zu oft der »Blick der Betroffenen« ausgeblendet gewesen, heißt es im Vorwort der HerausgeberInnen. Das Buch versteht sich daher als »Manifest von MigrantIinnen zu rechtem Terror und Rassismus«. In fünf Kapiteln zu rassistischen Kontinuitäten, rechtem Terror in der politischen und medialen Diskussion sowie aus dem Blickwinkel der Betroffenen und schließlich zu der Frage nach politischem und gesellschaftlichem Widerstand zeigen sich unterschiedliche – teils auch widersprüchliche – Sichten auf dieses komplexe Sujet. Durch zahlreiche Beiträge ziehen sich einige zentrale Aussagen: Erstens die Forderung nach vollständiger Aufklärung der Mord- und Anschlagserie des NSU, darin vor allem der Rolle von Behörden, Polizei und Geheimdiensten; zweitens die Beschreibung eines massiven Vertrauensverlustes in die deutsche Gesellschaft, die Behörden und den Rechtsstaat durch die jahrelangen Schuldzuweisungen gegenüber den NSU-Opfern und deren Angehörigen durch Polizei und Medien vor dem Auffliegen des NSU 2011 und durch die einseitigen Ermittlungen; drittens die Kontinuität rassistischer Alltagsdiskriminierung gerade auch aus der Mitte der Gesellschaft und rechter Gewalt in der Bundesrepublik; und viertens das Benennen von fehlendem Interesse der deutschen Gesellschaft und fehlendem Protest gegen die Mordserie und gegen Rassismus, gegen die Vorverurteilungen der Opfer und ihrer Angehörigen sowie gegen die Versuche von Vertuschung in den Behörden seit dem Auffliegen des NSU.

Kemal Bozay / Bahar Aslan / Orhan Mangitay / Funda Özfirat (Hrsg.): Die haben gedacht, wir waren das. MigrantInnen über rechten Terror und Rassismus. Köln 2016, PapyRossa Verlag, 298 Seiten, 16,90 Euro.

»Rechtsextremismus« in Österreich

von Ernst Kovahl

Neun Aufsätze zum Stand der kritischen Forschung zum »Rechtsextremismus«, zu AkteurInnen und Ideologien der extremen Rechten und zu antifaschistischer Praxis in Österreich finden sich im ersten Band einer im Wiener Mandelbaum Verlag erscheinenden Buchreihe der »Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit« (www.fipu.at). Einleitend bietet Bernhard Weidinger einen Überblick über »Personen, Institutionen, Zugänge und Defizite« der Forschung, Dokumentation und Publikation zur extremen Rechten in Österreich. Neben Arbeiten der renommierten Wissenschaft führt er auch Journalismus, nicht publizierte akademische Abschlussarbeiten und die »antifaschistische Bewegungspublizistik« auf. So mancher Aspekt des Themas sei »bislang nur durch sie erschlossen« worden, betont Weidinger. In einem weiteren Beitrag verteidigt er den »Rechtsextremismusbegriff« gegen dessen BefürworterInnen aus der Extremismus-Theorie und den Behörden. Weidingers Begriff, der sich durch das Buch zieht, basiert auf den Arbeiten des in Deutschland vergleichsweise wenig beachteten Historikers Willibald Holzer. Dessen Definition sei in Österreich gängig und fähig, »gerade die politisch-ideologischen Kontinuitäten zwischen Norm und Rand, zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus theoretisch zu fassen«. Anders als der Begriff aus der Schule der Extremismus-TheoretikerInnen werfe er »rechts« und »links« nicht in einen Topf. Judith Goetz schreibt über die »Geschlechterblindheit der (österreichischen) Rechtsextremismusforschung« und die bedeutenden Funktionen eines »strikt dualen, heteronormativen Geschlechtermodells« für die extreme Rechte. Heribert Schiedel unternimmt eine politische Charakterisierung der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ), die in ihrer Geschichte zwischen deutsch-völkischem Nationalismus, »Rechtsextremismus«, politischem Liberalismus und neonazistischen Einsprengseln changierte. Heute sei sie »wieder nur als rechtsextrem zu bezeichnen«. Weitere Beiträge widmen sich der Debatte um den Begriff der »Islamophobie« (Carina Klammer), dem Obdachlosenhass und der BettlerInnen-Feindlichkeit von rechts (Lucius Teidelbaum), einer kritischen Bilanz antifaschistischer Proteste gegen den Ball des »Wiener Korporationsrings« sowie einer Auflistung extrem rechter Aktivitäten in Österreich 2013 (Heribert Schiedel).

Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (Hrsg.): Rechtsextremismus. Entwicklungen und Analysen – Band 1. Wien 2014, Mandelbaum Verlag, 272 Seiten, 19,90 Euro.

Aufklären + Müdahale
Aydınlatma Einmischen

www.nsu-watch.info

Spendenkonto
Kontoinhaber: apabiz e.V.
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE46 1002 0500 0003 3208 03
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: Beobachtung

Unterstützen **Sie** jetzt
die unabhängige Beobachtungsstelle
NSU-watch

Anzeige

Das Magazin von und für AntifaschistInnen im Abo direkt nach Hause!

Hiermit abonniere ich »der rechte rand« – Magazin von und für AntifaschistInnen bis auf Widerruf.

Name ______________________________ E-Mail-Adresse ________________________

Anschrift ____

Ab der Ausgabe __________ möchte ich für 6 Ausgaben ein

_____ Inlandsabo für 21,- Euro

_____ Soli Inland für 25,- Euro _____ Super Soli für 50,- Euro

_____ Auslandsabo für 35,- Euro bestellen.

Nach Lieferung der 6. Ausgabe läuft das Abo – wenn es nicht gekündigt wird – weiter. Wir verschicken frühzeitig eine E-Mail als Zahlungsaufforderung. Rechnungen schicken wir aus Kosten- und Verwaltungsgründen nur, wenn ausdrücklich gewünscht. Für alle Bestellungen gilt Vorkasse, d. h. das Abo wird erst nach Eingang der Abozahlung eingerichtet. Eine gültige E-Mail-Adresse muss angegeben werden. Änderungen der Anschrift oder der E-Mail-Adresse sind bitte umgehend mitzuteilen.

☐ Ich bin einverstanden mit den hier genannten Bedingungen und habe das Geld überwiesen. Bildung & Publizistik – IBAN DE68250501800910222045 – BIC SPKHDE2HXXX

☐ Ich weiß, dass ich die Abo-Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Datum ___________ Name _____________________________

Dieses Formular ist nur mit vollständigem Namen, Adresse (inkl. E-Mail-Adresse) und Bezahlung gültig. Diese Abo-Bestellung bitte an abo@der-rechte-rand.de schicken oder an die Redaktionsadresse.

Photos

Roland Geisheimer/attenzione (Seiten 1, 4)
Mark Mühlhaus/attenzione (Seiten 3, 16, 22)
24mmjournalism (Seite 8)
Florian Bengel (Seite 9)
drr-Archiv (Seiten 7, 18, 24)
Otto Belina (Seite 10)
Lucius Teidelbaum (Seiten 12, 15)
Janko Woltersmann/attenzione (Seite 32)

Impressum

V.i.S.d.P.: Alexander Hoffmann
der rechte rand
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
redaktion@der-rechte-rand.de

Aboverwaltung:
abo@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

Druck: berger + herrmann GmbH,
berger@interdruck.net
Erscheinungsweise: 6x im Jahr

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.



SEIT 10 JAHREN INFORMIEREN UND VERNETZEN WIR JUNGE MENSCHEN.
WIR WOLLEN MUT MACHEN, SICH AKTIV GEGEN NEONAZIS UND RASSISMUS EINZUSETZEN.

UNSERE INFOSTÄNDE 2017

13.01.2017 ZSK - WÜRZBURG
14.01.2017 ZSK - DRESDEN
27.01.2017 ZSK - ERLANGEN
28.01.2017 ZSK - CHEMNITZ
17.02.2017 TOGETHERFEST – ESSEN
18.02.2017 TOGETHERFEST – BERLIN
19.02.2017 TOGETHERFEST – HAMBURG
20.02.2017 TOGETHERFEST – LEIPZIG
21.02.2017 TOGETHERFEST – WIESBADEN
22.02.2017 TOGETHERFEST – MÜNCHEN
23.02.2017 TOGETHERFEST– MÜNSTER
02.03.2017 BROILERS - MÜNSTER
03.03.2017 BROILERS - MÜNSTER
03.03.2017 ZSK - GÜTERSLOH
04.03.2017 ZSK - SAARBRÜCKEN
04.03.2017 BROILERS - TRIER
07.03.2017 BROILERS - HANNOVER
10.03.2017 BROILERS - BERLIN
11.03.2017 BROILERS - LEIPZIG
16.03.2017 BROILERS- HAMBURG
17.03.2017 BROILERS - HAMBURG
18.03.2017 BROILERS - ROSTOCK
24.03.2017 BROILERS - ERFURT
25.03.2017 BROILERS - KÖLN
31.03.2017 ZSK - ZÜRICH
01.04.2017 ZSK - DORNBRIN
01.04.2017 BROILERS - MÜNCHEN
06.04.2017 BROILERS - NÜRNBERG
07.04.2017 BROILERS - STUTTGART
08.04.2017 BROILERS - KEMPTEN
13.04.2017 ZSK - OSNABRÜCK
13.04.2017 BROILERS - BREMEN
14.04.2017 ZSK - BREMEN
15.04.2017 ZSK - BOCHUM
15.04.2017 BROILERS - FRANKFURT
12.08.2017 JENNIFER ROSTOCK - HALLE

Recherche.
Analyse.
Perspektive.







das **magazin**
von und für
antifaschistInnen

Jahres-Abo gegen Rechts - www.der-rechte-rand.de